



Corporate Governance

Kurzberichterstattung des Bundesrates über die Erfüllung der strategischen Ziele der verselbständigten Einheiten des Bundes im Jahr 2013

Inhalt

Verselbständigte Einheiten (zuständiges Departement)

ETH-Bereich (WBF).....	5
RUAG Holding AG (VBS).....	9
Eidg. Finanzmarktaufsicht FINMA (EFD).....	12
Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV (WBF).....	15
Swisscom AG (UVEK).....	18
Schweizerische Bundesbahnen SBB AG (UVEK).....	21
Schweizerische Post (UVEK).....	24
Skyguide AG (UVEK).....	27
Schweizerisches Nationalmuseum SNM (EDI).....	29
Pro Helvetia (EDI).....	33
Schweizerisches Heilmittelinstitut Swissmedic (EDI)	37
Institut für Geistiges Eigentum IGE (EJPD).....	41
Institut für Metrologie METAS (EJPD)	44
Eidg. Revisionsaufsichtsbehörde RAB (EJPD).....	47
Eidg. Hochschulinstitut für Berufsbildung EHB (WBF).....	50
Swiss Investment Fund for Emerging Markets SIFEM AG (WBF).....	54
Identitas AG (WBF).....	58
Eidg. Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI (UVEK)	60

Vorwort

Am 26. März und 9. April 2014 hat der Bundesrat die Berichterstattung an die Eidgenössischen Räte über die Erfüllung seiner eignerpolitischen Ziele im Geschäftsjahr 2013 durch die bundeseigenen Unternehmen und Anstalten verabschiedet. Mit der vorliegenden Sammlung der Kurzberichte legt er die wichtigsten Informationen zu Zielerreichung und Geschäftsgang auch öffentlich auf.

Gegenstand der Berichterstattung sind jene verselbständigten Einheiten des Bundes, die nach Artikel 8 Absatz 5 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes über strategische Ziele geführt werden (AS 2011 5859; www.admin.ch/ch/d/as/2011/5859.pdf). Dazu zählen Dienstleister am Markt wie die Swisscom AG oder die RUAG Holding AG, Anstalten mit Monopolcharakter wie der ETH-Bereich oder die Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV oder auch Einheiten der Wirtschafts- und Sicherheitsaufsicht wie die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA oder die Eidgenössische Revisionsaufsichtsbehörde RAB. Erstmals berichtet der Bundesrat auch über das Eidgenössische Institut für Metrologie METAS, das per 1. Januar 2013 aus der zentralen Bundesverwaltung ausgelagert wurde und als rechtlich selbständige Anstalt des Bundes mit strategischen Zielen geführt wird. Insgesamt umfasst das Portfolio der verselbständigten und vom Bund beherrschten Einheiten 18 Unternehmen und Anstalten.

Die Kurzberichterstattung des Bundesrates nimmt in der Corporate Governance des Bundes, d.h. im eignerpolitischen System von Steuerung und Kontrolle eine wesentliche Bedeutung ein. Mit ihr informiert der Bundesrat über die unternehmerischen Leistungen und die wirtschaftliche Lage der verselbständigten Einheiten und legt damit gleichsam Rechenschaft ab über die Ergebnisse seiner eignerpolitischen Aufsichtstätigkeit. Insbesondere aber schafft er im Verbund mit weiteren Elementen der Berichterstattung die Voraussetzung, dass die eidgenössischen Räte und ihre Organe ihre Funktion der parlamentarischen Oberaufsicht in der Eignerpolitik des Bundes wahrnehmen können und in der Lage sind, bei Bedarf auf die Steuerung und Kontrolle Einfluss zu nehmen.

Die vorliegenden Kurzberichte liefern die wichtigsten Informationen in kompakter und standardisierter Form: Angeführt von einer Gesamtwürdigung fassen die Berichte die Erfüllung der strategischen Zielbereiche zusammen und halten abschliessend die wichtigsten Entscheide des Bundesrats zum Ergebnis des Geschäftsjahres 2013 fest. Eine Kennzahlen-Box liefert dazu einen Überblick über die wichtigsten Leistungsindikatoren je Einheit.

Im Mai 2014

ETH-Bereich

Internet: www.ethrat.ch

Sitz: Zürich (ETH-Rat)

Rechtsform: Anstalten des Bundes
(ETH Zürich, EPFL, PSI, WSL, Empa, Eawag)

ETH-Rat: Fritz Schiesser (Präsident), Paul Herrling (Vizepräsident), Ralph Eichler, Patrick Aebischer, Joël Mesot, Beatrice Fasana Arnaboldi, Barbara Haering, Beth Krasna, Jasmin Staiblin, Markus Stauffacher, Olivier Steimer

Geschäftsführer: Michael Kaeppli

Externe Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2013 in Kürze

Aus Sicht des Bundesrates ist der ETH-Bereich bei der Umsetzung des Leistungsauftrags 2013-2016 gut auf Kurs. Die sechs Institutionen bieten erstklassige Lehre an und nehmen in der Forschung Spitzenplätze ein. Das Human Brain Project unter Leitung der EPFL wurde als FET-Flaggschiff von der Europäischen Kommission ausgewählt.

Im Bereich des Wissens- und Technologietransfers (WTT) entfalten die Institutionen zahlreiche Aktivitäten. Mit der Bereitstellung von kostenintensiven Forschungsinfrastrukturen, die auch anderen Hochschulen und der Industrie zur Verfügung stehen, stärken sie den Forschungsplatz Schweiz. Im Jahr 2013 wurde am Centro Svizzero di Calcolo Scientifico (CSCS) mit „Piz Daint“ einer der schnellsten Supercomputer Europas in Betrieb genommen. Damit konnte die nationale HPCN-Strategie erfolgreich abgeschlossen werden.

Die Institutionen des ETH-Bereichs sind auf der nationalen und auf der internationalen Ebene gut vernetzt. Mit der Gesellschaft pflegen sie einen regen Austausch, etwa mit verschiedensten Veranstaltungen, speziellen Anlässen für Schülerinnen und Schüler oder Diskussionsbeiträgen zu aktuellen Themen. Ausserdem erfüllen sie zahlreiche Aufgaben von nationalem Interesse.

Unter den letztjährigen Werten blieb die Akquirierung von Zweit- und Drittmitteln, mit Ausnahme der Forschungsgelder aus EU-Programmen sowie der Schenkungen und Legate. Auch blieb der Frauenanteil trotz der Bemühungen um attraktive und familienfreundliche Arbeitsbedingungen relativ tief.

Die ETH sehen sich mit grossen Herausforderungen konfrontiert. Neben dem kräftigen Wachstum der Studierendenzahlen und der verschärften internationalen Konkurrenz hat die Annahme der Einwanderungsinitiative zu Unsicherheiten geführt bezüglich Horizon 2020 und Erasmus+.

Der Bundesrat anerkennt die Erfolge der Institutionen des ETH-Bereichs. Angesichts der grossen Herausforderungen schätzt er deren Bereitschaft, sich kontinuierlich zu verbessern und weltweit an der Spitze zu halten.

Kennzahlen	2013	2012
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	3 189	3 127
Reingewinn (Mio. CHF)	70	102
Bilanzsumme (Mio. CHF)	2 845	2 688
Eigenkapitalquote in %	85,4	85,5
Personalbestand (Vollzeitstellen)	16 570	16 072

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Zweitmittel (Mio. CHF)	451	471
Drittmittel (Mio. CHF)	262	290
Anzahl Studierende	28 046	27 087
davon Frauen in %	29,4	29,4
ProfessorInnen (Vollzeitstellen)	772	739

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	2 074	2 041
Gebühren (Mio. CHF)	95	96

A. Zielerreichung 2013*

1. Strategische Schwerpunkte

• Lehre

Der ETH-Bereich bietet eine im internationalen Vergleich erstklassige und für die Studierenden attraktive Lehre an.

Die Anzahl der Studierenden und Doktorierenden hat sich von 2012 bis 2013 um 3,5 Prozent auf 28 046 erhöht. Diese beträchtliche Zunahme zeugt von der ungebrochenen Attraktivität und hohen Qualität der Lehre. Die Zunahme beträgt 4,8 Prozent auf Bachelor-, 3,7 Prozent auf Master- und 1,9 Prozent auf Doktoratsstufe.

Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels in den MINT-Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik ist diese Entwicklung der Studierendenzahlen sehr erfreulich. Zu begrüßen ist ebenfalls, dass die Anzahl Schweizerinnen und Schweizer, die an

* Leistungsauftrag 2013–2016: BFI-Botschaft 2013–2016 (<http://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2012/3099.pdf>, S. 3333 ff.) mit Ergänzung von Ziel 2, Unterziel 4a (<http://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2012/9017.pdf>, S. 9064.). Der ETH-Bereich wird erst ab 2017 über strategische Ziele geführt.

einer ETH studieren, nach einer Stagnationsphase seit einigen Jahren wieder deutlich zunimmt.

Für die ETH gilt es, diese Zunahme so zu bewältigen, dass die hohe Qualität der Lehre und die guten Betreuungsverhältnisse sichergestellt werden können. Neben vielen anderen Massnahmen wurden an der ETH Zürich vermehrt Informationstechnologien als Ergänzung zum Präsenzunterricht eingesetzt, während die EPFL bereits zehn «Massive Open Online Courses» (MOOCs) entwickelt hat.

- *Forschung*

Der ETH-Bereich baut seine Spitzenposition in der internationalen Forschung weiter aus.

Um die Ziele der Energiepolitik 2050 zu erreichen, welche einen schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie vorsieht, sind beachtliche Anstrengungen in der Energieforschung nötig. Im Rahmen des Aktionsplans «Koordinierte Energieforschung Schweiz» haben die Institutionen des ETH-Bereichs begonnen, ihre bereits ausgeprägten Kompetenzen im Energiebereich weiter auszubauen (neue Professuren sowie Auf- und Ausbau von Forschungsgruppen) und neue Forschungsinfrastrukturen zu schaffen. Sie haben sich auch im Hinblick auf die Ausschreibung der thematisch orientierten nationalen Kompetenzzentren «Swiss Competence Centers for Energy Research» (SCCER) untereinander koordiniert und im Verbund mit Fachhochschulen und Universitäten erfolgreich beworben.

Auch in zahlreichen anderen Gebieten haben die Institutionen des ETH-Bereichs im Jahr 2013 erfolgreich Forschung betrieben. Aus Sicht des Bundesrats haben sie ihre hervorragende Position an der Spitze der internationalen Forschung damit festigen können. Es gibt zwar kein einheitliches und umfassendes Instrument, um den Forschungserfolg zu messen, doch zahlreiche verschiedene Aspekte deuten insgesamt auf erfreuliche Leistungen hin.

So spricht die Attraktivität der Institutionen des ETH-Bereichs für Studierende der Master- und Doktoratsstufe sowie für Dozierende für eine exzellente Forschungsreputation. Dasselbe gilt für die internationale Zusammensetzung der Professorenschaft, die seit 2012 von 65,8 auf 66,2 Prozent leicht zugenommen hat. Für die guten Forschungsleistungen der beiden ETH spricht sodann ihre Positionierung in den internationalen Rankings, auch wenn deren Aussagen mit der nötigen kritischen Distanz und unter Berücksichtigung von Fokus und Methodologie zu interpretieren sind. Erwähnt werden müssen auch die zahlreichen nationalen und internationalen Auszeichnungen und Wissenschaftspreise, die Forschende aus dem ETH-Bereich im Jahr 2013 erhalten haben.

Die Institutionen des ETH-Bereichs konnten auch beim kompetitiven Mittelwerb beachtliche Erfolge erzielen. Am 28.1.2013 hat die Europäische Kommission das «Human Brain Project» unter der Leitung der EPFL als

FET-Flaggschiff ausgewählt. Ausserdem gewannen Forschende aus dem ETH-Bereich 2013 insgesamt 25 hoch dotierte Stipendien des Europäischen Forschungsrats (ERC-Grants). Und unter den acht neuen Nationalen Forschungsschwerpunkten (NFS) sind die ETH Zürich und die EPFL je in einem Projekt Leadinghouse. Die ETH Zürich ist noch in drei weiteren Projekten Co-Leadinghouse. Bei 10 der laufenden 21 Nationalen Forschungsschwerpunkten ist damit eine der beiden ETH Leadinghouse oder Co-Leadinghouse.

Unter den Werten des Vorjahres lag dagegen die Akquisition von Zweit- und Drittmitteln, mit Ausnahme der EU sowie aus Schenkungen und Legaten. Die kompetitiv vergebenen Zweitmittel (SNF, KTI, EU, Ressortforschung) gingen im Jahr 2013 von 471 auf 451 Millionen Franken (-4,2 %) zurück. Dieser Rückgang lässt sich teilweise durch die Erhöhung der Bundesmittel zugunsten der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) im Rahmen der Massnahmen gegen die Frankenstärke im Jahr 2012 erklären. Auch die Einwerbung von Drittmitteln, welche von privater Seite sowie von Kantonen und Gemeinden stammen, nahm von 290 auf 262 Millionen (-9,7 %) ab.

- *Wissens- und Technologietransfer (WTT)*

Zur Stärkung der Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz fördert der ETH-Bereich den Transfer seiner Erkenntnisse und Kompetenzen in die Gesellschaft und Wirtschaft. Er entwickelt die WTT-Strategie weiter und setzt sie konsequent um.

Die Institutionen des ETH-Bereichs, insbesondere auch die Forschungsanstalten PSI, WSL, Empa und Eawag, haben im Jahr 2013 erneut vielfältige WTT-Aktivitäten entfaltet. Partner der Zusammenarbeitsprojekte sind Gemeinwesen, Grossunternehmen, KMU oder Spin-offs.

Im Jahr 2013 wurden im ETH-Bereich insgesamt 193 Patente angemeldet, 223 Lizenzverträge abgeschlossen und 43 Spin-offs gegründet. Damit bewegen sich die Institutionen des ETH-Bereichs auf einem ähnlich hohen Niveau wie im Vorjahr.

- *Forschungsinfrastrukturen und Grossforschungsprojekte*

Der ETH-Bereich betreibt bestehende Forschungsinfrastrukturen von gesamtschweizerischer Bedeutung, führt Projekte gemäss der «Schweizer Roadmap für Forschungsinfrastrukturen» durch und beteiligt sich im Erfolgsfall an europäischen Flaggschiffprojekten.

Die Institutionen des ETH-Bereichs betreiben verschiedene Forschungsinfrastrukturen, welche auch den anderen Hochschulen sowie der Industrie zur Verfügung stehen und rege genutzt werden. Hierzu zählen verschiedene Beschleunigeranlagen am PSI, zu denen sich per Ende 2016 der Freie-Elektronen-Röntgenlaser SwissFEL gesellen wird. Die Grundsteinlegung erfolgte im Berichtsjahr.

Im neuen Gebäude des Centro Svizzero di Calcolo Scientifico (CSCS), das letztes Jahr eingeweiht wurde, konnte der neue Supercomputer «Piz Daint» in Betrieb genommen werden. Er zählt nicht nur zu den schnellsten Supercomputern Europas, sondern auch zu den energieeffizientesten der Welt. Damit konnte der Nationale Strategische Plan für Hochleistungsrechnen und Vernetzung (HPCN-Strategie) erfolgreich abgeschlossen werden.

Schliesslich hat die Europäische Kommission das «Human Brain Project» als FET-Flaggschiff ausgewählt. Für dieses Projekt wird auch ein neuer Supercomputer am CSCS installiert.

- **Internationale Positionierung und Zusammenarbeit**

Der ETH-Bereich baut die Zusammenarbeit und Vernetzung in Lehre und Forschung mit den besten Institutionen der Welt weiter aus und stärkt seine internationale Ausstrahlung.

Die beiden ETH sind Leadinghouses in der bilateralen Forschungszusammenarbeit der Schweiz mit ausgewählten aufstrebenden Ländern. Auch sonst sind die Institutionen und ihre Forschenden weltweit bestens vernetzt und entfalten zahlreiche internationale Aktivitäten. Wichtig sind u.a. die verschiedenen Exzellenznetzwerke von führenden Hochschulen, an denen sich die ETH beteiligen. Die EPFL hat auch ihre Aktivitäten im Rahmen des «Réseau d'excellence des sciences de l'ingénieur de la francophonie» (RESCIF) ausgebaut.

- **Nationale Zusammenarbeit**

Der ETH-Bereich sorgt für eine stärkere Zusammenarbeit sowohl innerhalb des Bereichs als auch innerhalb der schweizerischen Hochschullandschaft.

Die Institutionen des ETH-Bereichs arbeiten in Lehre und Forschung eng mit kantonalen Universitäten und Fachhochschulen zusammen. Einen wertvollen Beitrag leisten auch Mitarbeitende der Forschungsanstalten, welche an den ETH sowie an anderen Hochschulen unterrichten und zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten betreuen.

Der Ausbau der Energieforschung hat zu einer verstärkten Zusammenarbeit sowohl mit den Fachhochschulen und Universitäten als auch innerhalb des ETH-Bereichs geführt. Auch sonst arbeiten die Institutionen des ETH-Bereichs eng zusammen, namentlich im Rahmen der verschiedenen Kompetenzzentren des Bereichs.

Die Institutionen des ETH-Bereichs sind auf zahlreiche Standorte in der Schweiz verteilt. Im Berichtsjahr wurde der «Geneva Biotech Campus» lanciert. An diesem Zentrum für Bio- und Neuro-Engineering werden neben der EPFL (u.a. Blue Brain Project) auch die Universität Genf sowie die beiden Universitätsspitäler von Lausanne und Genf teilnehmen. Ferner unterzeichnete die EPFL mit dem Kanton Freiburg eine Absichtserklärung für die Schaffung des «Smart Living Lab», eines Forschungszentrums für nachhaltige Architektur und Bautechnik.

Schliesslich hat die EPFL im Berichtsjahr das Abkommen zur Schaffung des neuen Campus «EPFL Valais Wallis» unterzeichnet, der bereits 2014 eröffnet werden soll. Dieses Engagement in verschiedenen Kantonen ist aus Sicht der nationalen Zusammenarbeit durchaus zu begrüßen. Doch kann die Dezentralisierung die Steuerung des ETH-Bereichs erschweren und zu höheren Kosten führen. Dem Bundesrat ist es wichtig, dass der ETH-Rat und die Institutionen beiden Gesichtspunkten Rechnung tragen und die Entwicklung der Kosten im Auge behalten.

Die beiden ETH haben ferner im Jahr 2013 ihre Kooperation mit medizinischen Fakultäten und Universitätsspitalen intensiviert und die translationale Forschung verstärkt. Am PSI, das in der Entwicklung der Protonentherapie eine führende Rolle einnimmt, wurde der erste Patient mit der neuen Bestrahlungsanlage Gantry 2 behandelt. Neben fünf Universitäten beteiligen sich auch die beiden ETH am Projekt SwissTransMed der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK), das dem Aufbau von Plattformen für die translationale medizinische Forschung dient.

Die Institutionen des ETH-Bereichs haben auch an anderen Kooperationsprojekten der SUK aktiv teilgenommen. Erwähnt seien SystemsX.ch im Bereich der Systembiologie, Nano-Tera.ch in der Mikro- und Nanotechnologie und PASC für die Förderung von Projekten, welche auf Hochleistungsrechnern durchgeführt werden.

- **Rolle in der Gesellschaft und nationale Aufgaben**

Der ETH-Bereich pflegt den Dialog mit der Gesellschaft und erfüllt Aufgaben von nationalem Interesse.

Auf vielfältige Weise haben die Institutionen des ETH-Bereichs eine Kultur der offenen Tür gepflegt und einen intensiven Dialog mit der Bevölkerung geführt. Die zahlreichen Veranstaltungen haben sich grosser Beliebtheit erfreut. In der öffentlichen Diskussion zu aktuellen Themen sind die Institutionen des ETH-Bereichs gut präsent. Mit Veranstaltungen an Volksschulen und Gymnasien sorgen sie für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Und mit ihrem vielfältigen Weiterbildungsangebot leisten sie einen wichtigen Beitrag zum lebenslangen Lernen.

Daneben erfüllen die Institutionen des ETH-Bereichs so genannte nationale Aufgaben, beispielsweise den Schweizerischen Erdbebendienst SED, die Konjunkturforschungsstelle KOF (ETH Zürich), das Landesforstinventar (WSL mit BAFU), das Lawinenbulletin (WSL) oder das Schweizerische Zentrum für angewandte Ökotoxikologie (Eawag und EPFL).

2. Finanzielle Ziele

- **Finanzierungsquellen und Mittelverwendung**

Der ETH-Bereich optimiert seine Finanzierungsbasis und setzt die vorhandenen Mittel effizient ein.

Das vom ETH-Rat entwickelte Modell der leistungsorientierten Mittelzuteilung, das die drei Dimensionen Strategie, Leistung und Last berücksichtigt, konnte im Berichtsjahr erfolgreich eingesetzt werden.

Insgesamt ist der ETH-Bereich solide finanziert. Wie bereits unter Ziel 2 (Forschung) erläutert wurde, fiel die Akquisition von Zweit- und Drittmitteln, mit Ausnahme der Mittel aus dem 7. Forschungsrahmenprogramm der EU sowie aus Schenkungen und Legaten, tiefer aus als im Vorjahr. Weiterführende Informationen zur Jahresrechnung 2013 des ETH-Bereichs finden sich in der Staatsrechnung 2013, Band 4, Sonderrechnungen.

- **Immobilienmanagement**

Der ETH-Bereich koordiniert die Bewirtschaftung der Grundstücke und Immobilien und sorgt für deren Wert- und Funktionserhaltung.

Im Berichtsjahr konnte die Wert- und Funktionserhaltung der im Eigentum des Bundes befindlichen und vom ETH-Bereich genutzten Immobilien sichergestellt werden. Der ETH-Bereich achtete ferner auf eine nachhaltige und behindertengerechte Bauweise.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

- **Arbeitsbedingungen, Chancengleichheit und wissenschaftlicher Nachwuchs**

Der ETH-Bereich schafft attraktive und familienfreundliche Arbeitsbedingungen, fördert die Chancengleichheit und bildet den wissenschaftlichen Nachwuchs aus.

Die Institutionen des ETH-Bereichs sind attraktive Arbeitgeber. Sie haben im Berichtsjahr grosse Anstrengungen unternommen, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter zu fördern.

Der ETH-Rat hat im Jahr 2010 Kernelemente einer Strategie zur Förderung der Chancengleichheit verabschiedet. Verglichen mit dem Jahr 2009 sollten die dafür eingesetzten Mittel auf mindestens 0,4 Prozent des Finanzierungsbeitrags des Bundes verdoppelt werden. Im Jahr 2012 (für 2013 liegen die Zahlen noch nicht vor) wurde dieses Ziel mit rund 9 Millionen, die für diesen Zweck eingesetzt wurden, erreicht. Die Institutionen des ETH-Bereichs haben auch im Jahr 2013 die Chancengleichheit auf vielfältige Weise gefördert, beispielsweise mit einem gemeinsamen Karriereförderungsprogramm für junge Wissenschaftlerinnen und mit Kinderbetreuungsangeboten.

Der Frauenanteil bei den Studierenden und Doktorierenden blieb im Vergleich zum Vorjahr konstant bei 29,4 Prozent. Dieser Wert bewegt sich seit einigen Jahren etwa auf diesem Niveau.

Der Frauenanteil beim gesamten Personalbestand stieg seit dem Jahr 2012 leicht von 32,9 auf 33,4 Prozent. Bei der Professorenschaft nahm er von 11,7 auf 12,4 Prozent zu. Auch längerfristig lässt sich eine positive Entwicklung feststellen, wenn auch auf tiefem Niveau. So

hat sich der Frauenanteil seit dem Jahr 2004 von 6,4 auf 12,4 Prozent nahezu verdoppelt. Erfreulich ist auch der hohe Frauenanteil von 28,9 Prozent an den Assistenzprofessuren mit Tenure Track. Diese Wissenschaftlerinnen haben die Aussicht auf eine ordentliche oder ausserordentliche Professur, wenn sie sich in ihrer Arbeit bewähren. Die Schaffung von Assistenzprofessuren mit Tenure Track ist auch eine wichtige Massnahme, um den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern.

Der Bundesrat anerkennt die grossen Bemühungen, um die Chancengleichheit zu fördern. Die Anstrengungen sollen weitergeführt werden. Die Nachwuchsförderung ist Gegenstand eines ausführlichen Berichts, den der Bundesrat zurzeit erarbeitet.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Gestützt auf Art. 3a ETH-Gesetz (SR 414.110) können die ETH und die Forschungsanstalten im Rahmen des Leistungsauftrages und der Weisungen des ETH-Rates zur Erfüllung ihrer Aufgaben Gesellschaften gründen, sich an solchen beteiligen oder auf andere Art mit Dritten zusammenarbeiten. Auf Seite 54 der Sonderrechnung 2013 des Bundes werden die Beteiligungen nach Institutionen des ETH-Bereichs aufgelistet.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Eidgenössische Finanzkontrolle hat als Revisionsstelle die konsolidierte Jahresrechnung, bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Geldflussrechnung und Anhang des ETH-Rates, der ETH und der Forschungsanstalten für das am 31.12.2013 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft (Sonderrechnung 2013). Sie bestätigt, dass die konsolidierte Jahresrechnung 2013 den gesetzlichen Vorschriften und den Vorgaben des Handbuchs zur Rechnungslegung im ETH-Bereich entspricht, und empfiehlt, die konsolidierte Jahresrechnung zu genehmigen.

C. Anträge an den Bundesrat

Der ETH-Rat hat seinen Geschäftsbericht 2013 verabschiedet. Das WBF (ETH-Rat) hat dem Bundesrat beantragt, von diesem Bericht Kenntnis zu nehmen und ihn an die zuständigen parlamentarischen Kommissionen weiterzuleiten. Es hat dem Bundesrat weiter beantragt, die konsolidierte Jahresrechnung 2013 des ETH-Bereichs dem Parlament zu überweisen. Die Genehmigung der Jahresrechnung durch den Bundesrat erfolgt im Rahmen der Verabschiedung der Staatsrechnung (Staatsrechnung 2013, Band 4, Sonderrechnungen).

D. Beschlüsse des Bundesrates

An seiner Sitzung vom 26.3.2014 hat der Bundesrat den Anträgen des WBF (ETH-Rat) zugestimmt.

RUAG Holding AG

Internet: www.ruag.com/de/Konzern/Konzern_Home

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 100 %

Verwaltungsrat: Konrad Peter (Präsident), Hans-Peter Schwald (Vizepräsident), Paul Häring, Dr. Hans Lauri, Egon W. Behle, Jürg Oleas

CEO: Urs Breitmeier (seit 1. April 2013)

Externe Revisionsstelle:

PricewaterhouseCoopers AG, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2013 in Kürze

Der Verwaltungsrat der RUAG Holding AG konnte den Technologiekonzern nach der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 und 2009 nachhaltig stabilisieren und weiterentwickeln. Weiterer Restrukturierungsbedarf besteht namentlich bei den Divisionen RUAG Defence und RUAG Aviation.

RUAG konzentrierte sich 2013 auf die Fokussierung der strategischen Geschäftseinheiten auf ihre Kernfähigkeiten, auf die Bearbeitung der internationalen Märkte sowie auf die Nutzung der zwischen den zivilen und militärischen Anwendungen bestehenden Synergien.

Der Nettoumsatz aus weitergeführten Geschäftstätigkeiten konnte mit 1752 Millionen Franken auf dem Vorjahresniveau (CHF 1741 Mio.) gehalten werden. Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) blieb mit 115 Millionen ebenfalls auf Vorjahresniveau (113 Mio.). Der Auftragseingang erhöhte sich auf 1851 Millionen und übertrifft damit den Vorjahreswert (1612 Mio.) deutlich. Die RUAG ist auch Ende 2013 schuldenfrei und konnte das Nettoguthaben auf 162 Millionen (87 Mio.) weiter ausbauen.

RUAG wird auch künftig gefordert sein, die Sicherstellung der Ausrüstung der Schweizer Armee in einem weiterhin anspruchsvollen Marktumfeld mit einer gezielten Weiterentwicklung ihrer Kernkompetenzen zu marktwirtschaftlichen Bedingungen zu unterstützen.

Mitte 2013 übernahm die RUAG den Gesamtarbeitsvertrag der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM). Die RUAG war 2003 wiederum eine sehr gute Ausbildungsstätte für Lernende.

Die Überprüfung der Strategischen Ziele des Bundesrates für seine Beteiligung an der RUAG Holding AG (Eignerstrategie 2011-2014) hat Ende 2013 begonnen. Die Inkraftsetzung der revidierten Eignerstrategie 2015-2018 ist auf den 1.1.2015 vorgesehen.

Der Verwaltungsrat der RUAG Holding AG hat im Berichtsjahr die Erwartungen des Bundesrates erfüllt.

Kennzahlen	2013	2012
------------	------	------

Finanzen und Personal

Nettoumsatz (Mio. CHF)	1 752	1 741
Reingewinn (Mio. CHF)	94	78
Bilanzsumme (Mio. CHF)	1 868	1 874
Eigenkapitalquote in %	50,5	38,9
Personalbestand (Vollzeitstellen)	8 336	8 258

Unternehmensspezifische Kennzahlen

EBITDA (Mio. CHF)	196	191
EBIT (Mio. CHF)	115	113
Free Cash Flow (Mio. CHF)	100	150
Nettofinanzposition (Mio. CHF)	162	87
Auftragseingang (Mio. CHF)	1 851	1 612

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

A. Zielerreichung 2013*

1. Strategische Schwerpunkte

RUAG setzt sich gemäss ihrer Konzernstrategie zum Ziel, dafür zu sorgen, dass die Systeme der Schweizer Armee auch in Krisenzeiten mit hoher Verfügbarkeit und Zuverlässigkeit eingesetzt werden können. Hierzu will sie die Kernfähigkeiten in den Bereichen Luftfahrtsysteme, Kommunikations-, Aufklärungs- und Führungsfahrzeuge, schwere Waffensysteme und Unterstützungsfahrzeuge sowie die Herstellung von Kleinkalibermunition aufrechterhalten.

Die Weiterentwicklung der Kernkompetenzen erfolgte wie in den vergangenen Jahren durch organisches und anorganisches Wachstum. Zum anorganischen Wachstum zählt die auf den 1.10.2013 übernommene Génie Audio-Visuel et Applications Professionnelles SAS (GA-VAP), eine langjährige Kooperationspartnerin der RUAG.

Damit entspricht RUAG der im Bundesgesetz über die Rüstungsunternehmen (BGRB, SR 934.21) verankerten Zweckbestimmung, die Sicherstellung der Ausrüstung der Armee zu marktwirtschaftlichen Bedingungen zu unterstützen.

2. Finanzielle Ziele

RUAG erzielte nach Jahren der Stagnation ein solides Jahresergebnis. Erfreulich ist die Erhöhung des Auftragseinganges auf 1851 Millionen Franken. Er liegt damit deutlich über dem ausgewiesenen Jahresnettoumsatz von 1752 Millionen. Von den strategischen Geschäftseinheiten konnten die Divisionen Space den ausgewiesenen Nettoumsatz auf 299 Millionen, Ammotec auf 354 Millionen und Aviation auf 510 Millionen erhöhen. Eine Einbusse erlitt RUAG Defence: der Nettoumsatz reduzierte sich im Berichtsjahr um 57 Millionen auf 357 Millionen. Der Nettoumsatz der RUAG Aerostructures blieb unter Berücksichtigung des Verkaufes der RUAG Mechanical Engineering AG mit 196 Millionen relativ stabil.

Der Auftragsbestand erhöhte sich um 95 Millionen auf 1405 Millionen. Bei den mehrjährigen Service Level Agreements werden die jährlich zu erbringenden Leistungen bei der Berechnung des Auftragseinganges und -bestandes periodengerecht abgegrenzt.

Der Anteil ziviler Leistungen am ausgewiesenen Nettoumsatz stieg im Berichtsjahr um 6 Prozentpunkte auf 56 Prozent. Der von der RUAG ausgewiesene Umsatz mit dem VBS ging von 628 Millionen auf 554 Millionen zurück.

Die operative Leistungskraft der RUAG Gruppe konnte in den vergangenen Jahren innerhalb der vom Bundesrat vorgegebenen Zielbänder konsolidiert und das bisherige Ertragswachstum des Technologiekonzerns beibehalten werden.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

2013 konnten bedeutende Funktionen der Konzernleitung neu besetzt werden. Mit der Ernennung des bisherigen CEO der Division Defence Urs Breitmeier betonte der Verwaltungsrat die Bedeutung einer kontinuierlichen Weiterentwicklung des Technologiekonzerns. Sein Nachfolger als Divisionsleiter ist Dr. Markus Zoller. Mit seiner Erfahrung bei vielschichtigen Unternehmenstransformationen im nationalen und internationalen Kontext erfüllt er die Voraussetzungen, um die in einem anspruchsvollen Marktumfeld tätige Division Defence neu auszurichten.

Die Besetzung der Funktion des CEO der Division Aerostructures erfolgt 2014.

Mit der Übernahme des Mitte 2013 erneuerten Gesamtarbeitsvertrages der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM-Industrie) und der Weiterführung des grossen Engagements bei der Berufsbildung erfüllte der

Technologiekonzern die personalpolitischen Ziele des Bundesrates. Das Vergütungssystem für die Konzernleitung wurde angepasst und eine langfristige Vergütungskomponente eingebaut.

Der Bestand an Lernenden in der Schweiz betrug am 31.12.2013 wiederum rund 8 Prozent der Belegschaft.

RUAG Lernende haben im Berichtsjahr an verschiedenen Berufsmeisterschaften teilgenommen und jeweils auch Spitzenplätze belegt.

Der Deckungsgrad der Personalvorsorgeeinrichtung VORSORGE RUAG betrug am 31.12.2013 101 Prozent (Vorjahr 104 %). Der Stiftungsrat hat beschlossen den technischen Zins (Bewertungszins) für die Bewertung der Rentenverpflichtungen Ende 2013 von bisher 3,0 Prozent auf 2,5 Prozent zu reduzieren, was den technischen Deckungsgrad mit 3 Prozent belastet hat. Mit der Reduktion wird die Diskrepanz zu den Renditen auf den Anlagen verringert.

4. Kooperationen und Beteiligungen

RUAG hat auf den 1.10.2013 die Génie Audio-Visuel et Applications Professionnelles SAS (GAVAP) in Terssac (Frankreich) übernommen, mit welcher sie bereits seit 2003 eine strategische Partnerschaft im Bereich der Virtual- und Live-Simulation verbunden war. RUAG stärkt damit eine für die Division Defence und die Schweizer Armee wichtige Kernkompetenz und stellt die Vorortbetreuung ihrer französischen Kunden sicher. Die 70 übernommenen Mitarbeitenden werden am französischen Standort weiter beschäftigt.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die beiden Berichte der Revisionsstelle PricewaterhouseCoopers AG zur Konzernrechnung der RUAG Gruppe und zur Jahresrechnung der RUAG Holding AG erfolgen ohne Einschränkungen, Hinweise oder Zusätze.

C. Anträge an die Generalversammlung

Die ordentliche Generalversammlung 2013 findet am 15.5.2014 statt. Der Verwaltungsrat beantragt,

1. Geschäftsberichte und Jahresrechnungen der RUAG-Gruppe und der RUAG Holding AG für das Geschäftsjahr 2013 zu genehmigen und die Berichte der Revisionsstelle zur Kenntnis zu nehmen;
2. den Mitgliedern des Verwaltungsrates und der Konzernleitung Entlastung zu erteilen;
3. die Honorare und Nebenleistungen der Verwaltungsratsmitglieder antragsgemäss zu genehmigen;
4. der Ergebnisverwendung RUAG Holding AG inkl. Auszahlung einer Dividende von 20 Millionen zuzustimmen;
5. vom Ausscheiden der Verwaltungsräte Konrad Peter und Dr. Hans Lauri Kenntnis zu nehmen sowie der

Wahl dreier neuer Verwaltungsratsmitglieder, der Wiederwahl der bisherigen Mitglieder Egon Behle, Paul Häring, Jürg Oleas und Hans-Peter Schwald wie auch der Wahl des Verwaltungsratspräsidenten zuzustimmen.

6. die KPMG AG als neue externe Revisionsstelle zu wählen.

Der Bundesrat hat am 26.3.2014 den Chef VBS beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrats an die 15. ordentliche Generalversammlung der RUAG Holding AG zuzustimmen.

Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA

Internet: www.finma.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Verwaltungsrat: Anne Héritier Lachat (Präsidentin), Paul Müller (Vizepräsident), Bruno Frick, Yvan Lengwiler, Günter Pleines, Joseph L. Rickenbacher, Franz Wipfli, Jean-Baptiste Zufferey

Direktor: Patrick Raaflaub (bis Januar 2014)

Externe Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2013 in Kürze

Fünf Jahre nach der Gründung der FINMA hat sich das risikoorientierte Aufsichtskonzept im Bankenbereich, bei den Versicherungen, im Finanzmarktinfrastukturbereich und bei den kollektiven Kapitalanlagen eingespielt. Die FINMA nimmt nun vermehrt eigene Analysen vor und kontrolliert häufiger direkt bei den überwachten Instituten vor Ort. Der abgeschlossene Ausbau des Geschäftsbereichs Enforcement erlaubt es ihr, in allen Aufsichtsbereichen gezielt gegen Gesetzesverstösse vorzugehen. Den grössten Teil ihrer Mittel investiert die FINMA in ihre Kernaufgaben Bewilligung, Aufsicht und Enforcement.

Internationale Prüfprogramme bestätigen die Qualität der Finanzmarktregulierung und -aufsicht. Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht hat die Umsetzung der Eigenmittelvorschriften von «Basel III» in das schweizerische Recht in einer Evaluation mit der Höchstnote bewertet. Die Resultate des Internationalen Währungsfonds zur Beurteilung der Finanzstabilität sowie der Einhaltung internationaler Standards in Regulierung und Aufsichtspraxis in der Schweiz werden im Frühjahr 2014 erwartet.

Die FINMA arbeitet in einem sehr dynamischen Umfeld. Sie wird laufend mit neuen Entwicklungen, sei es bei den beaufsichtigten Instituten oder aus dem wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Umfeld konfrontiert. Insbesondere setzen schrumpfende Margen, Unsicherheit im grenzüberschreitenden Geschäft und ein generell zurückhaltendes Anlageverhalten viele Institute unter Druck. Hier ist es namentlich Aufgabe der FINMA zu überprüfen, dass die Institute laufend über ausreichend Eigenmittel verfügen, liquide sind und die eigenen Risiken beherrschen.

Kennzahlen	2013	2012 ¹⁾
------------	------	--------------------

Finanzen und Personal

Nettoertrag (Mio. CHF)	139,6	121,9
Reingewinn (Mio. CHF)	12,7	9,4
Bilanzsumme (Mio. CHF)	72,5	48,5
Reserven FINMAG (Mio. CHF) ²⁾	41,2	31,7
Eigenkapitalquote in % ³⁾	15,2	- 33,3
Personalbestand (Vollzeitstellen)	468,0	442,0

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Betriebsaufwand (Mio. CHF)	126,8	112,5
Personalaufwand (Mio. CHF)	99,5	89,5

Abgaben und Gebühreneinnahmen

Aufsichtsabgaben (Mio. CHF)	119,0	102,4
Gebühren (Mio. CHF)	21,2	18,9

¹⁾ Angepasst.

²⁾ Nach Art. 16 FINMAG muss die FINMA innerhalb einer angemessenen Frist Reserven im Umfang eines Jahresbudgets bilden.

³⁾ Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus dem Vorsorgewerk FINMA werden direkt im Eigenkapital erfasst.

A. Zielerreichung 2013*

Die strategischen Ziele der FINMA für ihre zweite Strategieperiode (2013–2016) beziehen sich auf fünf Bereiche.

• Prudenzielle Aufsicht

Die Stabilität und die Krisenresistenz des Schweizer Finanzplatzes werden durch konstant eingehaltene und international anerkannte prudenzielle Standards gestärkt. Geordnete und rasch umgesetzte Marktaustritte erfolgen möglichst ohne Schädigung für die Finanzmarktkunden.

Die Kapitalisierung der Grossbanken wurde weiter verbessert und es wurden besondere Anforderungen an Eigenmittel, Liquidität und Risikoverteilung wie auch eine Sanierungs- und Abwicklungsstrategie für systemrelevante Banken festgelegt. Marktaustritte von Banken wurden ohne Schädigung von Kunden begleitet.

Im Versicherungsbereich wurde der anhaltenden ausserordentlichen Tiefzinsphase und der verzögerten Einführung der neuen Solvenzvorgaben in der EU durch temporäre Erleichterungen beim Schweizer Solvenzttest Rechnung getragen. Die versicherungstechnischen Rückstellungen sämtlicher Lebensversicherer wurden vertieft geprüft und bei Bedarf wurde deren Verstärkung angeordnet. Nach einer ausserordentlichen Tarifprüfung bei den Spitalzusatzversicherungen wurden zum Teil deutliche Prämiensenkungen verlangt.

Der Immobilienmarkt im Banken-, Versicherungs- und Fondsbereich wurde vertieft beobachtet und es erfolgten gezielte Prüfungen bei einzelnen Instituten.

Künftige Handlungsschwerpunkte bilden namentlich die weitere Umsetzung der Gesetzgebung zu den systemrelevanten Instituten, die Verstärkung der Sanierungs- und Abwicklungsfähigkeiten der FINMA, die punktuelle Weiterentwicklung der Aufsichtskonzepte und die Begleitung des US-Programms zur Beilegung des Steuerstreits im Rahmen der laufenden Aufsicht.

- **Geschäftsverhalten**

Zur Stärkung der Reputation des Finanzplatzes und zur Förderung von fairem Geschäftsverhalten und der Integrität der Finanzmarktakteure führt die FINMA Bewilligungsverfahren konsequent, schafft Transparenz über die unterschiedlichen Überwachungsintensitäten und setzt sich ein für international anerkannte Vorschriften im Kunden- und Anlegerschutz.

Es wurden Aufsichts Anliegen in die laufenden Arbeiten zu einem Finanzdienstleistungsgesetz eingebracht.

Die prudenzielle Aufsicht über die PostFinance wurde aufgenommen.

Für die durch das revidierte Kollektivanlagengesetz neu eingeführten Möglichkeiten im Instituts- und Produktbereich wurde eine Bewilligungs- und Genehmigungspraxis etabliert.

Verfahren gegen Institute und Personen, die illegal kontoführende Dienstleistungen am Markt anbieten, wurden prioritär behandelt.

Künftig liegen Handlungsschwerpunkte bei der Überprüfung der allgemeinen Enforcement-Policy der FINMA und bei der Festlegung einer spezifischen Strategie in den Bereichen Marktaufsicht, Vorgehen gegen natürliche Personen sowie internationale Amtshilfe.

- **Nationale und internationale Zusammenarbeit**

Bei den internationalen Tätigkeiten bündelt die FINMA ihre Kräfte und setzt sich für die wichtigen Kernthemen ein. In der nationalen Zusammenarbeit funktioniert der Informationsfluss effizient, und die Kompetenzen der Behörden sind klar.

Evaluationen durch den Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Umsetzung Eigenmittelvorschriften von Basel III) und den Internationalen Währungsfonds (Financial Sector Assessment Program, FSAP) wurden proaktiv begleitet.

Bei der Erarbeitung der internationalen Standards zur Sanierung und Abwicklung im Versicherungsbereich wurde mitgewirkt.

Auch im neu gewählten Exekutivorgan der internationalen Organisation der Wertpapieraufsichtsbehörden (IOSCO) ist die FINMA vertreten.

Künftig soll die Länderprüfung im Bereich Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung durch die Financial Action Task Force (FATF) unterstützt und es sollen Fortschritte bei der internationalen Kooperation betreffend die Sanierung und Abwicklung von Finanzinstituten erzielt werden.

- **Regulierung**

Die FINMA analysiert bestehende Regulierungen und Rechtsentwicklungen aus Sicht der Finanzmarktaufsicht, schlägt relevante Änderungen vor, unterstützt mit ihrer fachlichen Expertise die prioritären Regulierungsvorhaben und legt ihre eigenen Anliegen frühzeitig und transparent dar. In ihrem Zuständigkeitsbereich reguliert die FINMA nur, soweit dies mit Blick auf die Aufsichtsziele notwendig ist.

In die laufenden Arbeiten zu einem Finanzmarktinfrastukturgesetz wurden Aufsichts Anliegen eingebracht und es wurde die entsprechende Äquivalenzanerkennung durch die EU unterstützt.

Die FINMA-Rundschreiben zu den Marktverhaltensregeln, den operationellen Risiken der Banken und zum Vertrieb kollektiver Kapitalanlagen wurden revidiert.

Die Bankenregulierung soll entlang der internationalen Standards weiterentwickelt werden (Liquidität, Höchstverschuldungsquote) und es sollen die Arbeiten zur Revision des Versicherungsaufsichtsrechts aktiv begleitet werden.

- **FINMA als Behörde**

Die FINMA erbringt ihre Leistung mithilfe von kompetenten und integren Mitarbeitenden und auf der Grundlage effizienter Prozesse. Sie führt einen sachlichen und offenen Dialog mit ihren Anspruchsgruppen und informiert die Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit.

In den Aufsichtsprozessen der Bankenaufsicht wurden verbindliche Vorgaben zur Qualitätssicherung eingeführt.

Der Personalaufbau im Bereich Enforcement wurde abgeschlossen und es konnte bei der Verfahrenserledigung zum Teil eine markante Steigerung der Geschwindigkeit erzielt werden.

Führungs- und Kontrollmechanismen bei Projekten und Prozessen wurden überarbeitet. Ferner wurden mehrere Verbesserungen im Personalwesen implementiert (neues Kompetenzmodell für Rekrutierung und Personalentwicklung, Talent-Management und Nachfolgeplanung auf Geschäftsleitungsstufe, 360-Grad-Bewertung auf oberster Führungsstufe).

Künftige Handlungsschwerpunkte bilden die Umsetzung eines Konzepts zur Qualitätskontrolle in den Aufsichtsprozessen der Versicherungsaufsicht, die Implementierung eines überarbeiteten Konzepts zum Einsatz externer FINMA-Beauftragter und technische Massnahmen im Informationsaustausch mit Beaufsichtigten (Extranet).

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Jahresrechnung wurde von der Revisionsstelle der FINMA, der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK), geprüft. Gemäss Bericht vom 25.2.2014 bestätigt die EFK, dass die Jahresrechnung für das am 31.12.2013 abgeschlossene Geschäftsjahr ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) vermittelt und dem schweizerischen Recht entspricht. Sie empfiehlt, die Jahresrechnung zu genehmigen.

C. Beschlüsse des Bundesrates

Am 26.6.2013 wählte der Bundesrat Bruno Frick in den Verwaltungsrat der FINMA.

Nach Art. 21 Abs. 2 des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (FINMAG, SR 956.1) finden zwischen dem Bundesrat und der FINMA mindestens einmal im Jahr institutionalisierte Gespräche zur Strategie der Aufsichtstätigkeit sowie zu aktuellen Fragen der Finanzplatzpolitik statt. Die letzte jährliche Aussprache zwischen Bundesrat und FINMA war am 13.11.2013.

Den Geschäftsbericht 2013 der FINMA genehmigte der Bundesrat am 14.3.2014.

Nachdem der stellvertretende Direktor der FINMA, Mark Branson, vom Verwaltungsrat der FINMA als Nachfolger von Patrick Raaflaub zum Direktor gewählt worden war, genehmigte der Bundesrat die Wahl am 26.3.2014.

D. Übrige Ereignisse von Bedeutung

Am 28.8.2013 wurde die Botschaft zur Bündelung der Aufsicht über Revisionsunternehmen und Prüfgesellschaften verabschiedet (BBl 2013 6857). Die bisher auf die FINMA und die Eidg. Revisionsaufsichtsbehörde (RAB) aufgeteilten Aufsichtskompetenzen sollen unter Vorbehalt der Zustimmung durch die Eidg. Räte bei der RAB zusammengeführt werden.

Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV

Internet: www.serv-ch.com

Sitz: Zürich

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Verwaltungsrat: Thomas Daum (Präsident), Max Gsell (Vizepräsident), Jan Atteslander, Caroline Gueissaz, Barbara Hayoz, Beda Moor, Beat C. Ochsé, Rolf Pfenninger, Urs Ziswiler

CEO: Herbert Wight, Claudio Franzetti (a.i).

Externe Revisionsstelle: KPMG AG, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2013 in Kürze

Die SERV konnte die schweizerische Exportwirtschaft auch 2013 wirkungsvoll unterstützen. Insgesamt wurden Versicherungspolice und grundsätzliche Versicherungszusagen in der Höhe von 6363,6 Millionen Franken neu ausgestellt. Die Anzahl neuer Geschäfte nahm von 838 auf 854 zu.

Mit einem Reingewinn von 0,2 Millionen konnte die SERV das Geschäftsjahr 2013 mit einem knapp positiven Jahresergebnis abschliessen, nachdem der Unternehmenserfolg im Vorjahr 50,2 Millionen betrug. Das Ergebnis ist insbesondere auf geringere Prämieinnahmen und einen um 40,8 Millionen höheren Schadenaufwand zurückzuführen. Das Eigenkapital der SERV blieb 2013 praktisch unverändert auf 2448,8 Millionen. Gegenüber der Eröffnungsbilanz bei der Gründung der SERV am 1.1.2007 entspricht dies einer Zunahme von 421 Millionen. Die Risikotragfähigkeit der SERV konnte in den ersten sieben Jahren ihres Bestehens damit gestärkt werden; dies erlaubt es der SERV, den Schweizer Exporteuren international wettbewerbsfähige Dienstleistungen anzubieten. Mit den positiven Resultaten wird dem gesetzlichen Grundsatz der Eigenwirtschaftlichkeit voll Genüge getan.

Um die Schweizer Exportwirtschaft optimal zu unterstützen, erweisen sich die im Rahmen der Stabilisierungsmassnahmen II des Bundes eingeführten Produkte (Bondgarantie, Fabrikationskreditversicherung und Refinanzierungsgarantie) als wichtige und nötige Ergänzungen des Standardangebots der SERV. Insgesamt konnten 2013 Exportgeschäfte im Umfang von rund 1343 Millionen gefördert werden, was zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen in der Schweiz beitrug (Art. 5a SERV).

Das internationale Umfeld gestaltet sich für die Exportwirtschaft weiterhin anspruchsvoll. Exporteure stehen bei der Finanzierung der Geschäfte unter hohem Wettbewerbsdruck. Die SERV hat die richtigen Produkte und eine genügende Kapitalbasis, um die Exporteure in diesem Wettbewerb zielgerichtet und konform mit internationalen Standards zu unterstützen.

Dabei wurden sowohl das Subsidiaritätsprinzip als auch die aussenpolitischen Grundsätze der Schweiz berücksichtigt. Der Bundesrat kommt zum Schluss, dass die SERV bei der Erreichung der strategischen Ziele 2011-14 gut auf Kurs ist.

Kennzahlen	2013	2012
------------	------	------

Finanzen und Personal

Prämieneträge (Mio. CHF)	50,5	63,8
Reingewinn (Mio. CHF)	0,2	50,2
Eigenwirtschaftlichkeit (Mio. CHF)	21,2	30,6
Personalbestand (Anzahl VZÄ)	38,7	37,5

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Exposurebestand (Mio. CHF)	9 030,6	8 164,5
Neuexposure (Mio. CHF)	6 363,6	4 835,6
Neuexposure (Anzahl Policen)	854	838
Schadenzahlungen (Mio. CHF)	127,1	111,2
Schadenaufwand (Mio. CHF)	65,6	21,9
Kapital (in Mio. CHF)	2 448,8	2 448,6

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Gebühren	0	0

A. Zielerreichung 2013*

1. Strategische Schwerpunkte

Die SERV verfügt über ein international wettbewerbsfähiges Produkteportfolio. Dabei hat die Praxis der letzten Jahre zweierlei gezeigt: Erstens hängt die Wirksamkeit der Standardversicherungsprodukte der SERV entscheidend von der Versicherbarkeit des privaten Käuferrisikos ab. Zweitens sind die im Rahmen der Stabilisierungsmassnahmen II eingeführten und bis 2015 befristeten Produkte für die Exporteure im (Finanzierungs-)Wettbewerb auf den globalen Märkten sehr wichtige Sicherungsinstrumente geworden. Diese gehören mittlerweile zum Standardrepertoire vieler ausländischer Exportkreditagenturen («Export Credit Agencies» ECA), in deren Vergleich die SERV international wettbewerbsfähige Leistungen erbringen muss.

2013 deckte die SERV Exportgeschäfte mit neuen Versicherungen und Garantien in der Höhe von 6363,6 Millionen Franken ab. Sie stellte 738 Versicherungspolice (VP) im Umfang von 3536 Millionen aus, was gegenüber dem Vorjahr einem Rückgang von

9 Prozent entspricht. Bei den grundsätzlichen Versicherungszusagen (GV) war mit 116 genehmigten Anträgen im Umfang von 2828 Millionen eine starke Zunahme zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Neuexposure (VP & GV) damit insgesamt um 32 Prozent erhöht. Die Anzahl neu ausgestellter VP und GV ist in der Jahresfrist von 838 auf 854 angestiegen. Der Absicherungsbedarf der Schweizer Exporteure ist insbesondere im KMU-Bereich weiter hoch. Dies zeigt sich auch in der Anzahl der aktiven SERV-Kunden, die im Jahr 2013 von 238 auf 259 Unternehmen zunahm.

Geschäftsschwerpunkt der SERV bilden unverändert die Standardversicherungen (Lieferantenkredit-, Käuferkredit-, Fabrikationsrisiko- und Globalversicherungen). Bemerkenswert ist dabei, dass die Versicherungen des privaten Käuferrisikos nicht weniger als 45 Prozent des Neugeschäfts ausmachen. Mit diesen Produkten wurden im Jahr 2013 Exportgeschäfte im Umfang von 1343 Millionen versichert. Das ist deutlich weniger als im Vorjahr, weil weniger Fabrikationskreditversicherungen und Bondgarantien für Grossgeschäfte nachgefragt wurden. Die Anzahl ausgestellter Versicherungszusagen und -policen ist jedoch um 29 Prozent auf 196 angestiegen, was auf eine höhere Nachfrage der KMU nach Versicherungen von kleineren Beträgen hinweist.

Das Angebot der SERV ist in der ganzen Schweiz für alle Branchen zugänglich. Die Zugänglichkeit wird gefördert durch die mehrsprachigen Informationsangebote und die für Neukunden der Romandie und des Tessins zuständigen Ansprechpartner. Zudem wurde 2013 eine Kampagne zur Bewerbung von SERV-Produkten für Dienstleistungsunternehmen im Architektur-, Engineering- und IT-Bereich gestartet.

Im Jahr 2013 hat die SERV ein neues Antragsportal eingeführt. Dieses webbasierte Instrument erlaubt es ihren Kunden, die gesamte Antragsabwicklung schnell und bequem online zu erledigen.

Die SERV hat Anfang 2013 nach einer ersten Kundenumfrage 2008 eine zweite Befragung durchgeführt, an der 205 Unternehmen teilnahmen. Die generelle Zufriedenheit wurde unter den befragten Unternehmen mit «gut bis sehr gut» bezeichnet. Die Kunden sind insbesondere mit der Beratung durch die SERV sehr zufrieden. Die Umfrage zeigte auch, dass die Umstellung auf die Online-Antragserfassung einem grossen Kundenbedürfnis entspricht.

Damit sollte auch die effektive Bearbeitungszeit der Anträge verkürzt werden können, die in der Umfrage nicht durchgehend als zufriedenstellend beurteilt wurde.

Die SERV versichert gemäss Art. 5 SERV-V grundsätzlich keine marktfähigen Risiken. Das heisst, dass sie, in Anlehnung an die Praxis der EU, kurzfristige Exportgeschäfte in die OECD-Kernländer nur versichert, wenn die

privaten Versicherungen eine Deckung ablehnen.¹ Zur Verdeutlichung dieser Politik wurde das SERV-Webportal angepasst.² Bei diversen Geschäften wurden die in der Schweiz tätigen privaten Kreditversicherer zu Rückversicherungen eingeladen. Es fand zudem ein reger bilateraler und institutioneller Austausch mit Privatversicherern statt.

Die SERV berücksichtigt die aussenpolitischen Grundsätze sowie die völkerrechtlichen Verpflichtungen des Bundes in ihrer Geschäftstätigkeit. Dabei stützt sie sich auf ein seit 2008 bewährtes Compliance-Prüfverfahren, das bei den einzelnen Kundenanträgen Umwelt-, Menschenrechts-, Sozial-, Entwicklungs- und Korruptionsaspekte analysiert. Die SERV berücksichtigt vollumfänglich die Empfehlungen der Umwelt-, Menschenrechts- und Sozialleitlinien der OECD (Common Approaches). Im Berichtsjahr gab es keine Geschäfte von besonderer Tragweite, die den Einbezug des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung oder des Bundesrats erfordert hätten.

Mit den Organisationen der Zivilgesellschaft (NROs) fand im 2013 der jährliche institutionalisierte Dialog statt. Dabei zeigten sich die Vertreter der NROs (namentlich Alliance Sud, Amnesty International und Erklärung von Bern) wie in den vergangenen Jahren von der Geschäftspolitik, den Prozessen und der Behandlung von Geschäften von öffentlichem Interesse durch die SERV insgesamt befriedigt. Ausführlich diskutiert wurde die Berücksichtigung von Projektauswirkungen auf die Menschenrechte. Im Weiteren pflegte die SERV – auch auf Verwaltungsratsebene – einen regelmässigen Kontakt mit den interessierten Wirtschaftsverbänden (u.a. Swissmem, scienceindustries, Economiesuisse und verschiedene Handelskammern). Im Zusammenhang mit den Verhandlungen in der Exportkredit-Konsensusgruppe der OECD über ein Sektorenabkommen im Bereich des Schienenverkehrs standen das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) und die SERV in enger Verbindung mit dem Verband Swissrail.

SERV-Delegationen besuchten die Treffen der Berner Union, um sich dort über die weltweiten Entwicklungen in der Exportkreditversicherung zu informieren. Die SERV unterstützte das SECO bei den Vorbereitungen der Sitzungen der OECD, der International Working Group on Export Credits (IWG) und des Pariser Clubs.

2. Finanzielle Ziele

Die Erfolgsrechnung der SERV weist für das Jahr 2013 einen leicht positiven Unternehmenserfolg aus. Er ist mit 0,2 Millionen Gewinn allerdings deutlich geringer als im

¹ www.serv-ch.com > Dokumente > Informationen > Information Subsidiarität

² www.serv-ch.com > Deckungspraxis > Länder- und Bankendeckungspraxis

Vorjahr (50,2 Mio.). Die Prämienenerträge sanken, während die Anzahl abgeschlossener Versicherungen wuchs. Hier zeigen sich die Auswirkungen der erhöhten Nachfrage (vorwiegend von KMU) nach der Deckung von relativ kleinen Geschäften, bei denen der Prüfaufwand gemessen am Prämienenertrag relativ gross ist. Um die KMU weiter effizient unterstützen zu können, wird die SERV die Einführung eines verkürzten Antragsverfahrens prüfen.

Wie in den Vorjahren kann die SERV im Jahr 2013 sowohl auf Betriebsebene (Prämien, Modelle und Wirtschaftlichkeit) wie auf Unternehmensebene («bottom line») einen positiven Eigenwirtschaftlichkeitsnachweis erbringen. Einzig die Sparte *Private Risiken* mit Delkrederedeckung weist auf Betriebsebene eine negative Eigenwirtschaftlichkeit aus. Der Grund dafür liegt unter anderem in der erwähnten hohen Anzahl kleiner Geschäfte, die in dieser Sparte besonders ausgeprägt ist.

Ende 2013 verfügte die SERV über finanzielle Mittel von insgesamt 2018 Millionen. Davon hält sie 150 Millionen in flüssiger Form zur Erfüllung kurzfristiger Verpflichtungen (Schadenzahlungen); der Rest ist mit unterschiedlichen Fristen beim Bund angelegt. Damit ist die SERV praktisch keinem Anlagerisiko ausgesetzt, erzielt aber auf den Anlagen nur eine geringe Rendite.

Das Gesamtkapital der SERV betrug am Bilanzstichtag 2448,8 Millionen, wobei 105,3 Millionen von der Ausgleichsreserve zum risikotragenden und zum Kernkapital wechselten. Gegenüber der Eröffnungsbilanz vom 1.1.2007 nahm das Eigenkapital um 421 Millionen zu. Die Risikotragfähigkeit der SERV konnte damit in den ersten sieben Jahren ihres Bestehens markant gestärkt werden.

Der vom Bundesrat festgesetzte maximale Verpflichtungsrahmen von 12 Milliarden ist Ende 2013 mit 74 Prozent ausgenutzt (Vorjahreswert 70 %).

Die vom Verwaltungsrat 2008 eingeführte und 2010 revidierte Risikopolitik bildet die Grundlage für ein umfassendes Management der finanziellen Risiken (Kredit, Markt und Liquidität), der operationellen Risiken (IT, Audit und Kontrolle sowie Compliance) sowie der strategischen und der Reputationsrisiken. Die SERV beauftragte im Oktober 2012 ein Beratungsunternehmen mit der Evaluation ihrer Kredit- und Ratingmodelle. Die Evaluation der Kredit- und Ratingmodelle der SERV durch eine externe Expertenstelle im Jahr 2012 ergab, dass die Verfahren der SERV dem Geschäftsmodell angemessen sind.

3. Personalpolitische Ziele

Aufgrund ihrer Personal- und Entschädigungspolitik darf die SERV als attraktive, konkurrenzfähige und familienfreundliche Arbeitgeberin bezeichnet werden. Am Jahresende waren 42 Mitarbeitende mit 38,7 Vollzeitäquivalenten bei der SERV angestellt. Die weiterhin geringe

Fluktuationsrate betrug im Berichtsjahr 2 Prozent. Die SERV legt grossen Wert auf die Weiterbildung und Förderung ihrer Mitarbeitenden und unterstützte deshalb Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen mit rund 150 000 Franken, was ca. 3 Prozent der Lohnsumme entspricht. Seit 2010 ist die SERV zudem ein Lehrbetrieb und bildet drei Lernende zum Kaufmann/-frau aus.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die langjährige Kooperation mit der Geschäftsstelle des schweizerischen Wirtschaftsverbandes *scienceindustries* (Chemie, Pharma und Biotech) im Rahmen der Ausstellung von Globalpolicen für dessen Mitgliedsfirmen wurde 2013 fortgesetzt.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hat die Jahresrechnung (bestehend aus Erfolgsrechnung, Bilanz, Mittelflussrechnung, Erfolgsrechnung nach Sparten, Bilanz nach Sparten und Anhang) sowie den Eigenwirtschaftlichkeitsnachweis der SERV für das Geschäftsjahr 2013 geprüft. Nach ihrer Beurteilung entsprechen Jahresrechnung und Eigenwirtschaftlichkeitsnachweis den im Geschäftsbericht veröffentlichten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen und vermitteln ein den tatsächlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsprechendes Bild. Sie bestätigt, dass gemäss den Vorgaben des Verwaltungsrates ein ausgestaltetes internes Kontrollsystem (IKS) existiert, welches dem Risikomanagement der SERV dient.

C. Anträge an den Bundesrat

Dem Bundesrat wurde der Geschäftsbericht 2013 der SERV einschliesslich die Jahresrechnung zur Genehmigung und der Bericht des Verwaltungsrates der SERV zur Erreichung der strategischen Ziele 2011-2014 sowie der Bericht der Revisionsstelle vom 11.2.2014 zur Kenntnisnahme unterbreitet.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat die ihm gemäss Ziffer C. unterbreiteten Berichte am 9.4.2014 genehmigt bzw. zur Kenntnis genommen und den Mitgliedern des Verwaltungsrates für das Geschäftsjahr 2013 Entlastung erteilt.

Swisscom AG

Internet: www.swisscom.com

Sitz: Ittigen

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: Schweizer Börse SIX

Bundesbeteiligung: 51 %

Verwaltungsrat: Hansueli Loosli (Präsident), Richard Roy (Vizepräsident), Barbara Frei, Thorsten Kreindl, Theophil Schlatter, Catherine Mühlemann, Michel Gobet (Personalvertreter), Hugo Gerber (Personalvertreter), Hans Werder (Staatsvertreter)

CEO: Urs Schaeppi

Externe Revisionsstelle: KPMG AG, Muri-Gümligen

Würdigung der Ergebnisse 2013 in Kürze

Im Jahr 2013 hat Swisscom die strategischen Ziele des Bundesrates *erreicht*.

Alle Erwartungen des Bundesrates betreffend Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit, Marktposition, Innovationskraft, finanzielle Stabilität, Rentabilität, Sozialpartnerschaft, Nachhaltigkeit, Infrastrukturentwicklung und Grundversorgung wurden erfüllt.

In der Schweiz investierte Swisscom rund 1,7 Milliarden Franken in den Ausbau und in die Modernisierung der Festnetz- und Mobilfunkinfrastruktur. Dabei kamen die modernsten Technologien zur Anwendung. Am Jahresende hatten rund 750 000 Haushalte und Geschäfte einen Glasfaseranschluss (FTTH), und 85 Prozent der Bevölkerung konnten den neuesten Mobilfunkstandard 4G (LTE) nutzen. Trotz anhaltender Preiserosion – u.a. durch eine deutliche Senkung der Roaming-Gebühren – gelang es dank Mengenwachstum namentlich beim Digital-TV und bei den IT-Dienstleistungen, den Umsatz und das Ergebnis annähernd konstant zu halten. Die Rentabilität des Geschäftsbereichs IT-Services hat sich deutlich verbessert.

In Italien verursachte der hohe Preisdruck trotz der Steigerung von Kundenbestand und Marktanteil einen Rückgang des Umsatzes um 3,4 Prozent (in Lokalwährung). Das operative Ergebnis konnte dagegen leicht verbessert werden. Die Rentabilität blieb allerdings unbefriedigend. Die Werthaltigkeit der Beteiligung an Fastweb wurde bestätigt.

Der Aktienkurs stieg innert Jahresfrist um knapp 20 Prozent. Zusammen mit der Dividende von 22 Franken ergab sich eine Gesamtrendite von gut 25 Prozent. Der Unternehmenswert (Börsenkapitalisierung) stieg um rund 4 auf 24,4 Milliarden.

Swisscom ist ein moderner, attraktiver Arbeitgeber. Die guten Arbeitsbedingungen und die tragfähige Sozialpartnerschaft schlagen sich in einer hohen Zufriedenheit und Loyalität der Mitarbeitenden nieder.

Die zentrale Herausforderung der nächsten Jahre bleibt die Anpassung der Netz- und IT-Infrastruktur an die ständig steigenden Bedürfnisse und Ansprüche der Kunden bezüglich Geschwindigkeit, Verfügbarkeit und (Daten-) Sicherheit. Gleichzeitig gilt es, neue Geschäftsmodelle zu entwickeln, um die Möglichkeiten von Internet-basierten Diensten und Applikationen («Cloud») zu nutzen und dem veränderten Nutzungsverhalten der Kunden Rechnung zu tragen.

Kennzahlen	2013	2012
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	11 434	11 384
Reingewinn (Mio. CHF)	1 695	1 815
Bilanzsumme (Mio. CHF)	20 496	19 796
Eigenkapitalquote in %	29,3	23,8
Personalbestand (Vollzeitstellen)	20 108	19 514

Unternehmensspezifische Kennzahlen

Aktienkurs am 31.12.	470,90	393,80
Dividende (CHF)	22	22
Total Shareholder Return ¹⁾ (%)	25,2	16,8
Nettoverschuldung (Mio. CHF)	7 812	8 071
Nettoverschuldung ÷ EBITDA ¹⁾	1,8	1,8

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

¹⁾ (Dividende + Veränderung des Aktienkurses) ÷ Aktienkurs am Bilanzstichtag des Vorjahres

²⁾ Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen

A. Zielerreichung 2013*

1. Strategische Schwerpunkte

Swisscom verteidigte die führende Marktposition in der Schweiz in den Bereichen Festnetz, Mobilfunk und Breitband, respektive baute die Marktposition in den Bereichen Digital-TV und IT-Services weiter aus. Die Preiserosion im Umfang von rund 550 Millionen konnte durch Mengenwachstum wettgemacht werden, so dass der Umsatz praktisch konstant blieb. Bezüglich Kundenloyalität lag Swisscom mit deutlichem Abstand an der Spitze der Branche. Die Strategie, das beste Netz und den besten Service auf dem Markt anzubieten, wurde von den Kunden mit im Branchenvergleich überdurchschnittlichen Erlösen honoriert.

* Strategische Ziele: <http://www.uvek.admin.ch/themen/00681/00988/index.html?lang=de>

In Italien konnte Fastweb viele Neukunden gewinnen und den Marktanteil steigern. Der operative Erfolg schlug sich allerdings nicht im finanziellen Ergebnis nieder. Der Nettoumsatz nahm in Lokalwährung um 3,4 Prozent ab, die Rentabilität verharrte auf tiefem Niveau. Grund war der sehr intensive Preisdruck, der mit der angespannten Wirtschaftslage in Italien zusammenhängt.

Swisscom investierte rund 1,7 Milliarden Franken in die Leistungsfähigkeit und Sicherheit der Schweizer Netzinfrastruktur. Per Ende Jahr waren 754 000 Haushalte und Geschäfte mit Glasfasern erschlossen, 37 % mehr als im Vorjahr. Ein Jahr nach Beginn der flächendeckenden Einführung konnten bereits 85 % der Bevölkerung den Mobilfunk-Standard der 4. Generation (LTE) mit Übertragungsraten von bis zu 150 Mbit/s nutzen. Auch in Italien wurde stärker in den Ausbau der Next Generation Access-Netzinfrastruktur investiert.

Swisscom stellte die Grundversorgung in der ganzen Schweiz gemäss den Qualitätskriterien des Fernmelde-rechts ohne Abgeltungen sicher und gewährleistete den diskriminierungsfreien Zugang zum eigenen Netz. Auch jenseits der gesetzlichen Verpflichtungen engagierte sich Swisscom für einen möglichst barrierefreien Zugang aller Bevölkerungsteile zur digitalen Welt. Ein besonderer Schwerpunkt war die Förderung der Kompetenz von Jugendlichen im Umgang mit neuen Medien und das Bewusstsein für die damit verbundenen Risiken. Für die Umsetzung der ambitionierten Nachhaltigkeitsstrategie erhielt Swisscom erneut mehrere Auszeichnungen.

2. Finanzielle Ziele

Die Konzernrechnung schloss mit einem gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Prozent gesteigerten Nettoumsatz von 11,4 Milliarden. Das Betriebsergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA) nahm hingegen um 3,9 Prozent auf 4,3 Milliarden ab, der Reingewinn sank um 6,6 Prozent auf 1,7 Milliarden.

Der Aktienkurs stieg um 19,6 Prozent auf 470,90 Franken am Bilanzstichtag. Damit lag die Performance der Swisscom-Aktie ungefähr gleichauf mit jener des SMI, allerdings deutlich unter jener des europäischen Branchenindex «STOXX Europe 600 Telco».

Die Dividende für das Geschäftsjahr 2013 liegt unverändert bei 22 Franken pro Aktie. Der Bund, der seinen Anteil am Aktienkapital von Swisscom im Verlauf des Berichtsjahres von ca. 57 auf ca. 51 Prozent verringerte, darf mit einem Beteiligungsertrag von rund 580 Millionen rechnen. Die Gesamtrendite (Aktienkursentwicklung plus Dividende) erreichte gut 25 Prozent.

Swisscom baute die Nettoverschuldung im Berichtsjahr um 259 Millionen auf 7,8 Milliarden ab. Die Verschuldungsquote blieb mit 1,8 x EBITDA unverändert. Aufgrund der soliden finanziellen Verfassung geniesst Swisscom uneingeschränkten Zugang zu den Geld- und

Kapitalmärkten zu attraktiven Konditionen. Das Credit Rating liegt im Single-A-Bereich.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Swisscom ist ein attraktiver Arbeitgeber mit einer fortschrittlichen Personalpolitik. Die Mitarbeiterzufriedenheit ist gemäss der letztmals im Jahr 2012 durchgeführten Befragung hoch. Der Personalbestand in der Schweiz nahm im Berichtsjahr um 1 093 (+6,7 Prozent) auf 17 362 Vollzeitstellen zu. Indirekt sicherte Swisscom durch die hohen Investitionen in die Netzinfrastruktur zusätzliche Arbeitsplätze in der ganzen Schweiz. Swisscom bildet 847 Lernende als Informatiker, Mediamatiker und Telematiker sowie in verschiedenen kaufmännischen Berufen aus. Hinzu kommen 73 Lernende im Bereich Elektroinstallation bei der Tochterfirma Calex.

Swisscom fördert mit besonderen Programmen die Gesundheit, Chancengleichheit und Arbeitsmarktfähigkeit ihrer Mitarbeitenden und setzt sich mit flexiblen Arbeitszeitmodellen und verschiedenen Betreuungsdienstleistungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die strategisch wichtigste Beteiligung von Swisscom ist Fastweb, der führende alternative Netzbetreiber Italiens. Fastweb trägt rund 18 Prozent zum Konzernumsatz bei. Das strategische Ziel, durch Wachstum im vergleichsweise wenig gesättigten italienischen Breitbandmarkt den Umsatzrückgang im Schweizer Kerngeschäft zu kompensieren, konnte bisher nicht erreicht werden, was im Jahr 2011 zu einer Wertberichtigung der Beteiligung an Fastweb im Umfang von 1,55 Milliarden führte. Seit-her hat sich Fastweb operativ gut entwickelt. Sowohl im Geschäfts- als auch im Privatkundenbereich konnte die Zahl der Neukunden und der Marktanteil deutlich gesteigert werden. Ungeachtet dessen blieb die Profitabilität unbefriedigend. Im Hinblick auf die optimale Ausschöpfung des nach wie vor grossen Wachstumspotenzials des italienischen Breitbandmarktes investierte Fastweb insgesamt 565 Millionen Euro (28 Prozent mehr als im Vorjahr), davon 132 Millionen in den Ausbau des eigenen, hochmodernen Glasfasernetzes.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (KPMG AG) hat festgestellt, dass die konsolidierte Jahresrechnung der Swisscom AG für das Geschäftsjahr 2013 dem schweizerischen Gesetz entspricht und ein die tatsächlichen Verhältnisse widerspiegelndes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt.

C. Anträge an die Generalversammlung

Gemäss Bundesratsbeschluss vom 13.5.1998 über die Statuten von Swisscom AG werden die Aktionärsrechte

des Bundes durch die Vorsteher des EFD und des UVEK (respektive durch eine von diesen bezeichnete Vertretung) gemeinsam wahrgenommen.

Die ordentliche Generalversammlung der Swisscom AG fand am 7.4.2014 in Zürich statt. Der Verwaltungsrat hatte der Generalversammlung beantragt,

1. den Jahresbericht, die Jahresrechnung der Swisscom AG und die Konzernrechnung für das Geschäftsjahr 2013 zu genehmigen;
2. den Vergütungsbericht 2013 im Sinne einer Konsultativabstimmung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen;
3. eine Dividende von 22 Franken pro Aktie auszuschütten;
4. den Mitgliedern von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung für das Geschäftsjahr 2013 Entlastung zu erteilen;
5. die Statuten an die Verordnung gegen übermässige Vergütungen bei börsenkotierten Aktiengesellschaften (VegüV) anzupassen;

6. Hansueli Loosli (als Präsident), Barbara Frei, Thorsten Kreindl, Theophil Schlatter, Catherine Mühlemann, Michel Gobet und Hugo Gerber wieder und Frank Esser neu in den Verwaltungsrat zu wählen;
7. Barbara Frei, Thorsten Kreindl, Theophil Schlatter, Hans Werder und Hansueli Loosli (ohne Stimmrecht) in den Vergütungsausschuss zu wählen;
8. die Anwaltskanzlei Reber Rechtsanwälte, Zürich, als unabhängigen Stimmrechtsvertreter zu wählen;
9. KPMG AG, Muri bei Bern, für das Geschäftsjahr 2014 als Revisionsstelle wiederzuwählen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat beauftragte am 26.3.2014 das UVEK und das EFD, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung der Swisscom AG zuzustimmen.

Internet: www.sbb.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 100%

Verwaltungsrat: Ulrich Gygi (Präsident), Olivier Steimer (Vizepräsident), Andrea Hämmerle (Personalvertreter), Daniel Trolliet (Personalvertreter), Andreas Hunziker, Conrad Löffel, Peter Siegenthaler, Hans-Jürg Spillmann, Alexandra Post Quillet

CEO: Andreas Meyer

Externe Revisionsstelle: Ernst & Young, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2013 in Kürze

Im Jahr 2013 hat die SBB die strategischen Ziele des Bundesrates *teilweise erreicht*.

Gut ist die Leistungsbilanz bei den Immobilien und teilweise im Personenverkehr. Beim Güterverkehr gelang ein Schritt in der Sanierung. Handlungsbedarf besteht im Infrastrukturbereich. Die finanzielle Situation der SBB bleibt herausfordernd.

Das Jahresergebnis der SBB sank auf 238,2 Millionen Franken (Vorjahr 422,5 Mio.). Der Free Cash Flow reichte nicht aus, um die kommerziellen Investitionen aus den eigenen Mitteln zu erwirtschaften. Die verzinsliche Nettoverschuldung stieg auf 7,5 Milliarden und erreichte das 19-fache des EBIT. Der Bundesrat erwartet eine mittelfristige Begrenzung der verzinslichen Nettoverschuldung auf das 12-fache des EBIT.

Der Personenverkehr verzeichnete eine Verkehrszunahme von 1,3 Prozent (Vorjahr: -1,2 %). Die im Vorjahr festgestellten Anzeichen für einen stagnierenden Personenfernverkehrsmarkt haben sich nicht bestätigt. Der Fernverkehr wuchs mit 1,4 Prozent leicht stärker als der Regionalverkehr mit 1,0 Prozent. Bei der Pünktlichkeit der Züge und bei der Kundenzufriedenheit ist ein leichter Rückgang auf hohem Niveau festzustellen.

Im Güterverkehr erzielte SBB Cargo bei zunehmender Verkehrsleistung erstmals seit über 40 Jahren ein positives Jahresergebnis. Um das Geschäft nachhaltig zu sichern, sind weitere Massnahmen zur Ergebnisverbesserung in Umsetzung.

Die Ziele im Infrastrukturbereich hat die SBB nur teilweise erreicht. Betrieb und Erhalt der stark belasteten Infrastruktur erforderten 2013 zusätzliche Unterhaltsarbeiten und deutlich mehr Mittel.

Die personellen Ziele wurden insgesamt erreicht. Die Trendwende bei der Personalzufriedenheit konnte nicht bestätigt werden: Die Zufriedenheit der Mitarbeitenden sank von 62 auf 61 Punkte.

Bei den Beteiligungen und Kooperationen ergaben sich gegenüber dem Vorjahr keine wesentlichen Änderungen.

Kennzahlen	2013	2012
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	8 319	8 169
Konzerngewinn (Mio. CHF)	238	423
Bilanzsumme (Mio. CHF)	36 412	34 877
Eigenkapitalquote in %	30,2	30,9
Personalbestand (Vollzeitstellen)	30 977	29 240

Unternehmensspezifische Kennzahlen

Personalzufriedenheit (Punkte, max. 100)	61	62
Beförderte Personen (Tsd. pro Tag)	1 002	976
Kundenpünktlichkeit (%)	87,5	88,0
Ergebnis Personenverkehr (Mio. CHF)	96	269
Ergebnis Güterverkehr (Mio. CHF)	15	-51
Verzinsliche Nettoverschuldung (Mio. CHF)	7 507	6 842

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF) ¹⁾	2 156	2 049
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

¹⁾ Abgeltungen und Investitionsbeiträge des Bundes für Infrastruktur, Regional-/Güterverkehr sowie für Behindertengesetz

A. Zielerreichung 2013*

1. Strategische Schwerpunkte

Der Personenverkehr verzeichnete eine Verkehrszunahme von 1,3 Prozent (Vorjahr: -1,2 %). Die im Vorjahr festgestellten Anzeichen für einen stagnierenden Personenfernverkehrsmarkt mit einem erstmaligen Rückgang der Verkehrsleistung seit Inbetriebnahme der Bahn 2000 haben sich nicht bestätigt. Diese Entwicklung ist umso bemerkenswerter, als per Dezember 2012 Tarifierhöhungen von durchschnittlich 5,2 Prozent in Kraft getretenen sind. Der gewinnorientierte Fernverkehr wuchs mit 1,4 Prozent leicht stärker als der abgeltungsberechtigte Regionalverkehr mit 1,0 Prozent.

Der Güterverkehr bewegt sich in einem schwierigen Marktumfeld mit tiefen Margen. Nach der strategischen

Neuausrichtung sowie der Umsetzung von umfangreichen Sanierungsmassnahmen befindet sich die Division SBB Cargo mit einem Ergebnis von 15 Millionen (Vorjahr -51 Mio.) erstmals in der Gewinnzone. Dank Umsatzwachstum und Sanierungsmassnahmen erzielte der Geschäftsbereich Schweiz (inkl. Import-Exportverkehre) einen Gewinn von 17 Millionen (Vorjahr -43 Mio.). SBB Cargo International verpasste mit einem Ergebnis von -3 Millionen (Vorjahr -11 Mio.) die geforderte Gewinnschwelle nur knapp.

Gut ist die Leistungsbilanz bei den Immobilien. Zusammen mit den lokalen und kantonalen Behörden werden die Bahnhöfe und deren Umgebung mit der steigenden Zahl von Bahnreisenden und mit den Ansprüchen der Kunden weiter entwickelt. Die Kundenzufriedenheit an den Bahnhöfen ist auf hohem Niveau leicht rückläufig. Mit einer marktorientierten Bewirtschaftung ihrer Immobilien erreicht SBB Immobilien einen positiven Beitrag an das Konzernergebnis.

Im Infrastrukturbereich hat die SBB die Ziele nur teilweise erreicht. Die SBB hat eine deutliche Verschlechterung des Anlagenzustands festgestellt und zusätzliche, über die im Rahmen der Leistungsvereinbarung 2013-2016 vom Bund finanzierten Unterhaltsmassnahmen eingeleitet, welche das Ergebnis von Infrastruktur Netz mit 116 Millionen belasten. Auch für die kommenden Jahre sieht die SBB die Notwendigkeit für zusätzliche Unterhaltsmassnahmen. Im Berichtsjahr ereigneten sich 117 Störungen, welche durch die Infrastruktur verursacht wurden und zu Verspätungen von mehr als 3 Minuten führten. Diese Störungen sind namentlich eine Folge der erhöhten Bautätigkeit auf dem Netz – insbesondere im Grossraum Zürich – sowie der grossen Anzahl an anlagenzustandsbedingten Langsamfahrstellen.

Die Pünktlichkeit befindet sich trotz der erwähnten Störungen und Langsamfahrstellen auf hohem Niveau. Im Personenverkehr erreichten 87,5 Prozent aller Reisenden ihr Ziel mit weniger als drei Minuten Verspätung (Vorjahr 88,0 %). Die Ankunftspünktlichkeit der Güterzüge in der Schweiz stieg von 94,6 auf 95,1 Prozent. Bei der Kundenzufriedenheit und dem Konzernimage ist ein Rückgang festzustellen. Diese Entwicklung ist auf eine Reihe von Negativereignissen (z.B. Zugseignisse, Umsetzung der Billetpflicht, Kundeninformation) zurückzuführen. Die grössere Betriebsstabilität in der zweiten Jahreshälfte sowie die eingeführten Kulanzregeln bei der Umsetzung der Billetpflicht haben gegen Jahresende eine Verbesserung bewirkt.

Das Jahr 2013 war geprägt von einer Reihe von Unfällen ohne gemeinsame Ursache. Auf diese Unfälle hat die SBB mit verschiedenen Massnahmen reagiert (z.B. beschleunigte Ausrüstung von 1700 Signalen mit Geschwindigkeitsüberwachung und Abfahrverhinderung, Vier-Augen-Prinzip auf ausgewählten Bahnhöfen). Externe Gutachten attestieren der SBB eine hohe Sicherheitskultur und bestätigen die bisher eingeleiteten Stra-

tegien und Massnahmen. Weitere Fortschritte konnten bei den Umweltzielen (Lärmschutz und Energiesparprogramm) erzielt werden. Ende 2013 verfügten 49,9 Prozent der SBB-Bahnhöfe über einen niveaugleichen Einstieg sowie über einen stufenfreien Zugang zu den Perrons.

2. Finanzielle Ziele

Die Jahresrechnung weist eine Abnahme des Konzerngewinns um 184 Millionen auf 238 Millionen aus. Der Rückgang ist neben Sonder- und Einmaleffekten vor allem auf einen Anstieg der Kosten, namentlich im Bereich des Unterhalts der Bahninfrastruktur sowie der Instandhaltung des Rollmaterials im Personenverkehr zurückzuführen. Der Bereich Immobilien leistete mit 211 Millionen den grössten Ergebnisbeitrag, gefolgt vom Personenverkehr mit einem Gewinn von 96 Millionen. SBB Cargo erzielte einen Gewinn von 15 Millionen. Grösste Verlustquelle war der abgeltungsberechtigte Bereich Infrastruktur Netz mit einem Ergebnis von -129 Millionen. SBB Immobilien leistete eine Ausgleichszahlung von 150 Millionen an die Infrastruktur und einen wesentlichen Beitrag an die Sanierung der Pensionskasse SBB. Die Vorgaben zur Produktivität wurden nur teilweise erreicht.

Hohe Investitionen sowie das tiefere Jahresergebnis führten zu einem negativen Free Cash Flow nach Finanzierung der öffentlichen Hand von -652,9 Millionen (Vorjahr 906 Mio.). Die verzinsliche Nettoverschuldung stieg im Vergleich zum Vorjahr um 665,4 Millionen auf 7,5 Milliarden und erreichte das 19-fache des EBIT. Das Eignerziel, welches eine mittelfristige Begrenzung der verzinslichen Nettoverschuldung auf das 12-fache des EBIT verlangt, wurde nicht erreicht. Zur Wahrung der finanziellen Stabilität muss es der SBB deshalb gelingen, ein tragfähiges Verhältnis zwischen Investitionen, Erträgen und Produktivitätssteigerungen zu erreichen.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Die SBB betreibt eine fortschrittliche und sozial verantwortliche Personalpolitik. Der Personalbestand nahm um 1737 Vollzeitstellen (+5,9 %) zu, inkl. Beteiligung an Login AG (+1'121 FTE). Die Gesamtarbeitsverträge SBB und SBB Cargo sind seit 2011, derjenige von SBB Cargo International seit dem 1.5.2012 in Kraft. Ende 2013 haben die SBB und die Sozialpartner eine Vereinbarung zur Aufnahme von GAV-Verhandlungen im 2014 abgeschlossen. Insgesamt absolvierten 1379 Lernende (rund 5 % des Mitarbeiterbestandes) eine Ausbildung bei der SBB. Die SBB fördert mit besonderen Programmen die Gesundheitskompetenz, die berufliche Wiedereingliederung sowie die Arbeitsmarktfähigkeit ihrer Mitarbeitenden und setzt sich für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein.

Die Pensionskasse SBB ist technisch saniert. Der Deckungsgrad der Kasse stieg dank guten Anlagerenditen

im Jahresverlauf von 99,1 Prozent auf 102,4 Prozent an. Der Stiftungsrat der Pensionskasse SBB beschloss, die durch die aktiven Versicherten und die SBB geleisteten Sanierungsbeiträge von je 2,5 Prozent per 1.1.2014 aufzuheben.

Die Trendwende bei der Personalzufriedenheit konnte nicht bestätigt werden. Die Zufriedenheit der Mitarbeitenden sank im Berichtsjahr von 62 auf 61 Punkte. Das haben drei Stimmungsbarometer bei je 1000 Mitarbeitenden ergeben. Der Bundesrat erwartet, dass die SBB die Massnahmen zur Verbesserungen der Personalzufriedenheit konsequent umsetzt und der Befindlichkeit des Personals Sorge trägt.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Bei den Beteiligungen und Kooperationen ergaben sich im Berichtsjahr nur wenige Änderungen (namentlich einen neuen Kooperationsvertrag zwischen SBB und Trenitalia, ein ergänzendes Angebot von SBB und DB für eine IC-Bus-Verbindung Zürich-München). Die Ziele sind erreicht.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle empfiehlt mit Bericht vom 11.3.2014 der Generalversammlung, die Jahres- und Konzernrechnung 2013 zu genehmigen. Sie gelangt zum Schluss, dass die Konzernrechnung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den Swiss GAAP FER vermittelt und dem schweizerischen Gesetz entspricht.

C. Anträge an die Generalversammlung

Gemäss Bundesratsbeschluss vom 7.6.1999 über die Statuten der SBB werden die Aktionärsrechte des Bundes durch die Vorsteher des EFD und des UVEK (respektive durch eine von diesen bezeichnete Vertretung) gemeinsam wahrgenommen.

Die ordentliche Generalversammlung der SBB AG findet am 1.5.2014 in Bern statt. Der Verwaltungsrat beantragt,

1. den Jahresbericht, die Jahresrechnung und die Konzernrechnung 2013 zu genehmigen und die Berichte der Revisionsstelle zur Konzernrechnung SBB und Jahresrechnung SBB AG sowie den umfassenden Bericht der Revisionsstelle an den Verwaltungsrat gemäss Art. 728b OR zur Kenntnis zu nehmen;
2. den Bilanzverlust per 31.12.2013 von -746,0 Millionen auf die neue Rechnung vorzutragen (Jahresgewinn 2013 241,6 Mio.; Verlustvortrag Vorjahr -1117,0 Mio.; Entnahme Reserve gemäss Art. 67 EBG für Infrastruktur und Art. 36 PBG für Personenverkehr von insgesamt 129,4 Mio.);
3. den Mitgliedern des Verwaltungsrates für das Geschäftsjahr 2013, abgeschlossen per 31.12.2013, Entlastung zu erteilen;
4. Alexandra Post Quillet und Andrea Hämmerle als Mitglieder des Verwaltungsrates in ihrem Amt bis zur ordentlichen Generalversammlung 2016 zu bestätigen. Die Generalversammlung nimmt davon Kenntnis, dass Olivier Steimer auf den 12.5.2014 seinen Rücktritt aus dem Verwaltungsrat der SBB AG bekannt gegeben hat. Monika Ribar, von Wollerau, in Binningen, wird auf den Zeitpunkt der ordentlichen Generalversammlung der SBB AG 2014 vom 1.5.2014 neu in den Verwaltungsrat gewählt. Die Amtsdauer des neu gewählten Mitglieds läuft bis zur ordentlichen Generalversammlung 2016;
5. Ernst & Young für eine Amtsdauer von einem weiteren Jahr als Revisionsstelle zu wählen.

D. Beschlüsse des Bundesrates und der Generalversammlung

Der Bundesrat hat am 26.3.2014 das UVEK und das EFD beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung der SBB AG zuzustimmen.

Die Schweizerische Post AG

Internet: www.post.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 100%

Verwaltungsrat: Peter Hasler (Präsident), Dominique Freymond (Vizepräsident), Andreas Schläpfer, Susanne Blank (Personalvertreterin), Michel Gobet (Personalvertreter), Nicola Thibaudeau (Rücktritt per 31.12.2013), Marco Durrer, Adriano P. Vassalli, Philippe Milliet

CEO: Susanne Ruoff

Externe Revisionsstelle: KPMG AG, Muri bei Bern

Würdigung der Ergebnisse 2013 in Kürze

Im Jahr 2013 hat die Schweizerische Post AG die Ziele des Bundesrates *erreicht*.

Die Post hat im vergangenen Jahr ihre Umwandlung in die neue Rechtsform der spezialgesetzlichen Aktiengesellschaft sowie die Ausgliederung der PostFinance in eine Aktiengesellschaft und deren Unterstellung unter die Finanzmarktaufsicht erfolgreich umgesetzt.

Die Grundversorgung mit Postdiensten und Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs wurde in guter Qualität und zu angemessenen Preisen erbracht. Die Laufzeitvorgaben aus der Postgesetzgebung für Briefe und Pakete wurden eingehalten, ebenso die Vorgaben zur Erreichbarkeit der Poststellen bzw. dem Zugang der Bevölkerung zur Grundversorgung mit Postdiensten und im Zahlungsverkehr. Die Gesamtzufriedenheit der Kunden mit der Post konnte um einen Punkt gesteigert werden. Die Marktanteile im Kerngeschäft (Briefe, Pakete, Zahlungsverkehr und Personenverkehr) wurden gehalten.

Der um Sondereffekte normalisierte Konzerngewinn ist mit 626 Millionen Franken um 146 Millionen tiefer ausgefallen als im Vorjahr, was hauptsächlich auf der Tatsache gründet, dass die Post im Jahr 2013 erstmals vollumfänglich steuerpflichtig ist. Der normalisierte Betriebsertrag entspricht der Vorjahreshöhe. Ausser Poststellen und Verkauf konnten alle Segmente ein positives Ergebnis vorweisen.

Die Personalzufriedenheit im Konzern liegt auf dem Vorjahreswert von 75 Punkten und die Fluktuationsrate ist nach wie vor tief. Dass die Post eine sozialverantwortliche Arbeitgeberin ist, zeigt sich in ihrem Engagement für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie am Anteil von 5,4 Prozent Lernenden am Personalbestand. Die Sanierung der Pensionskasse konnte im vergangenen Jahr abgeschlossen werden.

Im Bereich der Kooperationen und Beteiligungen muss festgehalten werden, dass die Rentabilität (EBIT-Marge) der Auslandgesellschaften mit 4,6 Prozent deutlich tiefer ist als diejenige des Konzerns mit 10,6 Prozent (normalisiert).

Der Bundesrat erwartet eine Steigerung der Rentabilität der Auslandgesellschaften.

Kennzahlen	2013	2012
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF) ¹	8 575³	8 576
Konzerngewinn (Mio. CHF)	626³	772
Bilanzsumme (Mio. CHF)	120 383	120 069
Eigenkapitalquote in %	4,7	2,6
Personalbestand (Vollzeitstellen)	44 105	44 605

Unternehmensspezifische Kennzahlen

Personalzufriedenheit (Skala 0 -100)	75	75
Dividende an Bund (Mio. CHF)	180	200
Adressierte Briefe (Mio. Sendungen)	2 245	2 291
Pakete (Mio. Sendungen)	114	111
Neugeldzufluss PostFinance (Mrd. CHF)	4,3	11,6

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF) ²	225	219
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

¹) Total Betriebsertrag

²) Beiträge an PostAuto und für indirekte Presseförderung

³) Normalisierte Werte

A. Zielerreichung 2013*

1. Strategische Schwerpunkte

Die Post gewährleiste die Grundversorgung mit Postdiensten und Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs auch im vergangenen Jahr in guter Qualität und zu angemessenen Preisen. So beträgt die Laufzeit bei den A-Post-Briefen 97,6 Prozent und bei den B-Post-Briefen 98,8 Prozent. Bei den Paketen kann die Post im Bereich „Priority“ einen Wert von 97,3 Prozent und bei „Economy“ 97,7 Prozent ausweisen. Die Werte sind damit leicht tiefer als im Vorjahr; die Post erreicht jedoch die Vorgaben aus der Postgesetzgebung.

Im Jahr 2013 erreichen 92,4 Prozent der Bevölkerung innerhalb von 20 Minuten – resp. 30 Minuten bei einem Hausservice - eine Poststelle oder eine Postagentur. Die Erreichbarkeit der Dienstleistungen des Zahlungsver-

kehrs wurde im vergangenen Jahr erstmals erhoben und ergab einen Wert von 98,6 Prozent. Die Erreichbarkeitsvorgaben aus der Postgesetzgebung wurden damit ebenfalls eingehalten.

Die Gesamtzufriedenheit der Kunden der Post liegt bei 80 Punkten (max. 100 Pkte.) und konnte damit gegenüber dem Vorjahr um einen Punkt gesteigert werden. Die Zufriedenheit der Geschäftskunden hat sich bei Poststellen und Verkauf verbessert, bei Swiss Post Solutions und PostFinance sind die Werte etwas gesunken. Die Zufriedenheit der Privatkunden konnte auf einem hohen Niveau gehalten werden.

Die Preise der Post bei den Briefen und Paketen sind im internationalen Vergleich gut. Bei den Briefen befindet sich die Post auf Platz 5 von 15 Vergleichsländern, bei den Paketen auf Platz 3. Kaufkraftbereinigt belegt die Post in beiden Kategorien den ersten Rang.

Bei den von der Post transportierten Sendungen kam es im vergangenen Jahr aufgrund des veränderten Kundenverhaltens zu einem Rückgang bei den adressierten Briefen von 2 Prozent, und bei den Zeitungen von 3,2 Prozent. Bei den Paketen ergab sich demgegenüber dank des weiterhin zunehmenden Onlinehandels eine Steigerung von mehr als 3 Prozent. Die Post vermochte ihre Marktstellung in den Geschäftsfeldern Kommunikation und Logistik, Finanzdienstleistungen und Personenverkehr zu halten.

Im Rahmen der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie konnten die CO₂-Emissionen von der Post im vergangenen Jahr massgeblich reduziert werden. Dazu hat sie unter anderem ihre Flotte von Elektrorollern ausgebaut, Fahrzeuge besser ausgelastet und Wegstrecken optimiert. Weitere Massnahmen sind der vollständige Strombezug aus erneuerbaren Energien, der Einsatz von Brennstoffzellen und Hybridbussen im öffentlichen Verkehr sowie das Angebot des klimaneutralen Versands von Postsendungen.

2. Finanzielle Ziele

Das finanzielle Ergebnis der Post beinhaltet drei einmalige Sondereffekte, die normalisiert wurden, um eine bessere Vergleichbarkeit mit den Vorjahren zu erreichen. Der normalisierte Betriebsertrag der Post konnte im Geschäftsjahr 2013 auf dem Vorjahresniveau gehalten werden. Das normalisierte Betriebsergebnis der Post beträgt 911 Millionen Franken (2012: 860 Millionen). Der normalisierte Konzerngewinn beträgt 626 Millionen und ist damit um 146 Millionen tiefer ausgefallen als im Vorjahr. Diese Differenz ist hauptsächlich auf die erstmalige vollumfängliche Steuerpflicht der Post zurückzuführen. Der normalisierte Unternehmensmehrwert der Post beträgt 135 Millionen.

Alle Konzernbereiche, ausser Poststellen und Verkauf, trugen zum guten Ergebnis der Post bei. Das normali-

sierte Betriebsergebnis der Post wird hauptsächlich von PostMail (324 Mio.), PostLogistics (133 Mio.) und PostFinance (537 Mio.) getragen. Da seit 2013 sämtliche internen Leistungen zu Marktpreisen oder Vollkosten verrechnet werden, mussten PostMail, PostLogistics und PostFinance höhere interne Leistungsabgeltungen bezahlen, was sich auf ihre Betriebsergebnisse niedergeschlagen hat. Das normalisierte Betriebsergebnis von Poststellen und Verkauf hat sich demgegenüber deutlich verbessert und beträgt -91 Millionen. PostFinance verfügt über das bankenrechtlich erforderliche Eigenkapital. Die Rentabilität der Post ist verglichen mit den grössten europäischen Postgesellschaften hoch.

Der Verwaltungsrat der Post beantragt dem Bundesrat eine Gewinnausschüttung im Umfang von 180 Millionen Franken, was einer Dividende von 138,5 Franken/Aktie entspricht.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Die Post betreibt eine fortschrittliche und sozialverantwortliche Personalpolitik. Der Personalbestand nahm bezogen auf die Personaleinheiten gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Prozent ab. Die Abnahme gründet hauptsächlich auf der Auslagerung von Personal in das für die grenzüberschreitenden Mailaktivitäten gemeinsam mit der französischen Post gegründete Joint Venture ASENDIA. Diese Arbeitsplätze gingen damit nicht verloren.

Die Personalszufriedenheit im Konzern konnte auf dem Vorjahreswert von 75 Punkten (Index 1-100) gehalten werden. Im vergangenen Jahr absolvierten insgesamt 2024 (2012: 2015) Lernende in 10 unterschiedlichen Berufen eine berufliche Grundbildung bei der Post. Der Anteil Lernender am Personalbestand des Konzerns in der Schweiz beträgt damit 5,4 Prozent.

Die Post engagiert sich mit verschiedenen Massnahmen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. So bietet sie allen Mitarbeitenden inkl. Kader flexible Arbeitszeitmodelle.

Im August 2013 wurden mit den Sozialpartnern die Verhandlungen im Hinblick auf einen neuen GAV (gültig für Post CH AG, PostAuto AG und PostFinance AG) aufgenommen, welcher per 2015 in Kraft treten soll. Bis dahin gelten für die betroffenen Mitarbeitenden die bisherigen Arbeitsbedingungen.

Die Sanierung der Pensionskasse konnte im vergangenen Jahr abgeschlossen werden. Sie weist per Ende 2013 einen provisorischen Deckungsgrad von 101 Prozent aus.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die Post hat im vergangenen Jahr im Ausland einen Betriebsertrag von 1 031 Millionen erzielt (davon 93,5% in Europa), was 12 Prozent des Betriebsertrages des

Konzern entspricht. Das Betriebsergebnis der Auslandsgesellschaften betrug 47 Millionen bzw. nur 5,2 Prozent des normalisierten Betriebsergebnisses des Konzerns.

Das Joint Venture ASENDIA wird von PostMail als assoziierte Gesellschaft gehalten und konnte im vergangenen Jahr in den USA und in Asien einen Umsatzgewinn erzielen.

Im vergangenen Jahr hat die Post verschiedene Akquisitionen mit geringen Kaufpreisen und unwesentlichen Auswirkungen auf die Ertragslage getätigt (z.B. Kauf der Firma Scalaris AG mit 90 Mitarbeitenden, Kauf der Firma Prisma Medienservice AG mit Tätigkeiten im Direktmarketing und rund 1 100 Mitarbeitenden).

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle bestätigt mit Bericht vom 10.3.2014, dass die konsolidierte Jahresrechnung der Schweizerischen Post AG für das Geschäftsjahr 2013 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) vermittelt und dem schweizerischen Gesetz entspricht. Sie empfiehlt, die konsolidierte Jahresrechnung 2013 zu genehmigen.

C. Anträge an die Generalversammlung

Die Aktionärsrechte des Bundes werden durch das UVEK und das EFD (respektive durch eine von diesen bezeichnete Vertretung) gemeinsam wahrgenommen.

Die erste ordentliche Generalversammlung der Schweizerischen Post AG findet am 29.4.2014 in Bern statt. Der Verwaltungsrat der Schweizerischen Post AG beantragt,

1. den Jahresbericht und die Jahresrechnung der Schweizerischen Post AG sowie die Konzernrechnung für das Geschäftsjahr 2013 zu genehmigen und den Bericht der Revisionsstelle vom 10.3.2014 zur Kenntnis zu nehmen.

2. den verfügbaren Gewinn folgendermassen zu verwenden:

Bilanzgewinn 2013	CHF 40'482'685
Entnahme aus freien Reserven	<u>CHF 139'517'315</u>
Verfügbarer Gewinn	CHF 180'000'000
Brutto Dividende	<u>CHF 180'000'000</u>
Vortrag auf neue Rechnung	<u>CHF ---</u>

3. den Mitgliedern des Verwaltungsrates, inkl. der auf den 31.12.2013 aus dem Verwaltungsrat ausgeschiedenen Frau Nicola Thibaudeau, für das Geschäftsjahr 2013 Entlastung zu erteilen.
4. die vom Bundesrat mit Beschluss vom 29.8.2012 für die Mitglieder des Verwaltungsrates (Peter Hasler, Präsident, Susanne Blank, Marco Durrer, Adriano P. Vassalli, Andreas Schläpfer, Philippe Milliet und Michel Gobet) festgelegte Amtsperiode vom 1.1.2013 bis 31.12.2014 bis zur ordentlichen Generalversammlung 2015 zu verlängern.
5. Myriam Meyer (1962, von Turtmann VS) und Nadja Lang (1973, von Bachs ZH) bis zur ordentlichen Generalversammlung 2015 als Mitglieder des Verwaltungsrates zu wählen.
6. Die KPMG AG in Muri bei Bern für das Geschäftsjahr 2014 als Revisionsstelle wiederzuwählen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 26.3.2014 das UVEK und das EFD beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung der Schweizerischen Post AG zuzustimmen.

Skyguide

Internet: www.skyguide.ch

Sitz: Genf

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 99,97 %

Verwaltungsrat: Guy Emmenegger (Präsident), Bernhard Müller (Vizepräsident), Urs Althaus, Urs Sieber, Jean-Yves Bonvin, Hans-Peter Strodel, Reto Hunger (Personalvertreter)

CEO: Daniel Weder

Ext. Revisionsstelle: PriceWaterhouseCoopers, Pully

Würdigung der Ergebnisse 2013 in Kürze

Im Jahr 2013 hat Skyguide die strategischen Ziele des Bundesrates *teilweise erreicht*.

Flugsicherung ist eine Aufgabe des Bundes. Skyguide führt diese Aufgabe im Auftrag des Bundes als eines von wenigen Flugsicherungsunternehmen weltweit sowohl für die zivile als auch für die militärische Luftfahrt aus. Skyguide betreibt zwei grosse Flugsicherungszentren in Genf und Dübendorf und ist an weiteren zwölf Standorten (Regionalflugplätze und Luftwaffenbasen) präsent. Rund 40 % des von Skyguide kontrollierten Luftraumes liegen im benachbarten Ausland. Skyguide erfüllte im Berichtsjahr den Service-Public-Auftrag mit Einschränkungen im militärischen Bereich. Die Sicherheit des Luftverkehrs war zu jeder Zeit gewährleistet.

Skyguide stach im Vergleich zu anderen europäischen Flugsicherungsorganisationen durch eine hohe Produktivität (Anzahl kontrollierter Flugstunden pro Dienststunde der Fluglotsen) sowie eine insgesamt hohe Pünktlichkeit (mit Fluktuationen beim Flughafen Genf) hervor. Dies ist umso bemerkenswerter, als Skyguide einen der komplexesten Lufträume in Europa bewirtschaftet. Es wurden keine gravierenden Vorfälle im Luftraum registriert. Die Fortschritte bei Sicherheitsmanagement und Sicherheitskultur wurden durch eine gute Platzierung auf dem europaweit erhobenen «Safety Maturity Index» von Eurocontrol gewürdigt.

Im militärischen Bereich führte die anhaltende Personalknappheit zu Einschränkungen bei der Einsatzbereitschaft der Luftwaffe. Im Hinblick auf die Umsetzung der Motion Hess «Erhöhte Bereitschaft für den Luftpolizeidienst auch ausserhalb der normalen Arbeitszeiten» (09.4081) ist die Behebung dieses Kapazitätsengpasses vordringlich.

Skyguide schloss die Jahresrechnung erneut mit einem Betriebsüberschuss (rund 33 Millionen Franken) und konnte damit die kumulierte Kostenunterdeckung früherer Jahre weiter abbauen.

Im Hinblick auf die politisch geforderte und geförderte Integration des europäischen Flugsicherungssystems – insbesondere die Schaffung eines Funktionalen Luftraumblocks über Deutschland, Frankreich, den Benelux-Staaten und der Schweiz (FABEC) –, stellen die im internationalen Vergleich sehr hohen Gebühren von Skyguide eine Herausforderung dar. Da viele Kostentreiber wie z.B. das hohe Lohn- und Preisniveau in der Schweiz oder der starke Franken durch das Unternehmen selbst nicht beeinflusst werden können, muss sich Skyguide besonders gezielt auf eigene Stärken und auf Standortvorteile fokussieren. Dazu gehören die hohe Innovationskraft, die loyale und motivierte Belegschaft sowie die belastbare, konstruktive Sozialpartnerschaft.

Kennzahlen	2013	2012
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	438,5	440,2
Betriebsergebnis (Mio. CHF)	33,6	29,9
Bilanzsumme (Mio. CHF)	630,6	612,0
Eigenkapitalquote in %	53,7	53,5
Personalbestand (Vollzeitstellen)	1391	1376

Unternehmensspezifische Kennzahlen

Anzahl kontrollierter Flüge (Mio.)	1,142	1,172
Pünktlichkeit (% der Flüge)	96,5	96,7
Ø Verspätung pro Überflug (Min.)	0,09	0,11
Eurocontrol Safety Maturity Index	86,2	82,3
Ø En Route Unit Rate (EUR)	96,7	98,7

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF) ¹⁾	61,1	67,7
Gebühren (Mio. CHF) ²⁾	352,2	352,7

¹⁾ ohne kostendeckenden Beitrag der Luftwaffe

²⁾ einschliesslich kostendeckenden Beitrag der Luftwaffe

A. Zielerreichung 2013*

1. Strategische Schwerpunkte

Im zivilen Bereich konnte Skyguide bei rückläufigem Verkehr (-2,5 % gegenüber dem Vorjahr) die Pünktlichkeit auf einem im internationalen Vergleich hohen Niveau halten. Auf dem Flughafen Genf war aufgrund besonderer Umstände ein Anstieg der durch Skyguide verursachten Verspätungen um 25 % zu verzeichnen.

Im militärischen Bereich war Skyguide wegen Personalknappheit nicht in der Lage, alle von der Luftwaffe bestellten und effektiv abgerufenen Leistungen zu erbringen. Die Bereitschaft der Einsatzzentrale lag bei 96,2 % der angeforderten Missionen. Auf den Luftwaffenbasen konnten insgesamt 95,9 % der angeordneten Flugbewegungen nach Instrumentenflugregeln kontrolliert werden; in Sion/Sitten (91,1 %) und Meiringen (90,9 %) wurde der vereinbarte Zielwert von 95 % unterschritten.

Die Sicherheit des Flugverkehrs war jederzeit gewährleistet. Gemäss dem «Safety Maturity Index» von Euro-

control verbesserte Skyguide das Sicherheitsniveau gegenüber dem Vorjahr und zählte zu den 5 bestplatzierten unter 44 Flugsicherungsorganisationen Europas.

Skyguide setzte die Bemühungen zur Umsetzung des Staatvertrages mit Deutschland, Frankreich und den Benelux-Staaten über die Schaffung eines funktionalen Luftraumblocks über Zentraleuropa (FABEC) fort. Das Projekt kommt aufgrund zahlreicher ungelöster Fragen technischer, organisatorischer, finanzieller und souveränitätspolitischer Art nur zögernd voran. Skyguide sieht im innovativen Konzept des «Virtual Center», das im eigenen Luftraum in der Realisierungsphase steht, einen vielversprechenden Ansatz zur Überwindung der Hürden, die einem grenzüberschreitend integrierten Flugsicherungssystem entgegenstehen.

Um in Anbetracht der Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung des FABEC rasch und flexibel auf Veränderungen des Umfeldes reagieren zu können, setzte Skyguide die Modularisierung des Geschäftsmodells fort. Diese sieht für jedes Geschäftsfeld ein eigenes Profit Center vor, dessen Organisation und Rechtsform in Abhängigkeit von der Dynamik des Marktes und der regulatorischen Rahmenbedingungen relativ rasch und einfach angepasst werden kann.

2. Finanzielle Ziele

Wie in den beiden Vorjahren gelang es Skyguide, trotz rückläufiger Verkehrseinnahmen ein positives Betriebsergebnis in Höhe von 33,6 Millionen Franken zu erwirtschaften. Dazu haben neben fortgesetzten Anstrengungen zur Kostenreduktion auch Abgeltungen des Bundes im Umfang von rund 61 Millionen beigetragen. Alle Investitionen konnten aus dem Cash Flow finanziert werden.

Problematisch blieben die – bedingt durch den kleinen und komplexen Luftraum, das generell hohe Lohn- und Kostenniveau in der Schweiz und den starken Franken – sehr hohen Gebühren, die die Ausgangslage von Skyguide im Hinblick auf die internationale Öffnung und Vernetzung des Flugsicherungssektors beeinträchtigen.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Skyguide sieht sich als fortschrittlicher, verantwortungsbewusster Arbeitgeber. Die Identifikation und Zufriedenheit der Mitarbeitenden mit der Unternehmung ist hoch. Skyguide pflegt eine offene und konstruktive Sozialpartnerschaft mit den Organisationen der Fluglotsen und des technisch-administrativen Personals. Dies wird als grosser Vorzug im internationalen Umfeld gewertet.

Der Personalbestand nahm um 1,1 % auf 1 391 Vollzeitstellen zu. Insgesamt absolvierten 88 Lernende eine Ausbildung bei Skyguide, darunter 61 Fluglotsen.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Skyguide erbringt 40 % ihrer Dienstleistungen jenseits der Landesgrenzen. Der Fokus der internationalen Zusammenarbeit liegt auf der Schaffung zweckmässiger

Strukturen und Abläufe im FABEC. Über punktuelle Zusammenarbeitsverträge hinaus gehende Kooperationen, Beteiligungen oder gar Zusammenschlüsse mit den FABEC-Partnern oder anderen europäischen Flugsicherungsorganisationen stehen nicht zur Debatte.

Die bestehenden Beteiligungen an Skysoft AG, Skynav AG und Swisscontrol AG blieben unverändert.

Das Training Center von Skyguide gewann im Berichtsjahr eine Ausschreibung der schwedischen Flugsicherung Aviation Capacity Resources AB und wird künftig deren Lotsen aus- und weiterbilden.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (PricewaterhouseCoopers AG, Pully) gelangt zum Urteil, dass die Jahresrechnung für das am 31.12.2013 abgeschlossene Geschäftsjahr von Skyguide AG dem schweizerischen Gesetz entspricht und ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt.

C. Anträge an die Generalversammlung

Gestützt auf den Bundesratsbeschluss vom 9.12.2011 zum Erlass der Strategischen Ziele für Skyguide 2012-2015 werden die Aktionärsinteressen der Eigenossenschaft gegenüber Skyguide durch das UVEK und das VBS gemeinsam wahrgenommen.

Die ordentliche Generalversammlung der Skyguide AG fand am 6.5.2014 in Bern statt. Der Verwaltungsrat beantragte der Generalversammlung,

1. den Jahresbericht, die Jahresrechnung und die konsolidierte Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 2013 zu genehmigen sowie den Bericht der Revisionsstelle zur Kenntnis zu nehmen;
2. den Bilanzgewinn von 12,492 Millionen Franken wie folgt zu verwenden:
Zuweisung an die allgemeine Reserve: 0,567 Millionen
Zuweisung an die übrigen Reserven: 10,800 Millionen
Vortrag auf neue Rechnung: 1,125 Millionen;
3. den Mitgliedern von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung für das Geschäftsjahr 2013 Entlastung zu erteilen;
4. PricewaterhouseCoopers AG, Zürich (Niederlassung Pully) für die Dauer von einem Jahr als statutarische Revisionsstelle wiederzuwählen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 26.3.2014 das UVEK und das VBS beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung der Skyguide AG zuzustimmen.

Zum Zeitpunkt der Verabschiedung dieses Berichtes lag den Aktionären von Skyguide noch kein Antrag des Verwaltungsrates auf Wahl eines neuen Mitgliedes in den Verwaltungsrat als Ersatz für den auf die Generalversammlung 2014 ausscheidenden Urs Althaus vor.

Schweizerisches Nationalmuseum SNM

Internet: www.nationalmuseum.ch

Sitz: Zürich

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Museumsrat: Markus Notter (Präsident), Isabelle Graesslé (Vizepräsidentin), Rolf Fehlbaum, Irène Herrmann, Catherine Labouchère, Pio Pellizzari, Iwan Rickenbacher, Marc Wehrli

Direktor: Andreas Spillmann

Externe Revisionsstelle: KPMG AG, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2013 in Kürze

Das Schweizerische Nationalmuseum hat 2013 die Strategischen Ziele 2010-2013 zur Zufriedenheit des Eigentümers erfüllt.

Die Besucherzahlen sind 2013 sehr erfreulich geblieben, trotz der Baustelle im Landesmuseum Zürich, die für den Betrieb im Besucherbereich eine echte Herausforderung darstellt. Das Nationalmuseum passt sein Angebot laufend an, dieses Jahr mit einem i-Pad-Guide für asiatische, russische und englischsprachige Besuchende. Die grossen Arbeiten zur Neugestaltung der Dauerausstellung im Château de Prangins haben sich gelohnt, wurden hier doch zum ersten Mal seit 15 Jahren über 50 000 Besuchende gezählt. Auch die hohe Qualität der Wechselausstellungen wie «Scherenschnitte. Papiers découpés. Silhouette. Paper cuts», die als schönste Ausstellung des Jahres in der Zentralschweiz ausgezeichnet wurde, führte an den drei Ausstellungsorten zu einer Dynamisierung der Besucherzahlen.

2013 war auch ein gutes Jahr für die Anzahl der Neuinventarisierungen und der Leihgaben an in- und ausländische Museen.

Das Jahresergebnis weist einen Ertragsüberschuss von 602 000 Franken aus. Bei der Personalpolitik legte das Nationalmuseum wie jedes Jahr einen besonderen Wert auf die Integration von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Diese Massnahmen betrafen 27 Personen, von denen drei fest angestellt werden konnten. Ebenfalls mit Genugtuung ist zu erwähnen, dass im SNM der Anteil Frauen in Führungspositionen mit 47 Prozent nahezu paritätisch ist.

Die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Forschungsinstituten, Universitäten und Fachhochschulen gewährleistet dem Nationalmuseum den Fortbestand und die Entwicklung des notwendigen Fachwissens. Die Präsentation von Ausstellungen des Schweizerischen Nationalmuseums in angesehenen internationalen Museen bringt Schweizer Geschichte und Kultur auf innovative und attraktive Weise zur Geltung.

Kennzahlen	2013	2012
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	46,8	50,2
Reingewinn (Mio. CHF)	0,6	0,5
Bilanzsumme (Mio. CHF)	15,0	15,0
Eigenkapitalquote in %	43,3	39,2
Personalbestand (Vollzeitstellen)	130	123

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Museumsbesuchende Zürich	196 228	213 377
Museumsbesuchende Prangins	51 237	38 567
Museumsbesuchende Schwyz	21 565	27 828
Anzahl Neuinventarisierungen	14 388	6 546
Anzahl Leihgaben	1 542	446
Erträge aus Museumsbetrieb (Mio. CHF)	2,27	2,23
Spenden und Sponsoring (Mio. CHF)	0,92	5,24

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	25,9	25,4
Beitrag an die Unterbringung (Mio. CHF)	17,2	16,8
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

A. Zielerreichung 2013*

1. Strategische Schwerpunkte

Das Schweizerische Nationalmuseum (SNM) leistet durch seine Sammlungstätigkeit und seine Ausstellungen einen Beitrag zur Sicherstellung des materiellen und immateriellen Gedächtnisses des Landes. Es macht die Sammlungsbestände in attraktiver Form zugänglich, sorgt für die Kenntnis und das Verständnis der schweizerischen Kulturgeschichte und baut seine Sammlung schweizerischen Kulturguts von der Urgeschichte bis in die Gegenwart aus. In seiner Funktion als Nutzer begleitet das SNM das Bundesamt für Bauten und Logistik bei der Durchführung der Projektetappen der Sanierung und Erweiterung des Landesmuseums Zürich.

* Strategische Ziele: <http://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2013/9657.pdf>

2013 war ein erfreuliches Jahr für die Museumsgruppe des Schweizerischen Nationalmuseums (SNM). Die Häuser in Zürich, Prangins und Schwyz zählten über eine Viertelmillion Besucherinnen und Besucher. Das abwechslungsreiche Ausstellungsprogramm kombiniert mit attraktiven Rahmenprogrammen stiess auch dieses Jahr auf reges Interesse.

Trotz der Einschränkungen durch die Sanierungs- und Erweiterungsarbeiten im Landesmuseum Zürich resultierte mit insgesamt 196 228 Besucherinnen und Besuchern das zweitbeste Ergebnis des Museums in den letzten Jahren. Schwerpunkte waren die im neuen Pavillon im Innenhof inszenierten Wechselausstellungen «ANIMALI. Tiere und Fabelwesen von der Antike bis zur Neuzeit» und «Karl der Grosse und die Schweiz». Neu steht den chinesisch-, russisch-, japanisch- und englischsprachigen Besuchenden ein iPad-Guide zur Verfügung. Dieser vermittelt auf unterhaltende Weise das politische System der Schweiz und ihre Geschichte. Das SNM reagiert damit auf die wachsenden Touristenzahlen aus dem asiatischen Raum.

Dank der neuen Dauerausstellung «Noblesse oblige! Leben auf dem Schloss im 18. Jahrhundert» erreichte das Château de Prangins einen neuen Besucherrekord. Erstmals seit der Eröffnung vor 15 Jahren registriert das Museum mehr als 50 000 Gäste. Seit dem Frühling 2013 präsentiert die neue Dauerausstellung auf anschauliche Weise die Zeit des Ancien Régime: Sie gewährt einen Einblick in das Alltagsleben der Waadtländer Adelsfamilie Guiguer am Ende des 18. Jahrhunderts. Hierfür sind in originalen Farben und Ausstattungen sowie mit Einrichtungs- und Kunstgegenständen jener Epoche das Esszimmer, der Salon, das Kabinett und die Bibliotheken originalgetreu rekonstruiert und eingerichtet worden. Filmaufnahmen und ein lebendig gestalteter Audioguide vermitteln auf ansprechende Weise die Ausstellungsinhalte. Auch Kinder werden mittels altersgerechtem Audioguide ins damalige Leben auf dem Schloss mitgenommen. Das Konzept der Ausstellung beruht auf dem Tagebuch des dritten Barons Guiguer von Prangins.

Ein schönes Resultat, ebenfalls das zweitbeste seit Jahren, legt auch das Forum Schweizer Geschichte Schwyz mit insgesamt 21 565 Eintritten vor. Seit Oktober 2011 präsentiert das Museum die Dauerausstellung «Entstehung Schweiz», die den Fokus auf die Zeit zwischen dem 12. und 14. Jahrhundert richtet. Der Rückgang der Besucherzahlen nach dem Eröffnungsjahr war weit geringer als erwartet. Zu verdanken war dies mitunter auch der Wechselausstellung «Scherenschnitte. Papiers découpés. Silhouette. Paper cuts». Sie bot einen Einblick in das aktuelle Schaffen von Scheren- und Papierschnittkünstlern aus der ganzen Schweiz und schaffte eine Verbindung zum historischen Scherenschnitt. Die Ausstellung ist als schönste Ausstellung des Jahres 2013 in der Zentralschweiz ausgezeichnet worden.

Die wissenschaftliche Aufarbeitung der Sammlungen ist die Voraussetzung für die kuratorische Arbeit und damit

der Ausstellungstätigkeit. Neben der Bearbeitung diverser kleinerer Bestände lagen die Schwerpunkte dieses Jahr bei den Textilarchiven, der Grafik und Historischen Fotografie sowie den Waffen aus dem Zürcher Zeughausbestand. Die drei Bestände können nun dank Unterstützung der Zürcherischen Seidenindustrie-Gesellschaft, des Förderfonds Engagement Migros und der Mathematisch-militärischen Gesellschaft durch ausserordentliche Personalressourcen laufend inventarisiert und dokumentiert werden, was sich in der gegenüber 2012 erhöhten Anzahl Neuinventarisierungen widerspiegelt. Auch die Leihgaben haben im Vorjahresvergleich zugenommen: Rund 850 Leihgaben aus den Beständen des SNM erhielten Museen in der Schweiz, rund 700 Museen im Ausland.

Entsprechend dem Sammlungskonzept fanden einige neue Objekte Eingang in die Sammlung. Nachfolgend werden einige Beispiele aufgeführt:

- Schaffhauser Wollstickerei: Eine kostbare Wollstickerei aus dem ausgehenden 16. Jahrhundert ist dank einer Schenkung in die Sammlung eingegangen.
- Porträt einer Genfer Bankiers-Gattin: Das Porträt von Christiane-Henriette-Wilhelmine de Bontems-Le Fort zeigt eine Vertreterin einer bekannten Genfer Bankiers-Familie, die u.a. mit der Familie Guiguer in Prangins verkehrte.
- Nachlass Goldschmiedeatelier Bossard: «Bossard Luzern» war in der Zeit des Historismus und das ganze 20. Jahrhundert hindurch eine über die Landesgrenzen hinaus renommierte Adresse. Wichtige Goldschmiedearbeiten in öffentlichem und privatem Besitz stammen aus diesem Atelier.
- Renaissance-Kästchen: Aufgrund einer testamentarischen Verfügung erhielt das SNM das auf 1591 datierte und signierte Schreibkästchen, das Szenen aus der biblischen Geschichte aufweist.
- Fünf Mosaik für die Landesausstellung in Bern 1914: Die erworbenen Mosaik entstammen Entwürfen des Malers und Schriftstellers Albert J. Welti.
- Knabenspielzeug aus den 1930er Jahren: Eine fast vollständige Armee mit Fahrzeugen, Kanonen und Bunkern wurde dem SNM geschenkt. Die Zinnfiguren dokumentieren ein einst weit verbreitetes Knabenspielzeug.
- Anzug und Mundharmonika von Claude Nobs: Im Januar verstarb unerwartet Claude Nobs, der Mitbegründer und langjährige Direktor des weltbekannten Montreux Jazz Festivals. Das SNM durfte zwei Objekte aus seinem Nachlass entgegennehmen.
- Schobinger Schmuck: Bernhard Schobinger gehört zu den bedeutendsten zeitgenössischen Schmuckkünstlern der Schweiz. Fünf Werke aus der neuen Schaffensphase wurden für die Sammlung erworben.

Schliesslich zur Gesamtanierung und Erweiterung des Landesmuseums Zürich: Bereits von Weitem ist zu er-

kennen, dass der Kunstgewerbeschulflügel des Museumsbaus sich in Sanierung befindet und der Neubau auf der Rückseite des Museums Form annimmt. Mit der Grundsteinlegung in Anwesenheit von Bundesrat Alain Berset sowie Regierungsrat Martin Graf und Stadtrat André Odermatt als Vertreter des mitfinanzierenden Standortes konnte Ende April ein weiteres wichtiges Ereignis in der Geschichte des Landesmuseums begangen werden. Die Bauarbeiten verlaufen gemäss Zeitplan und Kostenrahmen.

2. Finanzielle Ziele

Das SNM zeichnet sich in seiner Leistungserbringung durch betriebswirtschaftliches Handeln und Ergebnisverantwortung aus und unterhält geeignete Kontroll- und Steuerungsprozesse.

Der Museumsrat hat die Jahresrechnung 2013 des SNM am 3.3.2014 genehmigt. Das Jahresergebnis weist einen Ertragsüberschuss von 602 000 Franken vor Zuweisung in den Fonds im Eigenkapital aus. Der Ertragsüberschuss begründet sich zum einen mit dem nicht vollständig ausgeschöpften Budget für Ankäufe, zum anderen mit höheren Erträgen aus dem musealen Betrieb und dem haushälterischen Umgang mit den Mitteln.

Das Eigenkapital erhöhte sich um den Ertragsüberschuss auf neu 6,5 Millionen. In den Fonds für Ankäufe wurde das nicht ausgeschöpfte Budget für Ankäufe von Sammlungsobjekten in der Höhe von 382 000 Franken eingelegt. Dem Fonds Ausstellungen wurden für die Einrichtung der neuen permanenten Ausstellung in Prangins 545 000 Franken entnommen. Weiter wurden Einlagen aus Kreditresten von 127 000 Franken sowie Einlagen aus Ergebnisverwendung von 638 000 Franken vorgenommen. Der Fonds Dokumentation & Konservierung sowie der Bilanzüberschuss blieben unverändert.

Der Umsatzrückgang auf 46,8 Millionen ist hauptsächlich auf eine ausserordentliche Erbschaft in der Höhe von rund 4,3 Millionen im Vorjahr zurück zu führen.

Die Bilanzsumme bleibt verglichen mit dem Vorjahr fast unverändert bei knapp 15,0 Millionen. Die Eigenkapitalquote konnte aufgrund des positiven Jahresergebnisses sowie des im Vergleich zum Vorjahr tieferen Fremdkapitalanteils auf 43,3 Prozent gesteigert werden.

Gemäss Art. 17 des Bundesgesetzes über die Museen und Sammlungen des Bundes (MSG) erhält das SNM zur Erfüllung seiner vorgegebenen Aufgaben jährliche Beiträge vom Bund. Der Bundesbeitrag 2013 hat gemäss Kulturbotschaft vom 23.2.2011 erstmals seit der Verselbständigung im Jahre 2010 wieder eine Teuerungsanpassung erfahren und betrug 25,9 Millionen. Aufgrund der Tatsache, dass die vom SNM genutzten Immobilien in der Regel im Eigentum des Bundes sind und die Verrechnung der Mietkosten direkt zwischen

dem GS EDI und dem BBL stattfindet, werden die Mietkosten ertragsseitig als Beitrag an die Unterbringung

ausgewiesen. Dieser Beitrag bleibt im Vergleich zum Vorjahr unverändert, da keine wertvermehrenden Umbauten getätigt wurden.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Das SNM verfolgt eine fortschrittliche und sozialverantwortliche Personalpolitik, insbesondere auch im Hinblick auf die Chancengleichheit und Mehrsprachigkeit, und stellt sicher, dass die hohe Fachkompetenz in der Museumsgruppe geschaffen und nachhaltig erhalten werden kann. Im Rahmen seiner Möglichkeiten stellt das SNM geeignete Lehr- und Ausbildungsstellen zur Verfügung.

Das SNM betreibt eine umsichtige und sich an der Personalstrategie der Bundesverwaltung orientierende Personalpolitik. Der Personalbestand betrug per Ende 2013 130 Vollzeitstellen, verteilt auf 247 Mitarbeitende, 35 Prozent davon Männer und 65 Prozent Frauen. Die Erhöhung gegenüber den 123 Vollzeitstellen per Ende 2012 ist einerseits damit zu begründen, dass per Stichtag 31.12.2012 nicht alle vakanten Stellen besetzt waren und andererseits im Jahr 2013 eine Aufstockung des Personals im Bereich Museumsaufsicht erfolgt ist und für drittmittelfinanzierte Projekte Einstellungen vorgenommen wurden. Die niedrige Fluktuationsrate von 7 Prozent trägt zur Erhaltung der hohen Fachkompetenz bei.

Eine Erhebung zur Muttersprache der Mitarbeitenden zeigt gerundet einen Anteil von 68 Prozent mit deutscher Muttersprache, 16 Prozent mit französischer Muttersprache, 7 Prozent mit italienischer Muttersprache und 1 Prozent mit rätoromanischer Muttersprache. Der Anteil an Mitarbeitenden mit anderen Muttersprachen beträgt 8 Prozent.

Ein wichtiger Teil der Personalpolitik des SNM ist die Integration von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Insgesamt 27 Personen wurden im vergangenen Jahr in Arbeitsversuchen begleitet. Es konnten drei Mitarbeitende im Rahmen von Arbeitsversuchen in ein festes Anstellungsverhältnis übernommen werden.

Im SNM waren 38 Mitarbeitende mit Führungsverantwortung tätig, dies bei einem Frauenanteil von 47 Prozent. Insgesamt wurden fünf Führungspositionen auf verschiedenen Hierarchiestufen neu besetzt, zwei davon durch interne Bewerbende. Die Führungskräfte besuchten eine Schulung über das betriebliche Case Management und lernten die Angebote bei gesundheitsbedingten Ausfällen von Mitarbeitenden kennen. Auch im Jahr 2013 fanden vier Informations- und Diskussionsveranstaltungen statt, zu denen alle Mitarbeitenden eingeladen waren. Neben der Besprechung von Ausstellungsprojekten, rechtlichen und aktualitätsbezogenen Fragen wurde auch über das neue Personalrecht informiert.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Das SNM ist bestrebt, die Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Forschungs-, Bildungs- und Ausstellungsinstitutionen im Inland und über die Landesgrenzen

hinaus zu fördern und Kooperationen im Hinblick auf Drittmittelfinanzierungen einzugehen.

Das SNM hat seine Kompetenz im Bereich Analyse kontaminierter Objekte, der Risikoprävention und der Dekontaminierung weiterentwickelt. In diesem Sinne startete das KTI-Projekt «Etude de faisabilité: Biopatines protectrices ou esthétiques pour objets en alliage cuivreux» im Juni in Kooperation mit der Universität Neuchâtel, der Haute école de conservation-restauration de Neuchâtel und dem Laténium. Weiter wird als Resultat des vom Bundesamt für Umwelt unterstützten Projekts zur Entwicklung eines Verfahrens zur Dekontaminierung von pestizidbelasteten Kulturgütern mittels flüssigem CO₂ in Zusammenarbeit mit der Berner Fachhochschule in Biel und der Amsonic AG ein Dekontaminierungsgerät entwickelt. Auch zu erwähnen ist die Zusammenarbeit mit der Hochschule der Künste Bern, dem Paul Scherrer Institut, der ETH Zürich sowie dem IBM Forschungszentrum beim Nationalfondsprojekt «Brass Instruments of the 19th and early 20th centuries between long term conservation and use in historically informed performance practice».

Im Rahmen der kulturwissenschaftlichen Lehre und Forschung unterstützten Mitarbeitende des SNM diverse universitäre Arbeiten. Für ICOM Schweiz, die Universität Neuenburg, die Universität Zürich und die Hochschule der Künste Bern wurden Ausbildungsmodule im Bereich Kulturgütererhaltung und Museologie durchgeführt. Ferner wurden zehn Studierende aus dem In- und Ausland als Praktikanten in den Bereichen Glas, Möbel, Papier, Archäologie, Konservierungsforschung, präventive Konservierung und Gemälde ausgebildet.

Das SNM war im Jahr 2013 an der Durchführung zweier internationaler Tagungen beteiligt: Unter dem Titel «Decorative Arts and Design as Expressions of National and Cultural Identity» wurde im Landesmuseum Zürich vom 18. bis 20.9.2013 die Jahreskonferenz des «International Committee of Decorative Arts and Design» (ICDAD) abgehalten. Im selben Monat hat die Universität Zürich in Zusammenarbeit mit dem Paul Scherrer Institut und dem SNM den 18. Internationalen Kongress über antike Bronzen durchgeführt.

Zwei Wechsellausstellungen des SNM waren im Jahr 2013 im Ausland zu Gast: So war «Soie pirate. Textilarchiv Abraham Zürich» aus dem Jahr 2010 im ModeMuseum Antwerpen zu sehen, und das Castello del Buonconsiglio in Trient präsentierte die Ausstellung „ANIMALI. Tiere und Fabelwesen von der Antike bis zur Neuzeit“.

Mit dem Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport kooperierte das SNM im Rahmen von Bildungsangeboten der militärischen Ausbildung.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (KPMG AG) hat die Jahresrechnung 2013 bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung, Eigenkapitalnachweis, Geldflussrechnung und Anhang für das vergangene Geschäftsjahr geprüft. Nach der Beurteilung der KPMG AG entspricht die Jahresrechnung 2013 den Bilanzierungs- und Bewertungsrichtlinien des Handbuchs Konsolidierung Bund sowie der ergänzenden Weisung der Eidgenössischen Finanzverwaltung vom 12. Februar 2013 bezüglich der vereinfachten Handhabung von IPSAS 25 und dem schweizerischen Gesetz. Die KPMG AG erachtet die Jahresrechnung als ordnungsgemäss und empfiehlt, diese zu genehmigen. Zudem bestätigt die KPMG AG, dass ein gemäss den Vorgaben des Museumsrates ausgestaltetes IKS für die Aufstellung der Jahresrechnung existiert.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Museumsrat hat dem Bundesrat beantragt, den Geschäftsbericht 2013 mit dem eigenständigen Anhang zur Jahresrechnung 2013 zu genehmigen und den Bericht des Museumsrates über die Erreichung der strategischen Ziele 2013 sowie den Bericht der Revisionsstelle KPMG AG zur Kenntnis zu nehmen. Weiter hat er dem Bundesrat beantragt, ihn für das Geschäftsjahr 2013 zu entlasten und die KPMG AG als externe Revisionsstelle des SNM für weitere vier Jahre wiederzuwählen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Am 9.4.2014 hat der Bundesrat den Geschäftsbericht 2013 mit dem eigenständigen Anhang zur Jahresrechnung genehmigt. Er hat den Bericht des Museumsrates über die Erreichung der strategischen Ziele 2013 und den Bericht der Revisionsstelle KPMG AG zur Kenntnis genommen. Er hat den Museumsrat für das Geschäftsjahr 2013 entlastet und die Wiederwahl der KPMG bestätigt.

E. Übrige Ereignisse von Bedeutung

An seiner Sitzung vom 6.12.2013 hat der Bundesrat das Mandat der Mitglieder des Museumsrates für weitere vier Jahre erneuert und die strategischen Ziele für die Periode 2014-2017 genehmigt.

Pro Helvetia

Internet: www.prohelvetia.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Öffentlich-rechtliche Stiftung

Stiftungsrat: Mario Annoni (Präsident bis 31.12.2013), Anne-Catherine Sutermeister (Vizepräsidentin), Marco Franciolli, Guillaume Juppion de Fondaumière, Claudia Knapp, Johannes Schmid-Kunz, Nicole Seiler, Peter Siegenthaler, Felix Uhlmann

Direktor: Andrew Holland

Externe Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2013 in Kürze

Der Bundesrat beurteilt die Erreichung der strategischen Ziele im Berichtsjahr positiv. Pro Helvetia unterstützte im Jahr 2013 weltweit 3 300 Kulturanlässe, darunter einige in grossen Metropolen wie Berlin, Bangkok oder São Paulo. Das im Jahr 2012 lancierte Austauschprogramm mit Russland entfaltet im ganzen Land seine Wirkung. Der Bundesrat begrüsst namentlich auch die Programme der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern, die den Aufbau eines nachhaltigen Austauschs und den Zugang der Schweizer Kunstschaffenden zu neuen Netzwerken fördern.

Der Bundesrat anerkennt, dass die Nachwuchsförderung seit dem Jahr 2013 in allen Sparten umgesetzt wird; die Massnahmen tragen dazu bei, dass junge Kunstschaffende sich im In- und Ausland besser positionieren können. Die Förderung der Fotografie als neue Aufgabe von Pro Helvetia im Rahmen des Kulturförderungsgesetzes (KFG) konnte wie geplant aufgebaut werden.

Besondere Aufmerksamkeit widmete Pro Helvetia dem Design, das im Zusammenwirken von Kultur- und Innovationsförderung unterstützt wird.

Bei den zwei Transversalthemen „Digitale Kultur“ und „Lebendige Traditionen“, die der Bundesrat im Rahmen der Kulturbotschaft definierte, war Pro Helvetia im Jahr 2013 primär im digitalen Bereich aktiv. Der Bundesrat stellt fest, dass die ersten Projekte des zweiten Transversalthemas erst im Jahr 2014 umgesetzt werden.

Der Bundesrat begrüsst, dass der Administrationskostenanteil mit 12 Prozent deutlich unter der Zielsetzung von maximal 15 Prozent liegt. Pro Helvetia erzielt im Geschäftsjahr ein ausgeglichenes Ergebnis und wird die Zielsetzung eines ausgeglichenen Ergebnisses über die gesamte Förderperiode hinweg voraussichtlich erreichen. Die personellen Ziele beurteilt der Bundesrat als weitgehend erfüllt. Besonders hervorzuheben ist die Zunahme bei der Vertretung der lateinischen Sprachgemeinschaften und der hohe Anteil der Frauen auf den beiden ersten Führungsstufen.

Kennzahlen	2013	2012
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	35	34
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	0	0
Bilanzsumme (Mio. CHF)	24	24
Eigenkapitalquote in %	34,0	34,5
Personalbestand (Vollzeitstellen)	67,7	68,3

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Bearbeitete Gesuche	3 539	3 457
Zustimmungsquote (%)	48,5	49,2
Administrativkosten nach ZEWO (%)	12,0	11,7
Anteil Mittel Auslandaustausch (%)	63	66
Beitrag pro Projekt (Ø in CHF)	14 800	14 600

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	35	34
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

A. Zielerreichung 2013

1. Strategische Schwerpunkte

Pro Helvetia positioniert sich national und international als fachlich kompetente Kulturförderinstitution. Sie fördert den kulturellen Austausch zwischen den Landesteilen und mit anderen Ländern und öffnet Türen für Schweizer Kunstschaffende zu neuen Weltgegenden und Märkten. Sie erleichtert den Zugang aller Bevölkerungsgruppen zur Kunst, integriert die durch das Kulturförderungsgesetz (KFG) zugewiesenen neuen Aufgaben in ihr Portfolio und setzt die transversalen Themen («Kultur digital» und «Lebendige Traditionen») um.

Im Ausland hat die Stiftung im vergangenen Jahr dazu beigetragen, dass Schweizer Künstlerinnen und Künstler über 3 300 Kulturevents wie Ausstellungen, Musik-, Tanz- und Theatertourneen in rund 90 Ländern weltweit realisieren konnten. Einen wichtigen Anteil leisteten dabei die Kulturzentren und Verbindungsbüros, deren Programme sowohl bei der Kritik als auch beim Publikum

* Strategische Ziele:

http://www.prohelvetia.ch/fileadmin/user_upload/customers/prohelvetia/Die_Stiftung/Dokumente/Reglemente/Reglemente_DE/Strategische_Ziele_2012-2015_def_DE.pdf

auf grosse Resonanz stiessen, wie z.B. die Ausstellung «Young Swiss Design Kaleidoscope» in Beijing und Shanghai, die über 20 000 Besucher erreichte.

Ende des Jahres 2013 wurde das *Verbindungsbüro in Warschau* geschlossen. Pro Helvetia stellt damit die Weichen für den Kulturaustausch mit Mittel- und Osteuropa neu: Kulturprojekte zwischen der Schweiz und dieser Region unterstützt die Stiftung nun direkt über die Geschäftsstelle in Zürich. Um diesen Übergang möglichst reibungslos zu gestalten, konzentrierte sich Pro Helvetia Warschau in ihrem letzten Betriebsjahr ganz auf die Stärkung der direkten Kontakte von Veranstaltern in Polen und aus Mittel- Osteuropa mit Kunstschaffenden in der Schweiz.

Zur *Erschliessung neuer Netzwerke* für die Schweizer Kultur setzte die Stiftung drei geografische Schwerpunkte. Das Programm «*Swiss Made in Russia*» hat seit Anfang des Jahres 2013 rund 150 Events in gegen 20 Städten in Russland realisiert, darunter auch den Gastlandauftritt der Schweiz an der wichtigsten Buchmesse Moskaus (14. «International Book Fair non/fiction»). Das Nachbarschaftsprogramm «*Triptic – Kulturaustausch am Oberrhein*» vermochte mit 17 trinationalen Kooperationsprojekten den grenzüberschreitenden Austausch zwischen dem Elsass, Baden-Württemberg und der Schweiz nachhaltig anzukurbeln. Angelaufen ist auch das zweite Nachbarschaftsprogramm «*Viavai*», das die grenzüberschreitende kulturelle Zusammenarbeit zwischen der Schweiz (Tessin, Wallis und Zürich) und der Lombardei stärken möchte. Eine interkantonale Jury wählte im Berichtsjahr 19 Projekte aus, die ab Spätsommer 2014 in beiden Ländern umgesetzt werden.

Dass die Schweiz in der Kunstszene eine wichtige Rolle spielt, zeigte der Auftritt an der *Kunstbiennale Venedig*. Neben dem Walliser Künstler Valentin Carron im Pavillon waren weitere 13 künstlerische Beiträge aus der Schweiz auf der weltweit wichtigsten Plattform für Gegenwartskunst zu sehen. Dazu hat sich der von der Stiftung 2012 neu eingeführte Salon Suisse im Palazzo Trevisan fest als zweites Standbein des helvetischen Auftritts in Venedig etabliert und bringt mit seinem Veranstaltungsprogramm Künstlerinnen, Experten, Studierende und Kulturinteressierte aus aller Welt zusammen.

Im Inland unterstützte Pro Helvetia kulturelle Projekte und Veranstaltungen quer durch die Schweiz. Die Stiftung leistet damit einen wichtigen Beitrag an den kulturellen Austausch im Inland und fördert den Zugang zur Kultur. Neu eingeführt hat sie den *Volkskulturfonds* und die «*Œuvres Suisses*». Die Stiftung übertrug die Unterstützung der jungen Generation aus Jodel, Blasmusik, Trachtengruppen und Fahنشwingen mittels einer dreijährigen Leistungsvereinbarung von insgesamt 300 000 Franken an die Interessengemeinschaft Volkskultur Schweiz. Unter dem Titel «*Œuvres Suisses*» fördert Pro Helvetia zusammen mit dem Verband der

Schweizerischen Berufsorchester elf Schweizer Berufsorchester, die bis ins Jahr 2016 insgesamt 33 Werke von Schweizer Komponisten zur Uraufführung bringen. Damit entsteht ein einmaliges Repertoire an neuem sinfonischem Musikschaffen.

Im Rahmen der neuen Aufgabe der Förderung der *Fotografie* schrieb Pro Helvetia erstmals eine Unterstützung für Fotobücher aus. Rücklauf und Qualität der Eingaben sprechen für das grosse Interesse der Fotografieszene. Zudem schuf die Stiftung neue Förderinstrumente für den Nachwuchs in der Fotografie wie Publikationsmöglichkeiten für junge Fotografen in angesehenen Fachzeitschriften.

Im Rahmen der *Nachwuchsförderung* lancierte Pro Helvetia in Zusammenarbeit mit erfahrenen Partnerinstitutionen im In- und Ausland eine Palette von Fördermassnahmen, die das Potential der jungen Talente zur Entfaltung bringen und ihnen den Schritt ins professionelle Kunstschaffen auf nationaler und internationaler Ebene erleichtern. Diese reichen von Coachings und Mentoren über Vernetzungs- und Promotionsangebote bis hin zu Auftrittsmöglichkeiten.

Gestützt auf die Resultate einer schweizweiten Analyse zum Stand der Designförderung lancierte Pro Helvetia Ende des Jahres 2013 eine Pilotausschreibung für den Nachwuchs im *Design*. Diese wurde in engem Dialog mit Experten aus Praxis, Wirtschaft und Hochschulen entwickelt und soll jungen Designerinnen und Designern den Einstieg ins Berufsleben mit drei sich ergänzenden Massnahmen erleichtern: Projektbeiträge für vertiefte Recherche- oder Entwurfsprozesse, Werkbeiträge zur Erstellung von Prototypen und Mentoringprogramme zu Fragen rund um den Markteinstieg. Bei der Umsetzung arbeitet die Stiftung eng mit der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) zusammen, die mit zwei Sitzen in der Jury der Pilotausschreibung vertreten ist.

Im Bereich der *Kunstvermittlung* konzentriert sich Pro Helvetia als nationale Stiftung auf die Förderung von Projekten, welche durch ihren innovativen Ansatz zur Weiterentwicklung der gesamtschweizerischen Vermittlungspraxis beitragen oder verschiedene Regionen der Schweiz einbeziehen. Da die Vermittlungsförderung in der Schweiz im Vergleich zu anderen europäischen Ländern noch eine relativ neue Aufgabe ist, besteht noch immer ein grosser Nachholbedarf. Durch die Zusammenarbeit mit internationalen Experten trug die Stiftung zum Wissensaufbau in der Vermittlung bei und leistete auch intensive Informations- und Aufbauarbeit.

Das Transversalthema «*Digitale Kultur*» setzt Pro Helvetia über drei verschiedene Wirkungsachsen um. Mit der Ausschreibung «*Interdisziplinäre Kooperationsprojekte*» lud die Stiftung Institutionen aus Kultur und Forschung ein, sich gemeinsam mit den jüngsten digitalen Technologien und deren gesellschaftlichen und kulturellen Aus-

wirkungen künstlerisch auseinanderzusetzen. Die zweite Achse des Transversalthemas analysiert die Einflüsse der Digitalisierung auf Kreation, Verbreitung, Promotion und Vermittlung in den klassischen Kunstdisziplinen wie *Literatur im Netz, E-Books, Apps oder Onlineplattformen*. Als dritte Achse startete im Herbst des Berichtsjahres das Impulsprogramm «*Mobile – In Touch with Digital Creation*». Ausgehend von den heute alltäglich gewordenen Smartphones und Tablets beleuchtet das Programm die *interaktive und transmediale Kreation*.

Das zweite transversale Thema «Lebendige Traditionen» wurde im Jahr 2013 aufgegleist. Der Schwerpunkt liegt auf dem Innovationspotential der kulturellen Vielfalt, insbesondere in den peripheren Regionen. Das Impulsprogramm wird gemeinsam mit Städten und Kantonen entwickelt, und erste Projekte sollen ab dem Jahr 2014 umgesetzt werden.

2. Finanzielle Ziele

Pro Helvetia zeichnet sich in ihrer Leistungserbringung durch betriebswirtschaftliches Handeln und Ergebnisverantwortung aus und unterhält geeignete Kontroll- und Steuerungsprozesse. Die Stiftung soll über die Geltungsdauer der strategischen Ziele ein ausgeglichenes Ergebnis erzielen.

- *Wirtschaftlichkeit (Ziel 3.1)*

Pro Helvetia kann auch finanziell auf ein positives zweites Geschäftsjahr in der neuen Struktur zurückblicken. Sie hielt ihren Administrationskostenanteil beinahe konstant auf 12 Prozent und hat damit das strategische Ziel des Bundesrates von höchstens 15 Prozent Anteil Administrativkosten deutlich erreicht. Gründe dafür sind eine weiterhin straffe Ausgabenpolitik und eine schlanke Verwaltung. Zudem reorganisierte die Stiftung die Abläufe zwischen Geschäftsstelle, Fachkommission, unabhängigen Experten sowie Stiftungsrat und konnte dadurch ihre Effizienz steigern. Dazu trugen nicht zuletzt die administrativen Einsparungen durch die vollständige Umstellung auf die elektronische Gesuchseingabe über *myprohelvetia.ch* bei. Diese neue Abwicklung der Unterstützungsanträge erleichtert den Kunstschaffenden wie auch der Stiftung die Arbeit und trägt dazu bei, die Leistungserbringung in guter Qualität und zeitgerecht sicherzustellen. Zudem erlaubte die elektronische Gesuchseingabe, die ab dem Jahr 2013 zu leistenden Vorsorgebeiträge (Art. 9 KFG), effizient umzusetzen. Zur langfristigen Planung der Investitionen prüfen die Stiftung und das GS-EDI zurzeit mit dem BBL verschiedene Optionen für die technische Sanierung des Kulturzentrums in Paris.

- *Rechnungsergebnis (Ziel 3.2)*

Pro Helvetia orientiert sich in der Jahresrechnung 2013 wie bereits im Vorjahr am Rechnungslegungsstandard

IPSAS. Die Stiftung erzielt ein fast ausgeglichenes Ergebnis mit einem minimalen Verlust von 23 000 Franken. Dies ist der erste Schritt, um den Gewinnvortrag aus dem Jahr 2012 über die gestaffelte Einführung der neuen Aufgaben bis 2015 gänzlich abzubauen und wie vom Bundesrat gefordert, am Ende der Förderperiode 2012-2015 ein ausgeglichenes Ergebnis vorzulegen.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Pro Helvetia verfolgt eine fortschrittliche und sozialverantwortliche Personalpolitik, insbesondere auch im Hinblick auf die Chancengleichheit und Mehrsprachigkeit, und stellt sicher, dass die hohe Fachkompetenz, die zur Erfüllung der Aufgaben nötig ist, geschaffen und nachhaltig erhalten werden kann. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten stellt die Stiftung geeignete Lehr- und Ausbildungsstellen zur Verfügung und harmonisiert ihre Anstellungsbedingungen im Aussennetz mit dem EDA.

- *Programmatische Ziele (Ziel 4.1)*

Die Anzahl Mitarbeitender aus den lateinischen Sprachregionen hat sich im Berichtsjahr erhöht: 26,3 Prozent (Vorjahr 19,7 %) kommen aus der Romandie und 10,5 Prozent (Vorjahr 9 %) aus dem Tessin. Die Erhöhung kommt z.T. daher, dass in der Vorjahresstatistik die Ausstellen nicht berücksichtigt waren. Der Anteil Frauen beträgt 63,6 Prozent (Vorjahr 67 %), jener der Männer 36,4 Prozent (Vorjahr 33 %). Während in den ersten zwei Führungsstufen mehrheitlich Frauen vertreten sind, ist die Verteilung der Geschlechter über alle Führungsstufen hinweg betrachtet ausgeglichen. Pro Helvetia bildet seit 7 Jahren KV-Lehrlinge aus (1 Lehrling pro Jahr) und bietet zudem pro Jahr 5 Praktikumsplätze an.

Die Personalpolitik ist im GAV und in den personalpolitischen Leitsätzen festgehalten. Sie fusst auf Respekt, Toleranz und Vertrauen und setzt die Leistungsbereitschaft ins Zentrum. Pro Helvetia legt Wert auf eine kontinuierliche Weiterbildung ihres Personals. Das Personal wird so eingesetzt, gefördert und gefordert, dass es seine fachlichen und sozialen Fähigkeiten entfalten sowie die Aufgaben zielorientiert und wirtschaftlich erfüllen kann.

- *Situative, spezifische Ziele (Ziel 4.2)*

Die Amtszeitbeschränkung für Kaderstellen auf zehn Jahre wurde auf das Jahr 2012 hin eingeführt und seither bei allen Neueintritten umgesetzt. Im Weiteren wurden die Anstellungsbedingungen der lokalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Aussennetz – v.a. in China und Indien – mit dem EDA harmonisiert. Dabei mussten die Löhne in China aufgrund von neuen gesetzlichen Vorschriften um ca. 20 Prozent angehoben werden.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Pro Helvetia betreibt eine kooperative, subsidiäre Förderpolitik und spricht sich mit dem Bund, den Kantonen und den Städten ab. Bei ihren Aktivitäten im Ausland folgt sie den in der Rahmenvereinbarung EDI/EDA betreffend die Kulturarbeit im Ausland vom 09.12.2011 festgelegten Grundsätzen der Information, Koordination und Kooperation.

Pro Helvetia beteiligte sich im Berichtsjahr aktiv am nationalen Kulturdialog und nutzte ihre Fenster bei den städtischen und kantonalen Kulturbeauftragtenkonferenzen, um gemeinsame Anliegen zu diskutieren. Sehr intensiv und in engem Austausch mit dem Bundesamt für Kultur und dem GS-EDI arbeitete die Stiftung an den Grundzügen für die Kulturbotschaft 2016 - 2019. Zudem arbeitete Pro Helvetia mit dem Bundesamt für Kultur an der Optimierung der Aufgabenteilung und lancierte gemeinsam die Ausschreibung für Transmedia-Projekte (u.a. auch mit den Solothurner Filmtagen).

Pro Helvetia pflegt regelmässig den Kontakt mit den Schweizer Vertretungen in der ganzen Welt und berät sie in kulturellen Fragen. Im Jahr 2013 hat sie zu diesem Zweck ihre Promotionsplattform «Swiss Arts Selection» auf die Bedürfnisse der Botschaften hin ausgebaut. Beispielsweise für eine fruchtbare Zusammenarbeit mit den Schweizer Vertretungen vor Ort waren der Gastland-Auftritt an der Moskauer Buchmesse «non/fiction» oder «Swiss Spring» anlässlich des 20-jährigen Jubiläums der Anerkennung Tschechiens durch die Schweiz.

Pro Helvetia trifft sich zudem regelmässig mit Präsenz Schweiz (PRS) und lotet das Potential möglicher Kooperationen im kulturellen Bereich aus. So beteiligt sich Pro Helvetia mit Projekten aus ihrem Kulturprogramm «Swiss Made in Russia» an den Feierlichkeiten zum Jubiläum «200 Jahre Diplomatische Beziehungen Schweiz – Russland» oder beteiligt sich mit einem Projekt aus «Viavai» am PRS-Vorprogramm zur Weltausstellung in Mailand.

Im Rahmen der Austauschprogramme pflegt die Stiftung ebenfalls den Kontakt mit dem EDA wie auch mit Kantonen und Städten: «Triptic», das Programm am Oberrhein, initiierte die Stiftung auf Anregung der schweizerischen Generalkonsulate in Strassburg und Stuttgart und wird gemeinsam mit den vier Kantonen Aargau, Basel-Stadt, Basel-Land und Jura umgesetzt. «Viavai» arbeitet eng mit dem Generalkonsulat in Mailand sowie den Kantonen Tessin, Wallis und der Stadt Zürich zusammen.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Eidg. Finanzkontrolle (EFK) hat die Jahresrechnung 2013 der Pro Helvetia geprüft und diese mit Bericht vom 11.3.2014 für ordnungsgemäss befunden. Sie empfiehlt die Jahresrechnung zur Genehmigung.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Stiftungsrat hat dem Bundesrat beantragt, den Geschäftsbericht 2013 einschliesslich die Jahresrechnung, zu genehmigen und den Bericht der Revisionsstelle vom 11.3.2014 zur Kenntnis zu nehmen.

D. Beschlüsse des Bundesrats

An seiner Sitzung vom 9.4.2014 hat der Bundesrat den Geschäftsbericht einschliesslich die Jahresrechnung 2013 genehmigt, den Bericht der Revisionsstelle zur Kenntnis genommen und die Mitglieder des Stiftungsrats für das Geschäftsjahr 2013 entlastet.

E. Übrige Ereignisse von Bedeutung

Der Bundesrat wählte am 18.12.2013 den ehemaligen Genfer Staatsrat Charles Beer zum neuen Präsidenten der Stiftung, der sein Amt am 1.1.2014 angetreten hat. Mario Annoni ist per 31.12.2013 nach Ablauf seiner achtjährigen Amtsdauer als Stiftungsratspräsident zurückgetreten.

Würdigung der Ergebnisse 2013 in Kürze

Swissmedic hat das Geschäftsjahr 2013 mit einem Defizit von 2,9 Millionen Franken abgeschlossen. Hauptverantwortlich waren unter den Erwartungen liegende Einnahmen aus Verfahrensgebühren. Die Reserven belaufen sich auf 6,4 Millionen. Für die Finanzlage des Instituts bedeutet dies mittelfristig keine Gefahr, da für 2015 erneut eine Erhöhung der Gebühren vorgesehen ist.

Die strategischen Ziele, die sowohl im Leistungsauftrag 2011-2015 als auch detaillierter in der Leistungsvereinbarung 2013 festgelegt sind, wurden weitgehend erreicht.

Zu begrüßen sind erneut die guten Ergebnisse von Swissmedic, was die Einhaltung der Fristen in den Zulassungsverfahren betrifft.

Auf internationaler Ebene hat Swissmedic 2013 die Verhandlungen mit dem Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte in Deutschland und mit dem Ministry of Food and Drug Safety in Korea abgeschlossen. Die entsprechenden Verträge wurden vom Bundesrat verabschiedet.

Die aktive Informationspolitik gegenüber Öffentlichkeit und Fachpersonen wurde verstärkt, einerseits durch eine Optimierung der Website, andererseits durch regelmässige Gespräche mit Vertretern von Patienten- und Konsumentenvereinigungen. Es wurden 26 Veranstaltungen organisiert, die auf ein grosses Echo stiessen. Mit der Industrie fanden 8 Treffen zu aktuellen Themen statt.

Das System zur Marktüberwachung und -kontrolle funktioniert im Arzneimittelbereich gut. In Absprache mit den europäischen Überwachungsbehörden wurden Massnahmen zur Stärkung der Marktkontrolle für Medizinprodukte getroffen.

Nach der Verstärkung der Abteilung Strafrecht konnte Swissmedic 2013 deutlich mehr Strafverfahren durchführen als 2012.

Schliesslich bleibt Swissmedic ein attraktiver, wettbewerbsfähiger Arbeitgeber, der konsequent in die Weiterbildung seines Personals investiert, um die Ziele des Instituts zu erreichen.

Der Bundesrat erwartet von Swissmedic bis Ende des Leistungsauftrags eine ausgeglichene Rechnung sowie die Weiterverfolgung der Fortschritte bei der Einhaltung der Fristen für den Zulassungsprozess.

Kennzahlen	2013	2012
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	85,5	82,1
Reinverlust (Mio. CHF)	-2,9	-0,3 ¹
Bilanzsumme (Mio. CHF)	109,9	95,3
Eigenkapitalquote in %	19,0	38,0 ¹
Personalbestand (Vollzeitstellen)	358,6	357,3

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Anzahl Gesuchseingänge	13 186	11 024
Fristerhaltung (in %)	90,4	92,2
Anzahl Bewilligungen	4 690	4 924
Anzahl Vigilanzmeldungen	8 442	7 822
Anzahl eröffnete Verfahren Strafrecht	60	31

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	14,7	15,2
Gebühren (Mio. CHF)	70,6	66,7

¹ Korrigiert gegenüber Berichterstattung des Vorjahres aufgrund geänderter Rechnungslegungsvorschriften nach IFRS (IAS 19), welche rückwirkend per Januar 2012 angewendet werden müssen.

A. Zielerreichung 2013*

1. Strategische Schwerpunkte (Kap. 9.2 LA)

Bei den anstehenden Änderungen der Gesetze und Verordnungen im Heilmittelbereich aktiv mitarbeiten

Die aktive Mitarbeit von Swissmedic als fachkompetente Behörde konzentrierte sich auf die Revisionsvorlage des Heilmittelgesetzes und die Ratifizierung des «Medicrime»-Übereinkommens des Europarats. In beiden Gesetzgebungsprojekten hat das Institut seine umfangreichen Beiträge im Rahmen der rollenden Zeitplanung des federführenden BAG fristgerecht abgeliefert.

Die Öffentlichkeit aktiv über Heilmittel informieren

Seit Januar 2013 stellt Swissmedic eine neue Publikationsplattform bereit, auf der die Fach- und Patienteninformationen aller zugelassenen Arzneimittel publiziert werden. Damit können sich Fachpersonen und Öffentlichkeit jederzeit in einem umfassenden Verzeichnis über

Nutzen und Risiken der Arzneimittel informieren. Swissmedic beantwortete im Jahr 2013 über 6600 Anfragen aus der Öffentlichkeit und von Fachpersonen sowie mehr als 700 Medienanfragen und informierte aktiv und zeitnah über neu erkannte Heilmittelsrisiken. Im Fokus des Interesses standen unter anderem die hormonellen Verhütungsmittel (Antibabypillen). Neben Publikationen auf der Internetseite und Auskünften an Medienschaffende motivierte Swissmedic die medizinische Fachgesellschaft für Gynäkologie zur Erarbeitung von Checklisten für die verschreibenden Ärzte und von Informationsmaterial für die Frauen, um eine möglichst sichere Anwendung dieser Arzneimittel zu gewährleisten. Seit 2013 publiziert Swissmedic im Zusammenhang mit Lieferengpässen neu auch eine Liste der genehmigten Gesuche zum Import ausländischer Arzneimittel. Korrekturmassnahmen bei Medizinprodukten werden wöchentlich auf der Homepage von Swissmedic aufgeschaltet. 2013 wurden in 625 Fällen Sicherheitsmeldungen zur Information der Anwender publiziert. Die Sensibilisierung bezüglich der Gefahren illegaler Heilmittel durch die Publikation von Analyseergebnissen wurde fortgesetzt und zeigt Wirkung: Seit Mitte 2012 ist die Zahl der illegalen Importe von Arzneimitteln rückläufig.

Rolle als vertrauenswürdige Behörde auf nationaler Ebene etablieren

Die Zusammenarbeit von Swissmedic mit Patienten- und Konsumentenorganisationen wurde neu organisiert. So soll unter anderem eine Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern dieser Organisationen etabliert werden. Im Jahr 2013 wurden 26 Veranstaltungen durchgeführt, die auf grosses Echo stiessen. Insgesamt acht Treffen mit Industrieverbänden zu aktuellen Themen haben stattgefunden, darunter ein Hearing zu den sog. «Biosimilars» sowie ein Workshop zur Praxisänderung bei den Generika. Die Website von Swissmedic wurde überarbeitet und technisch auf einen aktuellen Stand gebracht.

Internationale Zusammenarbeit intensivieren

Im Jahresverlauf konnten die Verhandlungen über eine Vereinbarung mit dem deutschen Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte abgeschlossen werden; der Bundesrat hiess die Vereinbarung am 13.11.2013 gut. Ebenfalls abgeschlossen werden konnten die Gespräche mit dem koreanischen Ministry of Food and Drug Safety. Beide Vereinbarungen wurden im Januar 2014 unterzeichnet. Im September 2013 genehmigte der Bundesrat eine Anpassung des Leistungsauftrags von Swissmedic und ermächtigte das Institut zur Mitarbeit in Projekten der Entwicklungszusammenarbeit. Ein erstes Projekt in diesem Zusammenhang stellt die Kooperation mit der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und der Bill & Melinda Gates Foundation dar. Die Unterzeichnung des entsprechenden Memorandum of Understanding fand am 22.1.2014

in Bern statt. Im Bereich der Überwachung der Medizinprodukte wurde die Zusammenarbeit intensiviert. Swissmedic beteiligte sich an internationalen Inspektionen der sog. Konformitätsbewertungsstellen in der EU, welche die Produkte vor dem Marktzutritt beurteilen.² Als Vorbereitung für die Intensivierung der Zusammenarbeit mit Partnerbehörden wurden in der Zulassung gemeinsame Vorlagen für die Begutachtung von Zulassungsgesuchen erarbeitet.

Qualitätsniveau bei Betriebsbewilligungen und Betriebsinspektionen halten

Durch die Führung eines wirkungsvollen Betriebsbewilligungssystems, das auf regelmässigen und gezielten Inspektionen durch Swissmedic und die Inspektorate der Kantone beruht, kann eine umfassende Überwachung der rund 1200 Hersteller und Vertreiber von Wirkstoffen, Arzneimitteln und Transplantatprodukten in der Schweiz gewährleistet werden. Gleichzeitig wurde sichergestellt, dass nach wie vor alle Inspektorate der Schweiz die sich kontinuierlich weiterentwickelnden internationalen Vorgaben berücksichtigen und umsetzen. Im Rahmen der Neuverteilung der Zuständigkeiten für klinische Versuche führt Swissmedic ab 2014 vermehrt Inspektionen von Studien durch. Die dafür notwendigen internen Vorbereitungen und Schulungen sind 2013 erfolgt.

Zulassungen für Arzneimittel werden mit dem Ziel erteilt, bei gleichbleibender Qualität die Transparenz, Effizienz (Optimierung der Prozessabläufe) und Konsistenz (gleiche Behandlung der Anspruchsgruppen und Verfahren) kontinuierlich zu verbessern

Die wichtigste Herausforderung im Bereich Zulassung ist die Fristeinhaltung bei allen Gesuchstypen, ohne die Qualität der Begutachtungsarbeit zu gefährden. Mitte 2013 erreichte der Anteil eingehaltener Fristen über alle Gesuche betrachtet einen Wert von 97 Prozent; im Zusammenhang mit der intensiven Belastung im Rahmen eines umfangreichen IT-Systemwechsels ging dieser Anteil indes wieder zurück, sodass per Ende 2013 ein Gesamtwert von rund 90 Prozent resultiert. Die Fristeinhaltung bei den für den Marktzugang relevanten Erstzulassungsgesuchen verbesserte sich im Vergleich mit 2012 von 74 auf 91 Prozent. Die Anzahl Gesuchseingänge im Berichtsjahr hat weiter zugenommen.

Die 2012 begonnenen Massnahmen zur Optimierung der internen Prozesse wurden 2013 fortgesetzt.

Regulatorische Massnahmen zur Optimierung von Prozessabläufen und zur Erhöhung der Transparenz erfolgten durch die Revisionen der Anleitungen zu im Ausland bereits zugelassenen Arzneimitteln (Art. 13 HMG), zu «Biosimilars», zu bekannten Wirkstoffen sowie zu den

² Basis für die Zusammenarbeit ist das Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung von Konformitätsbewertungsverfahren zwischen der Schweiz und der EU.

neuen Anforderungen an Arzneimittelpackungen aufgrund der revidierten Arzneimittel-Zulassungsverordnung (AMZV). Es wurden insgesamt elf Anträge für Verfahren nach Voranmeldung, welche neu ab 1.1.2013 möglich sind, eingereicht.

Prozesse, Strukturen und Systeme Vigilanz optimieren und ausbauen

Der elektronische Austausch von Vigilanzmeldungen mit der Industrie erfolgte 2013 mit fünf Pilotfirmen ausschliesslich über das 2012 implementierte Portal. Nach Ende 2013 vorgenommenen Verbesserungen des Systems werden ab 2014 weitere Firmen das Portal nutzen können. Um künftig auch Nebenwirkungsmeldungen der medizinischen Fachpersonen elektronisch entgegenzunehmen, wurde 2013 der Aufbau eines weiteren Systems initiiert. Die Fachpersonen und Verbände waren in der Konzeptphase eingebunden, um eine hohe Akzeptanz der Nutzer zu erreichen. Bis im Herbst 2014 soll das System schweizweit eingeführt werden. Auch die Prozesse und Datenbanken im Bereich der Medizinprodukte wurden 2013 verbessert, damit die Vigilanzmeldungen und der Austausch mit der europäischen Datenbank EUDAMED weiterhin effizient bearbeitet werden können.

Marktkontrolle risikobasiert und mit Fokus auf Minderung der Gesundheitsrisiken vornehmen

Um sicherheitsrelevante Signale rasch zu erkennen und korrigierende Massnahmen einzuleiten, werden alle eingehenden Meldungen zu unerwünschten Wirkungen und zu Qualitätsmängeln risikobasiert beurteilt. Produkte mit schwerwiegenden Qualitätsproblemen wurden innert weniger Tage vom Markt genommen und die Fachpersonen entsprechend instruiert. In 37 Fällen wurden die Fachpersonen mittels Rundschreiben über neue Erkenntnisse zur Arzneimittelsicherheit informiert. Im Bereich der Medizinprodukte haben die Meldungen zu schwerwiegenden Vorkommnissen um gut 25 Prozent zugenommen. Im Austausch mit den europäischen Überwachungsbehörden konnten die notwendigen Korrekturmassnahmen eingeleitet und umgesetzt werden.

Durch effiziente und risikobasierte Strafverfolgung die Einhaltung der heilmittelrechtlichen Verordnungen unterstützen und kriminelle Gefährdung der Heilmittelsicherheit ahnden

Swissmedic führte 2013 deutlich mehr Strafverfahren durch als im Vorjahr, dies dank zusätzlicher Personalressourcen, welche 2012 für die Strafverfolgung bereitgestellt wurden. Die Aufarbeitung pender Dossiers wurde abgeschlossen, gleichzeitig konnten neue Dossiers eröffnet werden. Bearbeitungsdauer und Qualität der Verfahren wurden weiter optimiert.

2. Finanzielle Ziele

Gemäss Heilmittelgesetz (HMG) finanziert Swissmedic seine Ausgaben aus Abgeltungen des Bundes (knapp 20 %) und Einnahmen aus Gebühren und Abgaben (über 80 %). Das Institut führt eine eigene Rechnung und kann angemessene Reserven bilden, um Investitionen und allfällige spätere Verluste zu decken (Art. 68 und 77-79 HMG).

Die Rechnung 2013 schliesst auf Unternehmensebene mit einem Verlust von 2,9 Millionen ab. Budgetiert war ein Gewinn von 1,1 Millionen. Die Abweichung ist hauptsächlich einnahmenseitig begründet, nachdem die Verfahrensgebühren tiefer ausfielen als geplant. Aufgrund von Änderungen in der Rechnungslegung im Zusammenhang mit Vorsorgeverpflichtungen (IAS 19, Aufhebung Korridormethode) wurde für das Geschäftsjahr 2012 ein Restatement vorgenommen. Dies führte zu Verschiebungen zwischen Eigenkapital und langfristigem Fremdkapital. Die Reserven belaufen sich per Ende 2013 auf 6,4 Millionen und liegen damit deutlich unter der im Leistungsauftrag festgelegten Obergrenze von 40 Millionen.

Die revidierte Heilmittel-Gebührenverordnung trat am 1.1.2013 in Kraft. Sie führt in zwei Etappen (zweite Etappe ab 2015) zu höheren Einnahmen aus Verfahrensgebühren und verbessert den Kostendeckungsgrad.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Das übergeordnete Ziel der Personal- und Vorsorgepolitik von Swissmedic ist es, über die zur Erreichung der Unternehmensziele notwendigen Führungs- und Fachkompetenzen zu verfügen.

Swissmedic wird im Arbeitsmarkt als attraktive und konkurrenzfähige Arbeitgeberin wahrgenommen. Vakante Stellen können mit passend qualifizierten Personen besetzt werden. Die Fluktuationsrate (Kündigungen von Mitarbeitenden) beträgt im Berichtsjahr 4,5 Prozent.

Swissmedic richtet die Personalentwicklung und Weiterbildung konsequent auf die Erreichung der Unternehmensziele aus. Im Labor bietet das Institut vier Lehrstellen für Biologie- und Chemielaboranten an. Akademische Nachwuchskräfte können insbesondere im Bereich Recht Praktika absolvieren. Vier Personen machten davon Gebrauch.

Dank des konsequent betriebenen Gesundheitsmanagements konnten die Absenzen der Mitarbeitenden in den letzten vier Jahren von sieben auf rund sechs Krankheitstage pro Vollzeitstelle gesenkt werden. Zu einem Anteil von rund 2 Prozent des Personals beschäftigt Swissmedic Mitarbeitende mit Leistungseinschränkungen und begleitete Langzeiterkrankte bei der Wiedereingliederung.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Zur Erfassung und Beurteilung von Meldungen zu unerwünschten Wirkungen von Arzneimitteln hat Swissmedic ein «Pharmacovigilance»-Netzwerk mit sechs regionalen Zentren (Universitätsspitäler aller Landesteile sowie Regionalspital im Tessin) aufgebaut. Die Zusammenarbeit ist konstruktiv, ermöglicht die Nutzung des in den Universitätsspitalen vorhandenen pharmakologischen Wissens für eine Erstevaluation der Meldungen und bietet den meldenden Fachpersonen eine regionale Ansprechstelle.

Die Zusammenarbeit mit den Inspektoraten der Kantone erfolgt reibungslos. Alle Inspektorate sind nach ISO 17020 akkreditiert, was eine einheitliche Vorgehensweise in der ganzen Schweiz sicherstellt.

Im Rahmen der Dienstleistungsvereinbarung (DLV) mit dem BAG erbringt Swissmedic technische Dienstleistungen im Inspektionsbereich. Dies betrifft Transplantate und Diagnoselaboratorien und somit hoheitliche Tätigkeiten, die unter Aufsicht des BAG stehen.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (Eidgenössische Finanzkontrolle, EFK) hat die Jahresrechnung von Swissmedic (Art. 74 Bst. a HMG) geprüft und erachtet diese als ordnungsgemäss. Sie empfiehlt, die Jahresrechnung zu genehmigen.

Die EFK prüfte ebenfalls die Berichterstattung über die Einhaltung von Leistungsauftrag und Leistungsvereinbarung (Art. 74 Bst. b HMG). Auch diese Prüfung konnte erfolgreich abgeschlossen werden.

C. Stellungnahme des Bundesrates

Die Berichterstattung von Swissmedic über das Jahr 2013 erfolgte nach geltenden Normen (Heilmittelgesetz, Leistungsauftrag 2011-2015). Demgemäss liegen die Eignerkompetenzen – darin eingeschlossen jene über die Berichterstattung – beim EDI.

Der Vorsteher des EDI hat den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2013 von Swissmedic genehmigt und den Bericht der Revisionsstelle über die Prüfung der Jahresrechnung und über die Einhaltung von Leistungsauftrag und Leistungsvereinbarung zur Kenntnis genommen. Gestützt darauf hat er dem Institutsrat für das Jahr 2013 Entlastung erteilt.

Eidgenössisches Institut für Geistiges Eigentum IGE

Internet: www.ige.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Institutsrat: Felix Hunziker-Blum (Präsident), Roman Boutellier, François Curchod, Alexandra Frei, Jean-Pierre Maeder, Vincenzo Pedrazzini, Matthias Ramsauer (GS EJPD), Beatrice Renggli, Sara Stalder

Direktor: Roland Grossenbacher

Externe Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2013 in Kürze

Für die vom Eidgenössischen Institut für Geistiges Eigentum (IGE) erbrachten *Dienstleistungen mit Monopolcharakter* besteht eine ausführliche Spezialgesetzgebung und das zu bewältigende Arbeitsvolumen hängt ausschliesslich von den Anmeldezahlen ab, so dass über den gesetzlichen Leistungsauftrag hinaus keine Zielvorgaben bestehen. Im Markenbereich nahm das Arbeitsvolumen zu, dennoch bleiben die Behandlungsfristen äusserst kurz. Die Verfahren sind sehr benutzerfreundlich, und die Bedeutung des elektronischen Geschäftsverkehrs nimmt weiter zu. Im Patentbereich setzt sich die Verlagerung von den nationalen Anmeldungen zum Europäischen Patentsystem fort.

Im Bereich der *Ministerialaufgaben* war das IGE im Jahr 2013 für kein aktuelles Legislatur- oder Jahresziel des Bundesrates federführend zuständig. Die Folgearbeiten zu den Zielen der Vorperiode kamen planmässig voran: Am 21.6.2013 verabschiedete das Parlament eine Revision des Markenschutzgesetzes und ein neues Wappenschutzgesetz, um Schweizer Herkunftsangaben künftig besser zu schützen (sog. «Swissness-Vorlage»). Die im August 2012 eingesetzte Arbeitsgruppe zur Optimierung der kollektiven Verwertung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten (AGUR12) publizierte am 6.12.2013 ihren Schlussbericht mit Empfehlungen zur Anpassung des Urheberrechts an die technische Entwicklung.

Die *freien Dienstleistungen* deckten ihre Kosten vollumfänglich.

Eine strukturelle *Finanzierungslücke* wurde durch eine moderate Gebührenerhöhung per 1.1.2014 geschlossen. Die *personal- und vorsorgepolitischen Ziele* – insbesondere der Erhalt eines hohen Qualitäts- und Leistungsniveaus der Angestellten bei stets steigenden Anforderungen sowie einer angemessenen beruflichen Vorsorge – wurden erreicht.

Die Revisionsstelle (EFK) hat das Testat zur geprüften Jahresrechnung ohne Einschränkung und Hinweis erteilt.

Kennzahlen	2012/13	2011/12
------------	---------	---------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	43,9	43,5
Reinverlust (Mio. CHF)	-2,4	-6,4
Bilanzsumme (Mio. CHF)	101,4	103,9
Eigenkapitalquote in %	55,3	56,3
Personalbestand (Vollzeitstellen) ¹⁾	214	215

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Markeneintragungen	14 439	14 348
Internat. Markenregistrierungen mit Schutzausdehnung Schweiz	14 013	12 873
Patenterteilungen national	475	433
Erteilte europäische Patente mit Wirkung Schweiz / Liechtenstein	54 907	50 167

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Gebühren (Mio. CHF)	36,9	36,0

¹⁾ Jahresdurchschnitt

A. Zielerreichung 2013

1. Strategische Schwerpunkte

- Dienstleistungen mit Monopolcharakter*

Die primäre Aufgabe des Eidgenössischen Instituts für Geistiges Eigentum (IGE) ist die Erteilung und Verwaltung von immaterialgüterrechtlichen Schutztiteln. Für diese *Dienstleistungen mit Monopolcharakter* besteht eine ausführliche materielle Regelung auf Gesetzes- und Verordnungsebene, welche sowohl die Prüfungspraxis wie auch das zu befolgende Verfahren umfassend vorgeben. Das dabei zu bewältigende Arbeitsvolumen hängt direkt und ausschliesslich von den Anmeldezahlen für Eintragungen und Registeränderungen ab, die vom IGE nicht beeinflusst werden können. Zudem unterliegt auch die Höhe der vom IGE vereinnahmten Gebühren der Genehmigung durch den Bundesrat. Entsprechend besteht im Bereich der Monopolaufgaben des IGE wenig

Raum für strategische Zielvorgaben über den gesetzlichen Leistungsauftrag hinaus.

Der Geschäftsgang entwickelte sich wie folgt: Die Anzahl der Schweizer Markeneintragungsgesuche erhöhte sich gegenüber der Vorperiode leicht und jene der Markenverlängerungen stieg sogar unerwartet deutlich an. Der elektronische Geschäftsverkehr mit den Benutzern entwickelt sich auf hohem Niveau weiter. Das Bundesgericht bestätigte die Prüfungsgrundsätze, die das IGE im Bereich Herkunftsangaben anwendet, erneut. Die Verfahren haben einen hohen Stand an Benutzerfreundlichkeit. Generell sind die Behandlungsfristen äusserst kurz. Das IGE unterhält beste Kontakte mit dem Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt der EU, und die internationale operationelle Zusammenarbeit funktioniert gut.

Im Patentbereich konnte nach Jahren des Unterbestandes die Anzahl der Mitarbeitenden wieder dem Arbeitsvolumen angepasst werden. Die Zahl der nationalen Patentanmeldungen stieg wegen missbräuchlichen Verhaltens eines einzelnen Anmelders vorübergehend stark an; ohne diesen Sondereffekt bestätigt sich die kontinuierliche leichte Abnahme der nationalen Anmeldungen zugunsten des Europäischen Patentsystems.

- *Ministerialaufgaben*

Im Bereich der *Ministerialaufgaben* des IGE, der Politikvorbereitung zuhanden des Bundesrates und des Parlaments, verfügen der Bundesrat und das zuständige EJPD über ein umfassendes Weisungsrecht gegenüber dem IGE. Gestützt darauf können sie dem IGE nicht nur mittel- und kurzfristige Zielvorgaben machen, sondern jederzeit direkt Einfluss auf die Arbeit des Instituts nehmen und diesem Aufträge erteilen.

Aufgrund anders gelagerter politischer Prioritäten enthält der Bundesbeschluss über die Legislaturplanung 2011–2015 vom 15.6.2012 (BBl 2012 7155) kein Ziel, für dessen Erreichung das IGE innerhalb der Bundesverwaltung federführend zuständig wäre. Auch der Bundesrat sah im Jahr 2013 kein Ziel in der primären Verantwortung des IGE vor. Jedoch fanden die beiden in der Vorperiode massgeblichen Ziele eine Fortsetzung, über die hier berichtet wird.

- *Schutz der Marke «Schweiz»*

Nach dreieinhalb Jahren intensiver parlamentarischer Beratung nahmen die eidgenössischen Räte die «Swissness-Vorlage» – bestehend aus einer Revision des Markenschutzgesetzes (MSchG) und einem neuen Wappenschutzgesetz (WSchG) – in der Schlussabstimmung vom 21.6.2013 deutlich an.

Weite Teile der Vorlage waren unbestritten: Die Zulassung des Schweizerkreuzes für Schweizer Produkte, die Unterscheidung von Schweizerwappen und -kreuz, der Schutz auch für nicht-landwirtschaftliche geografische Angaben (z.B. «Genève» für Uhren) sowie neue Rechts-

titel für Herkunftsangaben im Hinblick auf eine bessere Durchsetzung des Schutzes im Ausland fanden von Beginn weg breite Zustimmung. Unterschiedliche Auffassungen bestanden demgegenüber zu den Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, damit Waren und Dienstleistungen als schweizerisch gelten. Die Räte folgten in allen zentralen Punkten der Lösung des Bundesrats und konkretisierten diese weiter.

- *Anpassung des Urheberrechts an die technische Entwicklung*

Am 8.8.2012 hatte die Vorsteherin des EJPD eine Arbeitsgruppe zur Optimierung der kollektiven Verwertung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten (AGUR12) eingesetzt, welche einerseits Möglichkeiten zur Anpassung des Urheberrechts an die technische Entwicklung aufzeigen und andererseits die kollektive Verwertung auf Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung und Kostensenkung überprüfen sollte.

In der AGUR12 trugen Kunschtchaffende sowie Vertreterinnen und Vertreter der Produzenten, der Wirtschaft, der Nutzer und der Konsumenten während gut eines Jahres die zahlreichen Kritikpunkte am Urheberrecht im digitalen Zeitalter zusammen und diskutierten diese intensiv. In ihrem am 6.12.2013 publizierten Schlussbericht schlägt die AGUR12 ein Massnahmenpaket mit fünf Schwerpunkten vor: Verbesserung der Information für die Konsumenten, Ausbau und damit Steigerung der Attraktivität legaler Angebote, Vereinfachung der Bekämpfung der Piraterie, Steigerung der Effizienz und Transparenz der Verwertungsgesellschaften sowie Anpassung der Schranken des Urheberrechts an die neuesten Entwicklungen. Diese Empfehlungen richten sich teils an die Rechteinhaber und die Verwertungsgesellschaften, teils an den Gesetzgeber und die Verwaltung. Downloads vom Internet sollen zulässig bleiben; ungewilligte Uploads dagegen bleiben verboten.

- *Freie Dienstleistungen*

Zum gesetzlichen Leistungsauftrag des IGE gehört auch die Erbringung von Informationsdienstleistungen auf der Grundlage des Privatrechts.

Bei den Patent- und Technologierecherchen konnte der hohe Umsatz des Vorjahres von 4,5 Millionen Franken gehalten bzw. sogar noch leicht übertroffen werden. Der Rückgang der Nachfrage nach Markenrecherchen setzte sich fort. Das Kostendeckungsziel wurde für beide Teilbereiche erreicht.

2. *Finanzielle Ziele*

Das Geschäftsjahr 2012/13 schloss mit einem Verlust von knapp 2,4 Millionen ab. Dieser wurde aus den Reserven gedeckt, welche damit auf 56,1 Millionen sanken. Eine Auflösung der Abgrenzung für den Finanzbeitrag an das Bundespatentgericht des Vorjahres verbesserte das

Ergebnis um ca. 600 000 Franken. Ohne diesen Sonderfaktor hätte das Institut erneut einen Verlust von 3 Millionen tragen müssen, obwohl die Gebühreneinnahmen sogar geringfügig über den Erwartungen lagen. Damit bestätigte sich die Feststellung des Vorjahres, dass das Institut ein strukturelles Defizit von rund 3 Millionen aufwies. Vor diesem Hintergrund hatte der Institutsrat im Herbst 2012 eine moderate Erhöhung der Jahresgebühren für Patente und der Verlängerungsgebühren für Marken beschlossen, welche vom Bundesrat am 1.5.2013 genehmigt wurde und am 1.1.2014 in Kraft trat.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Das angestrebte hohe Qualifikations- und Leistungsniveau des Personals konnte trotz laufend steigender Anforderungen bei gleichbleibendem Personalbestand aufrechterhalten werden. Der Frauenanteil in Kaderpositionen blieb mit 24,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr unverändert, der Anteil der Mitarbeitenden in Teilzeitanstellung nahm weiter zu (34,0 %, Vorjahr 32,8 %). Die Zahl der Ausbildungsstellen für Lernende und Praktikanten (KV und Informatik) stieg von 11 auf 14 Personen.

Im Hinblick auf die Senkung des technischen Zinssatzes von PUBLICA per 1.1.2015 hat das Institut die vom Bundesrat empfohlenen flankierenden Massnahmen zur Beibehaltung des bisherigen Leistungsniveaus (proportionale Verteilung von Rückstellungen und Erhöhung der Sparbeiträge) beschlossen.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hielt im Prüfbericht vom 30. August 2013 zuhanden des Institutsrats fest, dass die Jahresrechnung für das am 30.6.2013 abgeschlossene Geschäftsjahr ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

in Übereinstimmung mit den IFRS vermittelt und dem IGEG entspricht. Das Testat zur geprüften Jahresrechnung wurde ohne Einschränkung und Hinweis erteilt. Am 14.11.2013 genehmigte der Institutsrat den auf die Betriebsführung beschränkten *Geschäftsbericht* 2012/13 der Direktion einstimmig. Gleichzeitig nahm er vom Bericht der Revisionsstelle Kenntnis und genehmigte die Jahresrechnung für die Rechnungsperiode 1.7.2012 bis 30.6.2013 einstimmig.

C. Anträge an den Bundesrat

Der *Rechenschaftsbericht* des Direktors nach Art. 5 Abs. 2 IGEG ist ein umfassender Bericht an den Bundesrat, der die gesamte Tätigkeit des Instituts zum Inhalt hat und sich – entsprechend dem Rhythmus der politischen Führung und Aufsicht – jeweils auf ein Kalenderjahr bezieht. Der Rechenschaftsbericht enthält einen besonderen Abschnitt über das Ergebnis der Prüfung durch die Revisionsstelle sowie die Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung durch den Institutsrat.

Gestützt darauf hat das EJPD dem Bundesrat den Rechenschaftsbericht zusammen mit dem Antrag auf Entlastung des Institutsrates für das Jahr 2013 zur Genehmigung unterbreitet.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 9.4.2014 den Rechenschaftsbericht des IGE für das Jahr 2013 genehmigt und dem Institutsrat Entlastung erteilt.

Eidgenössisches Institut für Metrologie METAS

Internet: www.metas.ch

Sitz: Köniz

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Institutsrat: Martina Hirayama (Präsidentin),
Ulrich W. Suter (Vizepräsident), Thierry J. L. Courvoisier,
Tony Kaiser, Matthias Kaiserswerth

Direktor: Christian Bock

Externe Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2013 in Kürze

Das Eidgenössische Institut für Metrologie METAS hat auf den 1.1.2013 seinen Betrieb aufgenommen. Das erste Geschäftsjahr des METAS ist sehr erfolgreich verlaufen.

Aus Sicht des Bundesrates wurden die Ziele der strategischen Schwerpunkte 2013 erreicht. Die Dienstleistungen wurden zur Zufriedenheit der Kunden erbracht. Mit seinem breiten technisch-wissenschaftlichen Knowhow ist das METAS in verschiedenen Bereichen ein interessanter Kooperationspartner für die Industrie. Seit Anfang 2013 ist das METAS beitragsberechtigter KTI-Forschungspartner; ein erstes KTI-Projekt ist im Juni 2013 bewilligt worden. Bei der Festlegung der Kontrollen im gesetzlichen Messwesen wurde darauf geachtet, dass vorrangig die Messmittel kontrolliert werden, bei denen Fehlmessungen hohe Kostenfolgen haben. Das METAS erfüllt die Aufgaben als nationales Metrologieinstitut der Schweiz.

Die finanziellen Ziele wurden erreicht. Der Selbstfinanzierungsgrad erreichte 45,5 Prozent und das Geschäftsjahr wurde mit einem positiven Jahresergebnis von 4,0 Millionen Franken abgeschlossen.

Auch die personal- und vorsorgepolitischen Ziele sind gut auf Kurs. Mit der Überführung in eine dezentrale Einheit der Bundesverwaltung sind keine grossen personellen Veränderungen geplant und durchgeführt worden. Das gesamte Personal des METAS untersteht dem Bundespersonalgesetz vom 24.3.2000 (BPG) und ist bei der Pensionskasse des Bundes PUBLICA in einem eigenen Vorsorgewerk versichert. Nebst dem BPG bildet die Verordnung des METAS vom 24.10.2012 über sein Personal die Grundlage des Personalrechts.

Der Bundesrat erwartet, dass das METAS mit seinen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten weiterhin dafür sorgt, Dienstleistungen auf dem Stand der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung anbieten zu können.

Kennzahlen	2013	*2012
------------	------	-------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	45,4	*
Reingewinn (Mio. CHF)	4,0	*
Bilanzsumme (Mio. CHF)	33,5	*
Eigenkapitalquote in % ¹⁾	-19,8	*
Personalbestand (Vollzeitstellen)	150,3	*

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Anteil Lernende (%)	10,1	*
Frauenanteil total %	14,5	
Frauenanteil wissenschaftlich-technisches Personal (%)	8,2	*
Anteil Ausgaben F+E (%)	9,4	*
Anzahl CMCs (Calibration and Measurement Capabilities) ²⁾	294	356
Vollzugsquote im gesetzlichen Messwesen (%)	91	92
Investitionsquote (Nettoinvestitionen im Verhältnis zu den Anschaffungskosten des Anlagevermögens) (in %)	4,2	*

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Abteilungen nach Art. 3 Abs. 2 Bst. a-h und Abs. 3 und 4 EIMG (Aufgaben eines nationalen Metrologieinstituts) (Mio. CHF)	26,5	*
Abteilungen nach Art. 3 Abs. 5 EIMG (weitere zugewiesene Aufgaben) (Mio. CHF)	4,8	*
Gebühren (Mio. CHF)	6,4	*

* Das METAS hat am 1. Januar 2013 seinen Betrieb aufgenommen. Entsprechend liegen nur teilweise vergleichbare Vorjahreszahlen vor; teilweise sind diese nicht mehr eruierbar.

¹⁾ Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus dem Vorsorgewerk METAS werden direkt im Eigenkapital erfasst.

²⁾ Von den 294 CMCs im Jahr 2013 entfallen 21 auf das designierte Institut IRA und 2 auf das designierte Institut PMOD.

A. Zielerreichung 2013

Am 1.1.2013 hat das Eidgenössische Institut für Metrologie METAS seinen Betrieb aufgenommen. Auf diesen Zeitpunkt ist auch das Bundesgesetz vom 17.6.2011

über das Eidgenössische Institut für Metrologie (EIMG) in Kraft getreten.

1. Strategische Schwerpunkte

Das METAS ist das nationale Metrologieinstitut der Schweiz. Zu seinen wesentlichen Aufgaben gehört es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Schweizer Wirtschaft, Forschung und Verwaltung mit der erforderlichen Genauigkeit messen kann. Weiter muss es sicherstellen, dass die zum Schutz von Mensch und Umwelt notwendigen Messungen richtig und den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend durchgeführt werden. Das METAS hat dafür zu sorgen, dass der Schweizer Wirtschaft und Wissenschaft die notwendige metrologische Infrastruktur und die benötigten Messgrundlagen und metrologischen Dienstleistungen zur Verfügung stehen, sei dies durch eigene Aktivitäten, geeignete Kooperationen oder Partnerschaften mit ausländischen Metrologieinstituten.

Diese aufgabenbezogenen Ziele hat das METAS im Berichtsjahr erreicht. Mit seinen Dienstleistungen konnte das METAS den Bedarf der Industrie sowie im gesetzlich geregelten Bereich zum grössten Teil und zur Zufriedenheit der Kunden abdecken. Das zeigt sich etwa an der geringen Zahl der Reklamationen im Verhältnis der ausgestellten Zertifikate. Gegen 40 Prozent der Kalibrier- und Messdienstleistungen wurden überdies für ausländische Kunden erbracht. Hier ist das METAS besonders gefordert, sich angesichts des starken Schweizer Franken und der hohen Kosten in der Schweiz gegenüber der Konkurrenz anderer nationaler Metrologieinstitute zu behaupten.

Das METAS sorgt dafür, dass seine Dienstleistungen über die erforderliche Anerkennung gemäss den einschlägigen internationalen Abkommen verfügen.

Damit die Anerkennungen im Rahmen einschlägiger internationaler Abkommen aufrecht erhalten werden können, hat das METAS an Messvergleichen teilgenommen, Peer Reviews durchführen und sein Qualitätssystem mit Erfolg evaluieren lassen.

Das METAS verfolgt die wissenschaftlich-technischen Entwicklungen und hält seine Kompetenzen auf dem aktuellen Stand.

Das METAS führt regelmässig Arbeiten im Segment Forschung und Entwicklung (F+E) durch mit dem Ziel, sein Dienstleistungsangebot im Interesse der Schweizer Wirtschaft und der Öffentlichkeit weiter zu verbessern und zu erweitern. Zudem pflegt es enge Kontakte zu seinen Kunden und ist international gut vernetzt: Es arbeitet aktiv in der Europäischen Vereinigung der nationalen Metrologieinstitute EURAMET mit und beteiligt sich mit eigenen Projekten am europäischen Metrologie-Forschungs- und Entwicklungsprogramm (EMRP). Im Berichtsjahr haben METAS-Forscher an 32 Projekten

gearbeitet. Davon waren 26 zum Teil drittmittelfinanziert, 24 im Rahmen des EMRP, eines durch den Nationalfonds und eines durch die Kommission für Technologie und Innovation (KTI).

Das F+E-Programm des METAS wird vom Institutsrat beschlossen. Anlässlich einer Sonderklausur zur Mittelfriststrategie des METAS im F+E-Bereich hat der Institutsrat gestützt auf eine strategische Portfolioanalyse die Potentiale des METAS evaluiert. Dabei hat er namentlich (1) das F+E-Programm für die nächsten Jahre verabschiedet, (2) Gebiete identifiziert, wo ein Kompetenzaufbau die künftige Positionierung des METAS zu stärken vermag (industrielle Produktion, Schutz der Gesundheit und der Umwelt) und (3) das METAS mit der Ausarbeitung von konkreten Projektvorschlägen im Jahr 2014 beauftragt.

Neben der schwerpunktmässig betriebenen *angewandten* F+E ist das METAS auch in ausgewählten Gebieten der metrologische Grundlagenforschung tätig. Es leistet damit einen der wirtschaftlichen und technologischen Bedeutung der Schweiz entsprechenden Beitrag an die Weiterentwicklung des Internationalen Einheitensystems (SI). Im Zentrum stehen die Neudefinition des Kilogramms sowie Referenzmasse für elektrische Präzisionsmessungen..

Das METAS unterstützt den Innovationsprozess und die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft mit dem vorhandenen Expertenwissen und der metrologischen Infrastruktur sowie mit anwendungsorientierten Forschungsprojekten.

Das breite wissenschaftlich-technische Know-How ist für die Industrie nicht nur in Form von Kalibrier- und Messdienstleistungen nutzbar, sondern auch direkt für die Produkt- und Prozessentwicklung. Aus diesem Grund ist das METAS in verschiedenen Bereichen ein interessanter Kooperationspartner für die Schweizer Wirtschaft. Seit Anfang 2013 ist das METAS beitragsberechtigter KTI-Forschungspartner. Ein erstes KTI-Projekt ist im Juni 2013 bewilligt worden, ein weiteres ist in Evaluation bei der KTI und eine Reihe von Projekten sind in Ausarbeitung mit Industriepartnern.

Beim Gesetzesvollzug und dessen Organisation berücksichtigt das METAS neben den technischen Gesichtspunkten auch risikorelevante Aspekte.

Im gesetzlichen Messwesen wurde sowohl beim Festlegen der Schwerpunkte mit den Kantonen als auch bei der Ausarbeitung des Programms zur nachträglichen Kontrolle darauf geachtet, dass vorrangig jene Arten von Messmitteln kontrolliert werden, bei denen Fehlmessungen zu erheblichen Problemen führen könnten. Konkret wurde eine hohe Vollzugsquote bei Geschwindigkeitsmessmitteln, bei Atemalkoholtestmitteln, bei Messmitteln für ionisierende Strahlung und bei Tanklastwagen erreicht.

2. Finanzielle Ziele

Das METAS hat die finanziellen Ziele im Berichtsjahr erreicht. Ein gut organisiertes und zweckmässig instrumentiertes Finanzmanagement ermöglichen es dem METAS, die ihm anvertrauten Bundesbeiträge sowie die selbsterwirtschafteten Mittel effizient einzusetzen. Das Ziel, mindestens 40 Prozent des Jahresbudgets aus Gebühren, Abgeltungen und Drittmitteln zu finanzieren, konnte das METAS mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 45,5 Prozent übertreffen. Im Weiteren war das METAS gestützt auf eine langfristige Investitionsplanung in der Lage, im Berichtsjahr sämtliche Investitionen aus selbst erwirtschafteten Mittel zu finanzieren. Die Erfolgsrechnung hat das METAS mit einem Überschuss von 4 Millionen Franken abgeschlossen.

Der Gewinn soll eingesetzt werden, um den bestehenden Bilanzfehlbetrag des METAS zu vermindern. Die Eröffnungsbilanz des METAS per 1.1.2013, die vom Bundesrat am 6.12.2013 genehmigt worden ist, weist einen Bilanzfehlbetrag von 10,7 Millionen auf. Dieser ist vor allem auf die nach IPSAS 25 berechneten Pensionsverbindlichkeiten in Höhe von 34,5 Millionen zurückzuführen. Dieser Bilanzfehlbetrag ist auch der Grund für die negative Eigenkapitalquote. Es wird angestrebt, diese negative Eigenkapitalquote und damit den Bilanzfehlbetrag langfristig zu vermindern.

Mit Blick auf das Ziel, über die Strategieperiode 2013-2016 mindestens ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen, ist das METAS auf Kurs. Der Bundesrat erwartet, dass die Vorgabe aufgrund des guten Starts im vergangenen Jahr sowie angesichts von Budget und Mittelfristplanung 2014-2016 erreicht werden kann.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Die personal- und vorsorgepolitischen Ziele wurden erfüllt. Die Förderung und Rekrutierung von Frauen im männerdominierten naturwissenschaftlich-technischen Umfeld stellt eine der grösseren Herausforderungen dar. Mit Erfolg wurde ein speziell an Physikerinnen und Ingenieurinnen gerichtetes Metrologiepraktikum lanciert, das während eines Jahres Einblicke in verschiedene Bereiche der Metrologie bietet.

Das METAS positioniert sich stark als Ausbildungsstandort und bietet sechs verschiedene Berufsausbildungen an. Der Anteil der Lernenden und Berufspraktikanten am Personalbestand beträgt rund 10 Prozent. Zudem werden im Rahmen der Forschung und Entwicklung der Laboratorien des METAS attraktive Praktikumsstellen für Hochschulabsolvent/innen angeboten.

Das paritätische Organ des Vorsorgewerks METAS hat in Absprache mit der Geschäftsleitung und der Personalkommission die Anpassungen des Vorsorgereglements vorbereitet, die im Zusammenhang mit der Senkung des technischen Zinssatzes der Pensionskasse des Bundes PUBLICA auf Anfang 2015 nötig werden. Sie sind vom Institutsrat am 19.11.2013 genehmigt worden. Das Leistungsniveau kann – wie in der Bundesverwaltung – beibehalten werden. Die Änderungen des Vorsorgereglements werden 2014 dem Bundesrat zur Genehmigung vorgelegt.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Das METAS ist an keinen Kooperationen beteiligt und hat keine Beteiligung an anderen Rechtsträgern.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hält in ihrem Bericht vom 14.2.2014 fest, dass die Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 2013 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den IPSAS und dem EIMG vermittelt. Das Testat zur geprüften Jahresrechnung wurde ohne Einschränkung und Hinweis erteilt.

C. Anträge an den Bundesrat

Gestützt auf den Bericht der Revisionsstelle vom 21.10.2013 haben der Institutsrat (19.11.2013) und der Bundesrat (6.12.2013) die Eröffnungsbilanz per 1.1.2013 genehmigt.

Der Institutsrat erstellt nach Art. 8 Bst. g EIMG einen Geschäftsbericht (bestehend aus Jahresbericht und Jahresrechnung), der auch über die Erreichung der strategischen Ziele rapportiert. Er hat dem Bundesrat diese Unterlagen zum Geschäftsjahr 2013 zusammen mit dem Antrag über die Gewinnverwendung zur Genehmigung und dem Bericht der Revisionsstelle vom 14.2.2014 zur Kenntnisnahme unterbreitet.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 9.4.2014 den Geschäftsbericht des METAS für das Jahr 2013 genehmigt, dem Antrag über die Gewinnverwendung stattgegeben und den Mitgliedern des Institutsrats Entlastung erteilt.

Eidgenössische Revisionsaufsichtsbehörde RAB

Internet: www.revisionsaufsichtsbehoerde.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Verwaltungsrat: Thomas Rufer (Präsident), Dr. Sabine Kilgus (Vizepräsidentin), Dr. Renato Fassbind, Prof. Conrad Meyer, Prof. Dr. Daniel Oyon

Direktor: Frank Schneider

Externe Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2013 in Kürze

Aus Sicht des Bundesrates hat die RAB ihre strategischen Ziele im Jahr 2013 vollständig erreicht.

Der RAB ist es in der kurzen Zeit ihres Bestehens gelungen, sich bei allen Stakeholdern mit Interessen in Bereich der Revision als feste Grösse zu positionieren. Wo die RAB im Rahmen ihrer Aufsichtstätigkeit auf wesentliche Mängel gestossen ist, hat sie sichergestellt, dass diese konsequent und nachhaltig beseitigt wurden. Bei schwerwiegendem Fehlverhalten hat sie angemessene Sanktionen ausgesprochen. Die Überprüfungen werden vermehrt mit in- und ausländischen Partnerbehörden koordiniert, um den Investorenschutz am Schweizer Kapitalmarkt zu stärken. Damit hat die RAB ihren Hauptauftrag erfüllt.

Im ebenfalls zentralen Bereich der internationalen Anerkennung sind durch den Abschluss von Absichtserklärungen mit drei Partnerbehörden weitere Fortschritte erzielt worden. Im Verhältnis zu den USA wurde das Gegenrecht durch eine Inspektion der RAB in den USA eingefordert. Die RAB ist in internationalen Gremien gut eingebunden und bringt die Anliegen der Schweiz aktiv ein.

Die zeitlich befristete Zulassung von Revisionsunternehmen wird auf Gesuch fristgerecht erneuert, was für den reibungslosen Ablauf der Revisionen wichtig ist.

Die finanziellen Ziele der RAB wurden erreicht, indem die finanzielle Belastung der staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen konstant gehalten wurde. Personal- und vorsorgepolitisch ist die RAB ebenfalls erfolgreich, was die tiefe Fluktuationsrate beim Personal zeigt.

Das regulatorische Umfeld der RAB bleibt weiterhin anspruchsvoll. Auf nationaler Ebene hat der Bundesrat am 28.8.2013 die Botschaft zur Bündelung der Aufsicht über Revisionsunternehmen und Prüfgesellschaften verabschiedet (BBI 2013 6857). Die bisher auf RAB und FINMA aufgeteilten Aufsichtskompetenzen werden damit unter Vorbehalt der Zustimmung durch die Eidg. Räte bei der RAB zusammengeführt. Ressourcen und Fachwissen werden konzentriert, was zu einer weiteren Professionalisierung der Aufsicht über die Revisionsbranche führen wird. Zudem lassen sich Effizienzgewinne für die Revisionsunternehmen erzielen. Die Entwicklungen auf internationaler Ebene (z.B. die Reform des Prüfwesens in der EU) werden aufmerksam verfolgt, um allfällige Auswirkungen auf die Schweiz frühzeitig zu erkennen.

Kennzahlen	2013	2012
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	5,6	5,0
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	0,0	0,0
Bilanzsumme (Mio. CHF)	6,5	5,9
Eigenkapitalquote in %	70,0	76,0
Personalbestand (Vollzeitstellen)	21	20

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Gesamtzahl Zulassungen (natürliche Personen und Revisionsunternehmen)	11 838	11 643
Anzahl staatlich beaufsichtigter Revisionsunternehmen	22	21

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Gebühren (Mio. CHF)	5,3	5,0

A. Zielerreichung 2013*

1. Strategische Schwerpunkte

• Grundsatz

Zweck und Grundauftrag der RAB ergeben sich aus dem Revisionsaufsichtsgesetz von 2005 (RAG; SR 221.302). Gestützt darauf umfassen die Hauptaufgaben der RAB die Zulassung von Personen und Unternehmen, die gesetzlich vorgeschriebene Revisionsdienstleistungen erbringen, die Beaufsichtigung der Revisionsstellen von Publikumsgesellschaften und die Abwicklung der internationalen Amtshilfe im Bereich der Revisionsaufsicht. Für die Festlegung der strategischen Ziele innerhalb dieses gesetzlichen Auftrages ist der Verwaltungsrat der RAB verantwortlich.

• Stärkung der RAB als Behörde

Die RAB ist erst seit rund sechs Jahren operativ tätig, wird aber von der Öffentlichkeit, dem Berufsstand, den Mitgliedern der Revisionsausschüsse von Publikumsgesellschaften, den Investorinnen und Investoren sowie von anderen Behörden bereits als unabhängige, professionelle und glaubwürdige Aufsichtsbehörde über die

* Strategische Ziele:

Revisionsbranche wahrgenommen. Gemäss dem Bericht des Bundesrates vom 13.12.2013 über die Regulierungskosten werden die jährlichen Regulierungskosten für das Revisionsaufsichtsrecht auf 5,8 Millionen Franken geschätzt (bei 1,6 Mrd. gesamten Regulierungskosten für Rechnungslegung und Revision). Die RAB ist bei den in die Untersuchung einbezogenen Revisionsunternehmen unbestritten. Sie wird als Folge der inhärenten Unabhängigkeitsthematik anerkannt, ebenso wie die Tatsache, dass die Aufsicht mit Kosten verbunden ist.

Durch ein bereits seit 2007 weitgehend elektronisch ablaufendes Zulassungsverfahren sparen die betroffenen Personen und Unternehmen Kosten und Zeit im Umgang mit der Behörde («E-Government»). Die angestrebte Optimierung des Kosten-/Nutzen-Verhältnisses durch eine neue IT-Plattform ist im Gange.

Zur Stärkung der externen Qualitätssicherung in Revisionsunternehmen hat der Bundesrat 2012/13 in der Vernehmlassung vorgeschlagen, die staatliche Aufsicht auf alle Revisionsunternehmen zu erweitern, die grössere Unternehmen ordentlich revidieren. Auf Grund der Ergebnisse ist der Bundesrat zum Schluss gekommen, dass sich noch keine Mehrheit für eine solche Neuausrichtung gefunden hat. In den kommenden Monaten soll zusammen mit den Berufsverbänden ein alternativer Vorschlag ausgearbeitet werden. Zu prüfen ist insbesondere die Schaffung eines sog. Peer Review-Systems.

- *Aufsicht und Standardsetting*

Im Aufsichtsbereich steht unverändert die risikoorientierte Durchsetzung der gesetzlichen und berufsständischen Vorgaben für Revisionsdienstleistungen im Fokus. Die RAB legt im Rahmen der Überprüfungen bei den 22 staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen ein besonderes Augenmerk auf die erforderliche kritische Grundhaltung und die strikte Einhaltung der Unabhängigkeitsbestimmungen.

Insgesamt wurden 2013 sechs bzw. sieben Überprüfungen bei staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen durchgeführt. Die drei grossen Revisionsunternehmen, die jeweils mehr als 50 Publikumsgesellschaften prüfen (sog. «Big-3»), werden unverändert jährlich überprüft (eine Prüfung war per 31.12.2013 weit fortgeschritten, ist mittlerweile jedoch abgeschlossen). Neben den «Big-3» wurden vier weitere staatlich beaufsichtigte Revisionsunternehmen überprüft. Im Rahmen der Überprüfungen wurden neben der Beurteilung der firmeninternen Prozesse insgesamt 16 Revisionen bei Publikumsgesellschaften (File Reviews) überprüft.

Von den 20 grössten Schweizer Publikumsgesellschaften, die im Swiss Market Index (SMI) zusammen gefasst sind, hat die RAB seit Inkrafttreten des RAG die Revisionen zu insgesamt 15 Gesellschaften überprüft. Dies entspricht einer Abdeckung von 75 Prozent bzw. von rund 60 Prozent der Marktkapitalisierung. Die Qualität

der Rechnungsprüfung bei den zwei aus globaler Sicht systemisch wichtigen Schweizer Grossbanken, UBS AG und Credit Suisse Group AG, wird seit 2013 jährlich durch die RAB beurteilt.

Dem gesättigten Revisionsmarkt mit stagnierenden Honorarvolumen begegnen die grösseren Revisionsunternehmen mit Kostensenkungsprogrammen (u.a. Auslagerung von Arbeiten ins In- oder Ausland) und mit Akquisitionen in wachstumsstärkeren Bereichen wie der Beratung. Die RAB wird wachsam bleiben müssen, um zu verhindern, dass sich dies nicht negativ auf die Qualität der Revisionsdienstleistungen auswirkt.

Die RAB hat auch 2013 national und international aktiv am Standardsetting des Berufsstandes teilgenommen und stellt mittels ihrer Eingaben sicher, dass qualitative Aspekte der Revision die notwendige Aufmerksamkeit erhalten. Die RAB setzt nur national und international anerkannte Standards durch und ist bei der Schaffung eigener Regularien weiterhin sehr zurückhaltend.

- *Recht und Internationales*

Im Bereich der internationalen Anerkennung der RAB sind 2013 weitere Fortschritte erzielt worden. Nach den Absichtserklärungen mit den Revisionsaufsichtsbehörden in den USA (PCAOB), in Deutschland und in den Niederlanden konnten im Jahr 2013 auch mit den Aufsichtsbehörden Frankreichs, Liechtensteins und Luxemburgs Verständigungen zur internationalen Zusammenarbeit erreicht werden. Das jeweils vereinbarte Prinzip der Heimatstaatenaufsicht führt im Zusammenspiel mit diesen Staaten zu erheblichen Erleichterungen für international tätige Schweizer Revisionsunternehmen. Weitere Verhandlungen werden 2014 zum Abschluss kommen.

Im Verhältnis zu den USA wurden 2013 zwei weitere Joint Inspections mit dem PCAOB in der Schweiz durchgeführt. Im Sinne des vereinbarten Gegenrechts hat die RAB umgekehrt vor Ort in den USA die Arbeiten eines US-amerikanischen Revisionsunternehmens für die Tochtergesellschaft eines Schweizer Konzerns überprüft. Die Zusammenarbeit zwischen den zwei Behörden hat sich vor diesem Hintergrund weiter positiv entwickelt. Die RAB strebt langfristig an, dass das PCAOB möglichst weitgehend auf die Arbeiten der RAB abstellt (sog. Reliance). Das Statement of Protocol mit dem PCAOB läuft nach drei Jahren im April 2014 aus. Das Board des PCAOB wird demnächst über den Grad der Reliance für mögliche künftige Überprüfungen in der Schweiz entscheiden. Die RAB wird erst nach dieser Entscheidung die Situation neu beurteilen.

2013 hat sich die RAB aktiv in die Diskussionen im Rahmen des International Forum of Independent Audit Regulators (IFIAR) und anderer internationaler Gremien eingebracht und hat dabei die Interessen der Schweiz vertreten.

- **Zulassungsregister**

Die Zulassung von Revisionsunternehmen ist im Gegensatz zur Zulassung von natürlichen Personen befristet und alle fünf Jahre zu erneuern. Da die ersten Zulassungen für Revisionsunternehmen im Jahr 2008 gewährt wurden, standen 2013 die ersten Zulassungserneuerungen an. Die Überprüfung der internen Systeme zur Qualitätssicherung stellt dabei einen Kernpunkt dar und wird risikoorientiert durchgeführt. Um Transparenz über Art und Umfang der internen und externen Qualitätssicherung von Revisionsunternehmen zu schaffen, werden die angewandten Standards zur Qualitätssicherung im öffentlichen Register der RAB publiziert. Ziel dieser Transparenz ist es unter anderem, Anreize für den Betrieb von modernen Qualitätssicherungssystemen zu schaffen.

2. Finanzielle Ziele

Die RAB finanziert sich ausschliesslich über Gebühren und Aufsichtsabgaben der zugelassenen und beaufsichtigten Personen und Revisionsunternehmen. Bundesgelder werden keine beansprucht. Das Budget von rund 5,3 Millionen Franken für das Jahr 2013 wurde insgesamt eingehalten. Die vom Gesetz verlangte Reservenbildung in der Höhe von höchstens einem Jahresbudget ist vorerst abgeschlossen (Art. 35 Abs. 3 RAG; Stand Ende 2013 gemäss Beschluss des Verwaltungsrates: 4,5 Mio.). Die finanzielle Belastung der Revisionsunternehmen ist gleichgeblieben, sodass eine verlässliche Budgetierung der Aufsichtskosten sichergestellt ist; insbesondere wurden bei der Aufsichtsabgabe grössere Schwankungen vermieden. Der Anstieg der Gebühreneinnahmen von 5 auf 5,3 Millionen Franken hängt mit der gesetzlichen Befristung der Zulassung von Revisionsunternehmen auf fünf Jahre zusammen. Da 2008 eine grössere Anzahl von Revisionsunternehmen zugelassen wurde, kam es 2013 zu entsprechende Zulassungserneuerungen und damit verbundenen Gebühren. Letztere werden allerdings transitorisch gebucht und der Zulassungsdauer entsprechend auf fünf Jahre verteilt.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Die RAB ist auf dem Markt weiterhin ein attraktiver Arbeitgeber für Spezialistinnen und Spezialisten der Wirtschaftsprüfung, Rechnungslegung und Aufsicht über den Finanzmarkt. Dies gilt auch für die vorsorgepolitische Seite der Anstellungsverhältnisse.

Der Personalbestand von 21 Vollzeitstellen bewegt sich am unteren Ende der Zielgrösse von 20 bis 25 Vollzeitstellen. Die Fluktuationsrate hat 2013 bei 27 Mitarbeitenden 3,7 Prozent betragen. In Übereinstimmung mit dem Zulassungszyklus für Revisionsunternehmen (alle 5 Jahre) wird es insbesondere im Jahr 2014 auf Grund der zu erwartenden Welle von Erneuerungsgesuchen zu einem höheren Personalbestand kommen.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die RAB ist an keinen Kooperationen beteiligt und hält keine Beteiligungen an anderen Rechtsträgern.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hält in ihrem Bericht vom 24.02.2014 fest, dass sie auf keine Sachverhalte gestossen ist, aus denen sie schliessen müsste, dass die Jahresrechnung nicht Gesetz und Verordnung entspricht. Das Testat wurde ohne Einschränkungen oder Hinweise erteilt.

C. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat den Tätigkeitsbericht (einschliesslich Jahresrechnung) sowie den Bericht der Revisionsstelle zur Kenntnis genommen.

Eidgenössisches Hochschul- institut für Berufsbildung EHB

Internet: www.ehb-schweiz.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

EHB-Rat: Dr. Philippe Gnaegi (Präsident), Vincenzo Nembrini (Vizepräsident), Dr. Madeleine Salzmänn, Karl Zimmermann, Prof. Dr. Winfried Kronig, Angelika Locher Schmid, Claudia Sassi, Claude-Alain Vuille, Hanspeter Hauenstein

Direktorin: Dr. Dalia Schipper

Externe Revisionsstelle: BDO AG, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2013 in Kürze

Der Bundesrat stellt fest, dass das EHB die Umsetzung der strategischen Ziele 2013-2016 angegangen ist und die Arbeiten gut voranschreiten.

Die Aktivitäten in den Sparten Ausbildung, Weiterbildung, Forschung und Entwicklung, Berufsentwicklung wurden konsequent auf die strategischen Ziele ausgerichtet. Zudem wurde an programmatischen Schwerpunkten wie Kompetenzorientierung und Innovation auch spartenübergreifend gearbeitet.

Aufgabenbezogene und unternehmensbezogene Ziele: Es wurde eine Bestandesaufnahme erstellt betreffend Themenfelder, in denen neue Herausforderungen für die Berufsbildung erwartet werden. Diese soll als Grundlage für ein Gesamtkonzept dienen, welches die einzelnen Angebote und Projekte systematisch verknüpft.

Finanzielle Ziele: Das EHB konnte ein positives Ergebnis erzielen. Die Jahresrechnung schliesst bei einem Gesamtaufwand von 41 Millionen Franken mit einem Gewinn von 3 Millionen ab.

Personal- und vorsorgepolitische Ziele: Das EHB nimmt seine Verantwortung in diesen Bereichen wahr. Im Berichtsjahr schuf es zwei zusätzliche Lehrstellen und leitete den Zertifizierungsprozess zur Erlangung des Prädikats «Familie und Beruf» ein.

Kooperationen: Dank Kontakten auf Ebene Bildungsdirektorinnen und -direktoren konnte Bewegung in den von Konkurrenz geprägten Bildungsmarkt Berufspädagogik gebracht werden.

Mit mittelfristiger Perspektive und Blick auf die Leistungsperiode 2017-2020 haben sich die Führungsgremien des EHB intensiv mit der Strategie EHB 2022 befasst. Basierend auf einer systematischen Analyse aus dem Vorjahr und der Auseinandersetzung mit möglichen Entwicklungsszenarien für die nächsten fünf bis zehn Jahre, konnte der EHB-Rat im Juni 2013 die strategische Stossrichtung EHB 2022 verabschieden. Diese soll die Zielerreichung wesentlich unterstützen.

Der Bundesrat erwartet, dass das EHB die Qualität der Ausbildung weiter steigert und seine Tätigkeit noch vermehrt aus Drittmitteln finanziert.

Kennzahlen	2013	2012
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	43,9	39,1
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	3,0	-1,0
Bilanzsumme (Mio. CHF)	9,0	6,7
Eigenkapitalquote in %	46.6	18,1
Personalbestand (Vollzeitstellen)	167	167

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Abschlüsse: Diplome	257	200
Abschlüsse: Zertifikate	677	555
Abschlüsse Zusatzausbildungen (CAS/DAS)	283	305
Projekte Berufsentwicklung	166	163
Forschungsprojekte	31	38

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	38,1	33,1
Gebühren (Mio. CHF)	5,8	6,0

A. Zielerreichung 2013*

1. Strategische Schwerpunkte

Das EHB greift im Rahmen seines Auftrages die Problemstellungen und Strömungen auf dem Bildungs- und Arbeitsmarkt frühzeitig auf und trägt mit innovativen Lösungsvorschlägen zur Weiterentwicklung der Berufsbildung bei.

Gut vermittelbare Einsichten und umsetzbare Handlungsvorschläge sind Ausgangspunkt und Ziel der Innovationen am EHB. Im Zentrum steht der kontinuierliche Aufbau von Expertise im Bereich der Berufsbildungspraxis, welcher auf einer engen Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden und der wissenschaftlichen Forschung basiert. Einer der Schwerpunkte bildete die Auseinandersetzung mit den spezifischen Anforderungen, welche die unterschiedlichen Lernorte an die Berufsbildungsverantwortlichen stellen. Entsprechende Studienergebnisse führten zu Anpassungen in den Aus- und Weiterbil-

dungsangeboten. Zudem formulierte das EHB in Zusammenarbeit mit Dritten Vorschläge zur Optimierung der Qualifikationsverfahren. Diese sehen eine konsequente Kompetenzorientierung vor und ermöglichen eine deutliche Reduktion der Anzahl heute angewandter Qualifikationsverfahren.

Das EHB arbeitet im Rahmen der verfügbaren Ressourcen aktiv mit den Verbundpartnern zusammen und entspricht mit seinen Leistungen deren Bedürfnissen.

Das EHB wirkt in schweizerischen und regionalen Konferenzen und Fachgremien mit. Wichtige Plattformen sind die regelmässig einberufenen Roundtables und die Treffen der konsultativen Kommission des Regionalinstitutes Lausanne, an denen Weichenstellungen von grosser Tragweite und aktuelle Fragen mit den Verbundpartnern behandelt werden. Mit der Organisation der Arbeitswelt im Gesundheitswesen (OdA Santé) hat sich eine erfreuliche Zusammenarbeit in der Aus- und Weiterbildung sowie der Forschung entwickelt. In acht Projekten im Bereich Forschung und Entwicklung partizipieren die Verbundpartner.

Das EHB nimmt als Expertenorganisation für die Berufsbildung seine Rolle als kompetenter und verlässlicher Ansprechpartner für die Verbundpartner wahr, arbeitet mit der Arbeitswelt eng zusammen, stellt die Verankerung in der Berufsbildungspraxis sicher und profiliert sich noch stärker in der Berufsbildungslandschaft.

In allen Regionen engagierten sich die Mitarbeitenden in der Aus- und Weiterbildung, wirkten mit an Tagungen und Arbeitsgruppen oder arbeiteten als Autorinnen und Autoren an Publikationen. Insbesondere an folgenden Tagungen konnte das EHB seine Expertise einem breiten Publikum zeigen: Sommercampus Deutschschweiz, internationaler Berufsbildungsforschungskongress in Zollikofen, Tagung «Anerkennung und Validierung von Bildungsleistungen», Tagung für Kleinberufe und Aktionstag zum Ausgleich der Nachteile bei der Berufsbildung.

Das EHB entwickelt und vermittelt praxisverankerte und wissenschaftsbasierte Erkenntnisse. Es qualifiziert in der Berufsbildung Tätige inhaltlich und didaktisch zweckmässig und bereitet sie auf ihre Aufgaben vor.

Die Ergebnisse der Studierendenbefragungen in der Ausbildung fielen im Grossen und Ganzen positiv aus. Sie ergaben, verglichen mit den Vorjahresergebnissen, ein stabiles bis leicht besseres Gesamtbild. Positiv haben sich die Bestrebungen ausgewirkt, die Berufspraxis und die Ausbildung besser miteinander zu verknüpfen.

Die Studierendenzahlen in der Ausbildung erweisen sich als weitgehend stabil. Zusätzliche Studierendengruppen in der Deutschschweiz und im Tessin waren verantwortlich für einen merklichen Zuwachs in den Kursen für nebenamtliche Berufsbildnerinnen und Berufsbildner in überbetrieblichen Kursen. Die Aufnahmezahlen für den

Master of Science (MSc) in Berufsbildung bewegen sich im Rahmen der Vorjahre.

Bei den Kursen für Prüfungsexpertinnen und -experten ist, bedingt durch das Auslaufen der Berufsreformen, ein Rückgang um rund 10 Prozent zu verzeichnen.

Das EHB unterstützt die Verbundpartner bei der Weiterentwicklung der Berufe kompetent. Es stellt eine gesamtschweizerisch harmonisierte und sprachregional verträgliche Implementierung von Reformen und Revisionen in der Berufsbildung sicher.

Im Jahr 2013 verzeichnete das EHB einen starken Rückgang bei der Begleitung von Berufsreformen auf Stufe berufliche Grundbildung. Dies ist zurückzuführen auf das Ende des Reformschubes, der durch das Berufsbildungsbildungsgesetz im Jahr 2004 ausgelöst worden war. Um für die regelmässig wiederkehrenden Anpassungen gewappnet zu sein, hat das EHB ein neues Angebot zur Analyse von Bildungsplänen und Bildungsverordnungen entwickelt.

Zunehmende Bedeutung erlangen Kontakte auf internationaler Ebene. Das EHB empfing 23 ausländische Delegationen. Zudem bildete es sowohl für Gabun als auch in Luxemburg und in der Slowakei Berufsbildungsverantwortliche nach den schweizerischen Grundsätzen der kompetenzorientierten Curricula aus.

Das EHB schafft evidenzbasierte Grundlagen und stellt diese den Akteurinnen und Akteuren der Berufsbildung für die Steuerung und Weiterentwicklung des Systems zur Verfügung. Es positioniert sich mit seinen forschungsbasierten Leistungen und dem Studiengang MSc in Berufsbildung in der Hochschullandschaft.

Bei einem Personalbestand von rund 30 Vollzeitstellen waren die Forschenden mit je 90 Präsentationen an wissenschaftlichen Kongressen und Publikationen besonders produktiv. Zur Positionierung im Hochschulbereich haben unter anderem auch beigetragen:

- Der internationale Berufsbildungsforschungskongress mit 140 Teilnehmenden aus 12 Staaten.
- Die Publikation eines ersten Bandes der neuen wissenschaftlichen Reihe des EHB «Beiträge zur Berufsbildungsforschung».
- Der Zuschlag im kompetitiven Forschungswettbewerb für das Projekt «Dual-T: Technologien für die Berufsbildung (Phase 3)», zusammen mit der EPFL und der Universität Fribourg.

Das EHB reagiert mit seiner Forschung auf gesellschaftliche Veränderungen und neue Herausforderungen in der Berufsbildung und der Arbeitswelt, namentlich in sechs spezifischen Themenfeldern (Lernorte und Lehr-/Lernformen, Sprachkompetenzen, Prüfen und Bewerten, Heterogenität, Höhere Berufsbildung und Fachkräftemangel).

In einer umfassenden, vorerst quantitativen Bestandesaufnahme ermittelte das EHB alle Angebote, Aktivitäten und Projekte in den sechs Themenfeldern. Diese werden schon heute im Unterricht und in Entwicklungs- und Forschungsprojekten regelmässig aufgegriffen. Ein Gesamtkonzept liegt aber noch nicht vor. Die Bestrebungen beziehen sich auf einzelne Angebote und Projekte und sind nicht systematisch vernetzt.

Das EHB implementiert ein effizientes und effektives Qualitätsmanagementsystem.

Das Qualitätshandbuch wird weitergeführt, die strategischen Weichenstellungen darin berücksichtigt, die Evaluationsresultate aus den Zufriedenheitsbefragungen von Mitarbeitenden sowie Kundinnen und Kunden eingebaut und Impulse aus den gegenwärtig diskutierten Akkreditierungsrichtlinien gemäss dem Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) aufgenommen.

Die Arbeiten zur Erlangung des Qualitätslabels «Anerkennung für Excellence (R4E)» wurden aufgeschoben, bis das umfassende Organisationsentwicklungsprojekt weiter fortgeschritten sein wird (z.B. Prozessbeschreibungen).

Das EHB betreibt Nachwuchsförderung für die Berufsbildungsforschung.

Am EHB wurden fünf Dissertationsprojekte betreut. Zusätzlich beschäftigte das EHB vier Junior Researcher.

2. Finanzielle Ziele

Das EHB wird nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführt und setzt seine Ressourcen wirtschaftlich, effizient und effektiv ein. Es finanziert seine Tätigkeiten aus den gesetzlich vorgesehenen Finanzierungsquellen und erzielt über die Geltungsdauer der strategischen Ziele mindestens ein ausgeglichenes Ergebnis. Es erreicht bis 2016 einen Selbstfinanzierungsgrad von 20 Prozent.

Die Jahresrechnung 2013 schloss mit einem Überschuss von 3,0 Millionen Franken ab. Die Einnahmen aus Studiengebühren stiegen um knapp 4 Prozent, während diejenigen für Dienstleistungen und Forschungsprojekte um rund 12 Prozent sanken. Der Rechnungsüberschuss entstand insbesondere, weil verschiedene Projekte aufgrund von Verzögerungen bei den Vorarbeiten zur Strategie EHB 2022 verschoben werden mussten.

Der Selbstfinanzierungsgrad ist gegenüber dem Vorjahr von 15,3 auf 13,2 Prozent gesunken, was auf den gestiegenen Bundesbeitrag (15 %) zurückzuführen ist. Der Bundesrat erwartet, dass das EHB die nötigen Massnahmen einleitet, um seinen Selbstfinanzierungsgrad zu erhöhen.

Das EHB überprüft regelmässig die Risikoanalyse, -kontrolle und -steuerung und entwickelt sie bei nachgewiesenem Bedarf weiter.

Der EHB-Rat erhält jährlich eine Risikoübersicht. Gestützt darauf werden die wichtigsten Risiken systematisch analysiert und mit den nötigen Massnahmen flankiert. Der EHB-Rat diskutiert mindestens einmal jährlich das Risikoumfeld und die diesbezüglichen Gefahren für das EHB.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Das EHB betreibt eine vorausschauende, sozialverträgliche Personalpolitik. Es pflegt eine wertschätzende, leistungsorientierte und vertrauensbildende Führungspraxis und führt regelmässig Personalbefragungen durch. Es engagiert sich für die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.

Gegenüber dem Vorjahr gab es keine Veränderungen beim Personalbestand. Der aus der Mitarbeitendenbefragung im Jahr 2012 abgeleitete Massnahmenkatalog wurde so weit wie möglich umgesetzt. Im Rahmen der Arbeiten an einem Führungshandbuch nahm das EHB die Überarbeitung der Prozesse zu Mitarbeitendengesprächen und Personalbeurteilung auf. Für das Personal von grosser Bedeutung ist die Totalrevision des EHB-Personalreglements. Zielsetzungen sind, die Arbeitsverhältnisse dort zu flexibilisieren, wo es für den Hochschulbetrieb erforderlich ist, den hohen Standard der Arbeitsbedingungen beizubehalten und die Mitwirkung neu zu regeln. Der Zertifizierungsprozess zur Erlangung des Prädikates «Familie UND Beruf» wurde eingeleitet.

Das EHB hält den Anteil an Lernenden von mindestens 5 Prozent des Personalbestandes.

Die Gesamtzahl der Lernenden wurde auf 13 erhöht. Das entspricht einem Anteil von 6 Prozent am Personalbestand.

Das EHB orientiert sich beim Leistungsniveau der Vorsorgepläne an jenem der Bundesverwaltung und verteilt die Lasten angemessen.

Das EHB achtet auf eine angemessene Verteilung der Lasten und beachtet die gesetzlichen Vorgaben.

4. Kooperationen

Das EHB intensiviert die Zusammenarbeit mit anderen Anbietern von Ausbildungen für Berufsbildungsverantwortliche. Es nutzt Synergien in der Forschung und fördert den Dialog mit anderen Hochschulen.

Der EHB-Rat strebt im Hinblick auf neue Kooperationsmodelle aktiv eine Zusammenarbeit mit den Kantonen und den Pädagogischen Hochschulen an. Es wurden Kontakte auf Ebene Bildungsdirektionen geknüpft. Die Gespräche verliefen vielversprechend.

Weiterhin Zuwachs verzeichnen Zusatzqualifikationen für Berufsmaturitätsunterricht im Rahmen der Ausbildung von Gymnasiallehrkräften, die in Kooperation mit vier Pädagogischen Hochschulen und der Universität Fribourg angeboten werden. Eine weitere Kooperation besteht mit der Eidgenössischen Hochschule für Sport.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hat die Jahresrechnung 2013 des EHB geprüft und diese mit Bericht vom 18.2.2014 für ordnungsgemäss befunden. Die Revisionsstelle empfiehlt, die Jahresrechnung zu genehmigen.

C. Anträge an den Bundesrat

Das WBF legte dem Bundesrat den Geschäftsbericht 2013 einschliesslich Jahresrechnung zur Genehmigung und den Bericht der Revisionsstelle vom 18.2.2014 zur Kenntnisnahme vor.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht 2013 am 9.4.2014 genehmigt und den Mitgliedern des EHB-Rates Entlastung erteilt.

SIFEM AG

Internet: www.sifem.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 100 %

Verwaltungsrat: Jean-Daniel Gerber (Präsident), Michel Juvet (Vizepräsident), Julia Balandina Jaquier, Hugo Fasel, Susanne Grossmann, Iain Tulloch, Ivo Germann (Bundesvertreter)

Geschäftsführerin: Obviam DFI AG, Bern

Externe Revisionsstelle: BDO AG, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2013 in Kürze

Die erste Zielperiode seit der Gründung der SIFEM AG als schweizerische Entwicklungsfinanzierungsgesellschaft ging 2013 zu Ende. Während der Aufbauphase wurde die entwicklungspolitische Relevanz der SIFEM AG unter Beweis gestellt – sie hat sämtliche Entwicklungsziele erreicht oder übertroffen. Durch die Bereitstellung von Risikokapital für KMU und schnell wachsende Unternehmen in Entwicklungsländern hat sie bereits zur Sicherung und Schaffung von über 250'000 Arbeitsplätzen beigetragen. Die SIFEM AG etabliert sich damit als wichtiger Pfeiler der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit.

Sie trägt dabei allerdings auch finanzielle Risiken. So schwankt während der Investitionsdauer die Bewertung ihrer Beteiligungen stark. Dies kann dazu führen, dass sie insbesondere in konjunkturell schwachen Jahren Verluste erleidet. Seit der Finanz- und Verschuldungskrise ist das wirtschaftliche Umfeld in den Zielländern äusserst herausfordernd geblieben. Nach einer leichten Erholung im Jahr 2012 haben Investoren den aufstrebenden Ländern im Berichtsjahr wieder den Rücken gekehrt. Dies führte zu einem massiven Kapitalabfluss, der auch die Währungen in diesen Märkten unter Druck setzte.

Bewertungsänderungen (Buchverluste) und sinkende Rückflüsse haben zu einer negativen Performance des Investitionsportefeuilles (CHF 9,6 Mio.) geführt. Nach Abzug der Managementkosten resultierte ein operativer Verlust von 13,5 Millionen Franken und – primär bedingt durch Währungsbuchverluste (13,3 Mio.) auf dem Bundesdarlehen – ein Reinverlust von 29,9 Millionen.

Über die gesamte Laufzeit der einzelnen Investitionen hinweg betrachtet verzeichnet die SIFEM AG eine solide Rendite (Internal Rate of Return) von 8,7 Prozent. Der Bundesrat erwartet, dass sich die Finanzergebnisse mittelfristig deutlich verbessern werden.

Kennzahlen	2013	2012
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	–	–
Reinverlust (Mio. CHF)	-29,9	-17,2
Bilanzsumme (Mio. CHF)	483,2	509,5
Eigenkapitalquote in %	23,8	28,4
Personalbestand (Vollzeitstellen)	0,2	0,2

Unternehmensspezifische Kennzahlen¹

Rendite im mehrjährigen Durchschnitt - Internal Rate of Return (%)	8,71	9,81 ²
Wertmultiplikator - Total Value over Paid-in (%)	139	145 ²
Neue Investitionsverpflichtungen (Mio. USD)	48,2	29,0
Rückflüsse aus Investitionen (Mio. USD)	30,6	47,9
Gesamt volumen Investitionsverpflichtungen (Mio. USD) - Total Active Commitments	502,8	471,0 ²
Einbezahlte Investitionen (zu Marktwerten, Mio. USD) - Residual Value	255,6	259,6 ²

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Gebühren (Mio. CHF)	0	0
Erhöhung Bundesdarlehen (Mio. CHF)	0	29,7

¹ In Absprache mit der Eidg. Finanzverwaltung verwendet die SIFEM AG den USD als Basis für die Messung ihrer Investitionsleistung

² Gemäss einer Empfehlung der Eidg. Finanzkontrolle wurde die Berechnungsmethode angepasst. Dies hat zur Folge, dass die Werte für 2012 leicht von denjenigen aus der letztjährigen Berichterstattung abweichen.

A. Zielerreichung 2013*

1. Strategische Schwerpunkte

Die strategischen Ziele bis Ende 2013 formulieren die Erwartungen des Bundesrats an die SIFEM AG. Demnach soll sie mittels Aktienbeteiligungen (Risikokapital) oder Darlehen vorwiegend in lokale oder regionale Fonds und Finanzintermediäre zugunsten von KMU, schnell wachsenden Unternehmen und Infrastrukturge-

sellschaften in Entwicklungs- und Schwellenländern investieren. Dadurch verschafft die SIFEM AG diesen Unternehmen Zugang zu langfristiger Finanzierung und Know-how und trägt zum nachhaltigen Wachstum dieser Firmen, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zum Abbau von Armut in Entwicklungs- und Schwellenländern bei.

Der vorliegende Bericht orientiert sich an dem im Anhang zu den strategischen Zielen formulierten Jahreszielkatalog und den mittelfristigen Vorgaben.

(1) Entwicklungspolitische Ziele

- *Insgesamt positive Entwicklungswirkung*

Die SIFEM AG verwendet hierzu ein unter den internationalen Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen anerkanntes Messverfahren. Grossmehrheitlich (zu 92 %) wird den ex-post beurteilten Investitionen eine „gute“ oder „sehr gute“ Entwicklungswirkung attestiert. Damit ist der Zielwert (60 %) übertroffen. Die wesentlichen Elemente der Entwicklungswirkung sind die Beschaffung von Arbeitsplätzen (vgl. unten), die Schaffung und Stärkung von Risikokapitalmärkten für KMU und schnell wachsende Firmen, die Verbesserung der Betriebsführung der Portefeuille-Unternehmen und deren Zugang zu Fremdkapital sowie ein höheres Steueraufkommen an den Investitionsstandorten.

- *Beschäftigungswirkung*

Trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds verzeichnen 71 Prozent der Portefeuille-Unternehmen ein Stellenwachstum. Im Durchschnitt trug die SIFEM AG pro Jahr zur Schaffung von über 10 800 neuen Stellen bei. Der Zuwachs liegt durchschnittlich im zweistelligen Prozentbereich (15-18 %). Damit sind die Zielwerte (Nettozuwachs der Arbeitsstellen) übertroffen. Insgesamt beschäftigen die von der SIFEM AG und anderen Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen unterstützten Portefeuille-Unternehmen über 250'000 Angestellte in den Zielländern.

- *Mobilisierung von privatem Kapital*

Die SIFEM AG strebt eine Maximierung von privaten Investitionen in die Zielländer und an die begünstigten Unternehmen an. Wenn immer möglich, teilt sie deshalb die politischen und kommerziellen Risiken, wie auch die Rückflüsse aus den Investitionen mit privaten Investoren. Im Durchschnitt mobilisierte jeder während der Zielperiode durch die SIFEM AG investierte Franken private Investitionen im Umfang von 4,1 Franken. Je nach wirtschaftlichem Umfeld und Investitionstyp variiert dieser Wert stark. Bei 70 Prozent der während der Zielperiode getätigten Investitionen ist das Verhältnis von privaten Investitionen zu den von der SIFEM AG eingesetzten Mitteln grösser als zwei. Damit ist der Zielwert (ein Verhältnis von mindestens 1 zu 2 bei rund 50 Prozent der Fondsinvestitionen) übertroffen.

- *Soziale und ökologische Nachhaltigkeit der Investitionen*

Sämtliche Portfolio-Unternehmen haben sich verpflichtet, die von der SIFEM AG vorgegebenen Umwelt- und Sozialstandards einzuhalten. In enger Koordination mit externen Prüfern und den lokalen Partnern, sowie anlässlich von Firmenbesuchen überprüft die Geschäftsführerin Obviam, welche das Portefeuille betreut, in regelmässigen Abständen die Einhaltung der vorgeschriebenen Standards. Das Investitionsteam von Obviam bildet sich zu diesem Zweck ständig weiter. So besuchte das gesamte Investitionsteam im vergangenen Jahr eine Schulung zu diesem Thema.

(2) Unternehmensbezogene Ziele

- *Angemessenes Risikomanagement*

Das Risikomanagementsystem erfüllt die Vorgaben des Obligationenrechts und wurde vom Revisor als angemessen beurteilt. Zugleich wurde das System über die Zielperiode ausgebaut, damit die Entwicklung der Risikostruktur des Portefeuilles über Zeit besser verfolgt werden kann.

Rund 45 Prozent der Investitionsprojekte der SIFEM AG sind aktuell als überdurchschnittlich riskant eingestuft. Dies entspricht der Investitionsstrategie und dem Geschäftsmodell der SIFEM AG.

- *Verhältnismässiger Betriebsaufwand*

Die Betriebskosten der SIFEM AG und der Obviam beliefen sich 2013 auf 3,9 Millionen Franken. Dies entspricht 0,87 Prozent der aktiven Investitionsverpflichtungen³ der SIFEM AG und ist deutlich weniger als das vom Bundesrat festgesetzte Verwaltungskostendach von 1,5 Prozent.

2. Finanzielle Ziele

- *Betriebsergebnis*

Seit der Finanz- und Schuldenkrise ist das wirtschaftliche Umfeld in den Zielländern äusserst herausfordernd geblieben. Nach einer leichten Erholung im 2012 haben Investoren den aufstrebenden Ländern im 2013 wieder den Rücken gekehrt. Dies führte gemäss dem internationalen Währungsfonds zu einem massiven Kapitalabfluss (speziell im Monat Juni), der auch die Währungen in diesen Märkten unter Druck setzte⁴.

Die resultierenden Bewertungsänderungen haben sich in den Büchern der SIFEM AG niedergeschlagen. Aufgrund dieser Buchverluste ist es der SIFEM AG nicht gelungen,

³ D.h. die einbezahlten und noch nicht einbezahlten Engagements minus die beendeten Verpflichtungen. Aufgrund einer von der Eidg. Finanzkontrolle (EFK) verlangten Umstellung der Berechnungsmethode überstiegen die Vorjahreszahlen die effektiven Ausgaben bzw. liegt der Wert für 2013 einmalig unter den effektiven Ausgaben. Die effektive Ausgabenquote belief sich für 2013 auf 1.07 Prozent und für 2012 auf 1.19 Prozent.

⁴ <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2013/02/pdf/c1.pdf>

2013 ein positives Betriebsergebnis auszuweisen. Es resultierte ein operativer Verlust von 13,5 Millionen Franken und – bedingt durch Währungsverluste – ein Reinverlust von 29,9 Millionen Franken.

Während die IFRS-Buchhaltung Marktschwankungen direkt übernimmt, wird das Investitionsportfolio im Abschluss nach Obligationenrecht (OR) weit unter dem Marktwert gehalten. Dadurch wird die genaue Messung der Resultate aus der Investitionstätigkeit verunmöglicht, aber die Volatilität der Jahresergebnisse zu einem gewissen Mass eingeschränkt. In der OR-Jahresrechnung verbuchte die SIFEM AG im Jahr 2013 dementsprechend einen Verlust von 17,9 Millionen Franken. Da für statutarische Zwecke die Geschäftszahlen gemäss OR zu verwenden sind, beruhen die in Ziffer C dargestellten Anträge an die Generalversammlung auf der OR-Jahresrechnung.

Als Entwicklungsfinanzierungsgesellschaft ist die SIFEM AG mandatiert, Kapital für KMU und schnell wachsende Unternehmen in Entwicklungsländern bereitzustellen. Damit geht sie Risiken ein, welche nur wenige private Investoren zu tragen bereit sind. Ihre Beteiligungen können typischerweise erst veräussert werden, wenn die Portfoliofirmen sich entwickelt haben und genügend gewachsen sind. Das dauert in der Regel 5-7 Jahre, teilweise aber auch länger. Während dieser Zeit schwankt die Marktbewertung ihrer Beteiligungen stark. Die Bewertungsverluste von konjunkturell schwachen Jahren sollten in starken Jahren kompensiert werden können. Von Bedeutung ist der langjährige Durchschnitt.

Die beiden für Investitionsgesellschaften wie die SIFEM AG anerkanntesten langfristigen Kennzahlen sind die Rendite im mehrjährigen Durchschnitt (Internal Rate of Return) und der Wertmultiplikator (Total Value over Paid-In). Trotz des bereits seit mehreren Jahren schwächelnden Umfeldes steht die SIFEM AG mit einer Rendite von 8,7 Prozent und einem Wertmultiplikator von 1,4 im Vergleich mit in ähnlichen Märkten tätigen Investoren gut da. Der Bundesrat erwartet, dass sich die Finanzergebnisse mittelfristig wieder deutlich verbessern werden. Dementsprechend wurde für die nächste strategische Zielperiode ein Schwerpunkt auf die finanziellen Vorgaben gelegt.

- *Jährliche Rückflüsse aus der Veräusserung von Investitionen finanzieren mindestens 25 Millionen Franken an neuen Investitionen sowie die jährlichen Betriebskosten der SIFEM AG*

Die Investitionen der SIFEM AG generieren finanzielle Rückflüsse, welche in neue Projekte reinvestiert werden können. Dies steht im Gegensatz zu den anderen Instrumenten der Entwicklungszusammenarbeit, welche typischerweise keine Rückflüsse erwirtschaften.

Der Zielwert wurde 2013 mit 27,2 Millionen Franken (USD 30,6 Mio.) knapp verfehlt. Obwohl die Rückflüsse im Nachgang zur Finanz- und Verschuldungskrise wie-

der merklich angestiegen sind und 2012 einen Höchstwert von 43,7 Millionen Franken (USD 47,9 Mio.) erreichten, wurde das Ziel auch über die gesamte Zielperiode knapp verfehlt. Die Rückflüsse lagen in einem gleitenden Dreijahres-Durchschnitt bei 26,8 Millionen Franken. Damit konnten zwar wie vorgesehen neue Investitionen im Umfang von 25 Millionen Franken finanziert werden, jedoch deckten die Rückflüsse nur einen Teil der jährlichen Betriebskosten von jährlich ca. 3 Millionen Franken.

- *Finanzielle Zusagen für neue Investitionen von mindestens 25 Millionen Franken pro Jahr*

Diese Vorgabe wurde im Berichtsjahr mit 42,9 Millionen Franken (USD 48,2 Mio.) erfüllt. Auch über die gesamte Zielperiode wurde dieses Ziel mit einem Durchschnittswert von 36,6 Millionen Franken (USD 41,2 Mio.) erfüllt.

Bei den 2013 erfolgten Zusagen handelt sich um Investitionen in Risikokapitalfonds für KMU und schnell wachsende Unternehmen in Indonesien, Nord- und Südafrika, um zwei Projekte im Bereich erneuerbare Energien sowie um ein Mikrofinanzprogramm in Latein-amerika.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Abgesehen von den in den Organen der SIFEM AG tätigen Personen der SIFEM AG (Verwaltungsrat), beschäftigt die SIFEM AG lediglich eine teilzeitlich angestellte Verwaltungsratssekretärin.

Der Verwaltungsrat hat die Geschäftsführung der SIFEM AG mit Zustimmung des Bundesrats an die Firma Obviamit Geschäftsstelle in Bern ausgelagert.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die BDO AG, Zürich hat die Jahresrechnung der SIFEM AG per 31.12.2013 geprüft. Die Revisionsstelle bestätigt, dass die Rechnungslegungsnormen eingehalten wurden. Der Jahresabschluss vermittelt gemäss den angewandten Grundsätzen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Gemäss Beurteilung der BDO AG entsprechen die Jahreszahlen 2013 den gesetzlichen Vorschriften und den Statuten der Gesellschaft.

Die Revisionsstelle bestätigt, dass ein ordnungsgemässes Internes Kontrollsystem existiert und der Verwaltungsrat periodische Risikobewertungen durchführt und dabei alle Ergebnisse berücksichtigt, um sicherzustellen, dass das Auftreten einer wesentlichen Falschdarstellung in der Jahresrechnung als klein eingestuft werden kann.

Die Revisionsstelle empfiehlt die Jahresrechnung zur Genehmigung.

C. Anträge an die Generalversammlung

Die ordentliche Generalversammlung findet am 1. Mai 2014 statt. Der Verwaltungsrat stellt die folgenden An-

träge (gemäss den Statuten der SIFEM AG beziehen sich die Anträge auf den Abschluss nach obligationenrechtlichen Vorgaben):

- Kenntnisnahme des Berichts der Revisionsstelle;
- Genehmigung Jahresbericht und Jahresrechnung 2013;
- Übertragung des gesamten Jahresverlusts von 17,9 Millionen Franken auf die neue Rechnung;
- Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrats für das Geschäftsjahr 2013;
- Wahl von sieben VR-Mitgliedern des Verwaltungsrats für die Amtsperiode 2014-2017;
- Wiederwahl der Revisionsstelle BDO AG, Zürich, für das Geschäftsjahr 2014.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 9.4.2014 das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrats an die Generalversammlung der SIFEM AG zuzustimmen.

identitas AG

Internet: www.identitas.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 51 %

Verwaltungsrat: Markus Zemp (Präsident), Josef Dähler (Vizepräsident), Peter Bosshard, Rolf Büttiker, Julika Fitzi-Rathgen, Peter Hinder, Meinrad Pfister, Hans Wyss (BLV, Bundesvertreter)

Geschäftsführer: Christian Beglinger

Ext. Revisionsstelle: Gfeller + Partner AG, Langenthal

Würdigung der Ergebnisse 2013 in Kürze

Die identitas AG konnte im Jahr 2013 den Betrieb der Tierverskehrsdatenbank (TVD) in zufriedenstellender Art und Weise erfüllen.

Die finanziellen Ziele wurden erreicht. Die Betriebskosten der TVD sanken 2013 im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 Mio. Franken und lagen bei 9,5 Mio. Erstmals überstiegen die Einnahmen aus den Gebühren die Ausgaben für den Betrieb der TVD.

Die personalpolitischen Erwartungen wurden erfüllt. Mit einem internen Talentförderungsprogramm bietet die identitas AG einem begrenzten Kreis von Mitarbeitenden die Möglichkeit zur Anwendung von Instrumenten der Laufbahnplanung. Weiter sind drei Informatik-Lernende in Ausbildung.

Ende 2013 hat die Schweizerische Eidgenossenschaft mit der identitas AG einen neuen Dienstleistungsvertrag für den Betrieb, die Wartung und die Weiterentwicklung der Tierverskehrsdatenbank (TVD) und der damit verbundenen Systeme und Applikationen für die Jahre 2014-18 abgeschlossen.

Die Rolle der Schweizerischen Eidgenossenschaft als Hauptaktionärin der identitas AG wird zur Zeit geprüft. Mit Blick auf die künftige unternehmerische Flexibilität der identitas AG klären Verwaltungsrat und Mehrheitsaktionär (51 %) ab, unter welchen Voraussetzungen der Bund seine Aktien verkaufen und sich aus dem Verwaltungsrat zurückziehen kann. Damit würde auch dem parlamentarischen Willen, wonach die Mehrheitsbeteiligung des Bundes nur vorübergehender Natur sein sollte, Rechnung getragen.

Kennzahlen	2013	2012
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF) ¹⁾	11,8	13,2
Reingewinn (Mio. CHF)	0,3	0,1
Bilanzsumme (Mio. CHF) ²⁾	22,6	18,8
Eigenkapitalquote in %	11,7	12,5
Personalbestand (Vollzeitstellen) ³⁾	59,9	66,1

Unternehmensspezifische Kennzahlen

Umsatz pro FTE (CHF)	197 692	199 148
Ergebnis pro FTE (CHF)	4 910	1 681
Rentabilität des Eigenkapitals in %	11,2	4,7

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen ⁴⁾

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	-0,8	0,7
Gebühren (Mio. CHF)	10,3	9,0

¹⁾ Der Umsatzrückgang ist v.a. darauf zurückzuführen, dass die teureren Gewebeprobeohrmarken für das Ausrottungsprogramm gegen die Bovine Virus-Diarrhoe (BVD) nicht mehr benötigt werden.

²⁾ In der Bilanz werden treuhänderische Forderungen und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit dem Dienstleistungsvertrag mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft ausgewiesen. Saldiert gleichen sich diese Werte aus, führen aber aufgrund der Bruttodarstellung zu einer höheren Bilanzsumme.

³⁾ Jahresdurchschnitt. 58,3 Vollzeitstellen am 31.12.2013.

⁴⁾ Der Bund hat mittels Leistungsvereinbarung die identitas AG mit dem Betrieb der Tierverskehrsdatenbank beauftragt und trägt die entsprechenden Kosten (2013: 9,5 Mio. CHF; 2012: 9,7 Mio. CHF). Die Betriebskosten werden gemäss Tierseuchengesetz vom 1.7.1966 (TSG; SR 916.40) durch Gebühren gedeckt, welche die identitas AG bei den Tierhaltern im Namen und zu Gunsten des Bundes erhebt (2013: 10,3 Mio. CHF; 2012: 9,0 Mio. CHF). Der Aufwand des Bundes wurde 2013 durch die eingenommenen Gebühren mehr als gedeckt. Die treuhänderisch erhobenen Gebühren erscheinen nicht in der Erfolgsrechnung der identitas AG. Die Ausgaben für den Betrieb der Tierverskehrsdatenbank und die eingenommenen Gebühren sind brutto in der Staatsrechnung aufgeführt.

A. Zielerreichung 2013

1. Strategische Schwerpunkte

Nach den Unruhen im Vorjahr konnte die identitas AG ihre Grundaufgabe (den Betrieb der TVD) wieder in gewohnter Qualität ausüben. Die Erreichbarkeit und die Servicequalität im Helpdesk konnten das von früher

gewohnte Niveau erreichen. Dies wird bestätigt durch die bessere Kundenzufriedenheit. Sowohl auf das Zusammenspiel, wie auch auf den Kundensupport der Systeme und Applikationen unter dem Internetportal Agate ist noch vermehrt zu achten.

Die strategischen Ziele der identitas AG wurden für das Jahr 2013 wie für die früheren Jahre vom Verwaltungsrat des Unternehmens definiert. Das weitere Vorgehen bezüglich Festlegung von strategischen Zielen ist abhängig von der zukünftigen Rolle des Bundes in der Firma identitas AG, welche Gegenstand laufender Überprüfungen ist.

Die geänderten Rahmenbedingungen und der Wunsch der identitas AG nach mehr unternehmerischer Flexibilität in Bezug auf die Ausweitung der gewerblichen Leistungen wie auch im Hinblick auf eine mögliche Fusion mit der TSM Treuhand GmbH (vgl. Ziffer 4) haben dazu geführt, dass der Bund seine Rolle als Hauptaktionär der identitas AG derzeit überprüft.

2. Finanzielle Ziele

Die identitas AG strebt Dienstleistungen mit bestem Preis-Leistungs-Verhältnis für die Branche bzw. die Aktionäre an und ist nicht primär gewinnorientiert. 2013 wurde erst zum vierten Mal eine – dieses Jahr allerdings reduzierte – Dividende ausgeschüttet.

Das Tierseuchengesetz vom 1.7.1966 (SR 916.40) schreibt in Artikel 15b vor, dass die Betriebskosten grundsätzlich durch Gebühren der Tierhalter/innen und Equideneigentümer/innen gedeckt werden müssen. Es ist ein wichtiges Anliegen der Eidgenossenschaft, dass die Betriebskosten und somit die Gebühren möglichst tief ausfallen. Dieses Ziel konnte 2013 dank den früheren Investitionen in die Gesamterneuerung der TVD erreicht werden. Seit der Einführung der TVD im Jahr 1999 mussten die Gebühren nie erhöht werden. Trotzdem konnten 2013 die Betriebs- und Weiterentwicklungskosten vollumfänglich durch Gebühren gedeckt und ein Nettoertrag von 0,8 Mio. in die Bundeskasse abgeliefert werden (2012: Nettoaufwand von CHF 0,7 Mio.).

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der identitas AG verfügen über einen privatrechtlichen Arbeitsvertrag. Das Personalreglement, welches seit dem 1.1.2007 in Kraft ist, wurde nicht geändert. Das Unternehmen ist bemüht, Personal zu rekrutieren, das sich mit fundiertem Fachwissen und hohem Engagement in das bestehende Team einliedert. Am 31.12.2013 waren 33 Frauen und 40 Männer angestellt. Die identitas AG bildet drei Informatik-Lernende aus und bietet ihnen eine zeitgemässe Berufsausbildung an. Zehn Mitarbeitende bilden sich berufsbegleitend weiter. Mit einem internen Talentförderungsprogramm bietet die identitas AG einem begrenzten Kreis von Mitarbeitenden die Möglichkeit zur Anwen-

dung von Instrumenten der Laufbahnplanung. Die Mitarbeiterführung erfolgt mittels Zielvereinbarungen; den Mitarbeitenden werden Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung übertragen.

Die Personalvorsorgekommission der identitas AG besteht aus je zwei Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die identitas AG hat keine finanzielle Beteiligung an Drittgesellschaften. Sie prüft zur Zeit eine Fusion mit der TSM Treuhand GmbH (TSM) in Bern. Die TSM erfüllt im Auftrag des Bundes agrarrechtliche Vollzugsaufgaben in den Bereichen Administration und Kontrolle der Milchverwertung (Erhebung und Bearbeitung von Daten als Basis für die Auszahlung der Zulagen für verkäste Milch und für Fütterung ohne Silage). Ausserdem bietet die TSM privatrechtliche Dienstleistungen im Bereich Erfassung und Auswertung von statistischen und betriebswirtschaftlichen Daten zu Gunsten von land- und milchwirtschaftlichen Organisationen und Unternehmungen an. Aus Sicht des Bundesrats könnte eine Fusion der beiden Unternehmen positive Synergieeffekte haben; ein allfälliger Fusionsentscheid soll indes nur und erst erfolgen, wenn der Bund nicht mehr Aktionär der identitas AG ist.

B. Bericht der Revisionsstelle

Nach Beurteilung der Revisionsstelle entspricht die Jahresrechnung für das am 31.12.2013 abgeschlossene Geschäftsjahr dem schweizerischen Gesetz und den Statuten.

C. Anträge an die Aktionärsversammlung

Der Verwaltungsrat der identitas AG stellt der Aktionärsversammlung vom 8.5.2014 folgende Anträge:

- Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2013;
- Verwendung des Bilanzgewinns 2013:
31'000 Franken Dividende,
1'972'395 Franken Vortrag auf die neue Rechnung;
- Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrats;
- Gesamterneuerungswahlen des Verwaltungsrats – Besetzung des vakanten Sitzes von Jacques Chavaz durch Dominique Kohli (Vizedirektor BLW). Als Vertreterin der Gesellschaft Schweizer Tierärztinnen und Tierärzte wird Frau Corinne Bähler zur Wahl gestellt. Sie ersetzt Frau Julika Fitzi-Rathgen, die von ihrem Amt zurücktritt;
- Wahl der externen Revisionsstelle.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat das WBF am 9.4.2014 ermächtigt, die Anträge des Verwaltungsrats an die Aktionärsversammlung der identitas AG vom 8.5.2014 gutzuheissen.

Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI

Internet: www.ensi.ch

Sitz: Brugg

Rechtsform: Anstalt des Bundes

ENSI-Rat: Anne Eckhardt (Präsidentin), Jürg Schmid (Vizepräsident), Werner Bühlmann, Jacques Giovanola, Oskar Grözing, Hans-Jürgen Pfeiffer, Karine Rausis

Direktor: Hans Wanner

Externe Revisionsstelle: KPMG AG, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2013 in Kürze

Das ENSI ist die Aufsichtsbehörde des Bundes über die Sicherheit der Kernanlagen. Es übt seine Aufsichtstätigkeit selbständig und unabhängig aus. Infolge dessen legt nicht der Bundesrat die strategischen Ziele für das ENSI fest, sondern das oberste Leitungsorgan des ENSI, der ENSI-Rat. Dieser beurteilt in einem jährlichen Tätigkeits- und Geschäftsbericht die Erreichung der strategischen Ziele durch das ENSI. Der Bundesrat genehmigt, gestützt auf die unabhängige Zweitmeinung der Kommission für Nukleare Sicherheit (KNS) zu Sicherheitsaspekten, diesen Bericht und erteilt dem ENSI-Rat Entlastung.

Im Tätigkeits- und Geschäftsbericht 2013 hält der ENSI-Rat fest, dass die Sicherheit der Schweizer Kernanlagen im Berichtsjahr gewährleistet war und das ENSI die strategischen Ziele grösstenteils erreicht hat. U.a. wurden die Erkenntnisse aus dem Reaktorunfall in Fukushima in konkrete Massnahmen zum Schutz vor Erdbeben, Überflutung und anhaltendem Stromausfall in den schweizerischen Kernanlagen umgesetzt. Die Aufträge der interdepartementalen Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Notfallschutzmassnahmen bei Extremereignissen (IDA NOMEX) wurden planmässig ausgeführt. Weiter befasste sich das ENSI im Berichtsjahr mit den Periodischen Sicherheitsüberprüfungen (PSÜ) der Kernkraftwerke Mühleberg und Beznau. Im Hinblick auf den Ausstieg aus der Kernenergienutzung hat das ENSI eine Richtlinie zu den Anforderungen an die Stilllegung der Kernkraftwerke erlassen und nahm seine Rolle im Sachplanverfahren Geologische Tiefenlager wahr. Auf internationaler Ebene engagierte sich das ENSI für weltweit verbindliche, anspruchsvolle Sicherheitsstandards. Die Schweizer Bevölkerung wurde transparent und umfassend über alle Aspekte der nuklearen Sicherheit informiert. Zusätzliche Schwerpunkte bildeten der langfristige Kompetenzerhalt (Massnahmen zur Know-how-Sicherung) und die Stärkung der Aufsichtskultur (Verabschiedung eines Leitbilds).

Der Bundesrat gelangt zum Schluss, dass das ENSI im Jahr 2013 seine Aufgaben gemäss den gesetzlichen Vorgaben erfüllt hat.

Kennzahlen	2013	2012
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	60,0	60,2
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	7,0	-0,7
Bilanzsumme (Mio. CHF)	29,0	30,7
Eigenkapitalquote in %	33,1	8,5
Personalbestand (Vollzeitstellen)	140	139,5

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Inspektionen in Kernanlagen	536	549
Radioaktivitätsmessungen	180	156
Wissenschaftliche Publikationen	17	0
Kostendeckungsgrad in %	105,2	103,3
Gemeinkostenanteil in % ¹⁾	25,1	25,4

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	2,9	3,5
Gebühren (Mio. CHF)	57,1	56,7

¹⁾ Anteil der Kosten für Verwaltung und zentrale Dienste am gesamten Betriebsaufwand

A. Zielerreichung 2013*

1. Strategische Schwerpunkte

Nach dem von Bundesrat und Parlament beschlossenen Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie hat sich der strategische Schwerpunkt der Nuklearsicherheitsaufsicht von der Bewilligung neuer auf den Langzeitbetrieb und die Stilllegung bestehender Kernkraftwerke sowie auf die Entsorgung radioaktiver Abfälle verschoben. Das ENSI reagierte im Berichtsjahr auf diese Änderung des Umfelds mit einer Anpassung seiner Organisationsstruktur – konkret mit der Schaffung einer eigenen Sektion Stilllegung – sowie mit dem Erlass der Richtlinie zur Stilllegung. Auf der operativen Ebene befasste sich das ENSI im Rahmen der Periodischen Sicherheitsüberprüfung (PSÜ) der Kernkraftwerke Mühleberg und Beznau mit den sicherheitstechnischen Aspekten des Langzeitbetriebs der beiden ältesten Schweizer Kernkraftwerke, deren Betriebsphase mehrere Jahre über die – im Falle von Mühleberg per 2019 beschlossene – definitive Ab-

* Strategische Ziele: <http://www.ensi.ch/de/2012/12/06/leistungsauftrag-2012-2015/>

Tätigkeits- und Geschäftsbericht 2013: <http://www.ensi.ch/de/category/dokumente/jahresberichte/>

schaltung hinaus bis zum Abtransport des nuklearen Brennstoffs (die eigentliche Stilllegung) andauern wird.

Auch im dritten Jahr nach dem Reaktorunfall im japanischen Kernkraftwerk Fukushima bildete die Umsetzung der Erkenntnisse aus diesem Ereignis in konkrete Massnahmen zur Verbesserung des Schutzes vor den Auswirkungen extremer Naturereignisse einen Schwerpunkt der Tätigkeit des ENSI. Neben seinem eignen Aktionsprogramm trieb das ENSI die unter seiner Federführung stehenden Arbeiten im Auftrag des Bundes (IDA NO-MEX) planmässig weiter voran.

Nach den in jüngerer Vergangenheit aufgekommenen Diskussionen über die Unabhängigkeit des ENSI richtete der ENSI-Rat besonderes Augenmerk auf die Stärkung der Aufsichtskultur, zumal das ENSI aufgrund seines Auftrags und seiner Vorgehensweise selber Einfluss auf die Sicherheitskultur der Betreiber – und damit auf die Sicherheit der Kernanlagen – hat. Nachdem im Vorjahr ein Verhaltenskodex für Mitarbeitende des ENSI erlassen worden war, gab sich das ENSI im Berichtsjahr ein neues Leitbild, das sein Selbstverständnis als kompetente und unabhängige Aufsichtsbehörde festigen soll.

Neben der Aufsichtstätigkeit und der Governance mass der ENSI-Rat auch dem gesetzlichen Informationsauftrag hohes Gewicht zu, da das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit nach dem Reaktorunfall in Fukushima spürbar zugenommen hat. Im Berichtsjahr wurde u.a. das Technische Forum Kernkraftwerke ins Leben gerufen, das nach dem Vorbild des bereits etablierten Technischen Forums Sicherheit (zu Fragen der Entsorgung radioaktiver Abfälle) der sachkundigen und unabhängigen Information der interessierten Bevölkerung über technisch-physikalische Zusammenhänge dienen soll.

Schliesslich ist die langfristige Sicherung der für die Aufgabenerfüllung erforderlichen Kompetenzen und Ressourcen ein zentraler strategischer Schwerpunkt des ENSI – im Bewusstsein, dass die Risiken der Kernenergienutzung und damit die Anforderungen an die Qualität der nuklearen Sicherheitsaufsicht auch nach dem Entscheid über den Ausstieg aus dieser Technologie auf absehbare Zeit hinaus unverändert hoch bleiben werden.

2. Finanzielle Ziele

Das ENSI finanziert sich primär über Gebühren, die bei den Betreibern der Kernanlagen erhoben werden. Darüber hinaus erhält das ENSI Abgeltungen des Bundes für Leistungen, die nicht direkt im Zusammenhang mit der Aufsichtstätigkeit stehen (z.B. Forschung, Information der Öffentlichkeit, Mitwirkung an Gesetzen und Verordnungen, Bearbeitung von parlamentarischen Vorstössen usw.). Der Bundesbeitrag machte im Berichtsjahr rund 5 Prozent des Betriebsertrages aus. Im Berichtsjahr resultierte ein Betriebsgewinn von rund 7 Millionen Franken, nachdem im Vorjahr ein Verlust von 650 000 Franken verzeichnet worden war. Diese Veränderung ist

hauptsächlich auf das leicht angestiegene Zinsniveau zurückzuführen, das eine Verminderung der Rückstellungen für Vorsorgeverpflichtungen ermöglichte. Die Wirtschaftlichkeit des ENSI wird vom ENSI-Rat als gut beurteilt. Der Kostendeckungsgrad übertraf mit 105,2 Prozent die Zielmarke von 105 Prozent, und der Anteil der Gemeinkosten (Administration, Support etc.) am gesamten Betriebsaufwand lag mit 25,1 Prozent nur marginal über der Vorgabe von maximal 25 Prozent. Der verrechnete Stundensatz der ENSI-Mitarbeitenden betrug im Mittel 132,5 Franken.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Das ENSI verfügt über die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen personellen Ressourcen. Im Berichtsjahr stieg der Mitarbeiterbestand um 0,5 auf 140 Vollzeitstellen. Ein gutes Drittel der Beschäftigten stammt aus dem – meist benachbarten – Ausland. Angesichts der Altersstruktur der Belegschaft stellt die Nachwuchsförderung eine zentrale strategische Herausforderung für das ENSI dar. Im Berichtsjahr verabschiedete der ENSI-Rat ein darauf fokussiertes Human Capital Konzept.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Das ENSI pflegt einen intensiven Austausch mit anderen Institutionen im Bereich der nuklearen Sicherheit, sowohl im Inland (z.B. Paul-Scherrer-Institut, Kommission für Nukleare Sicherheit, universitäre Institute) als auch im Ausland (Aufsichtsbehörden verschiedener Länder, Expertengruppe Reaktorsicherheit, Internationale Atomenergiebehörde IAEA, Konferenz zum Übereinkommen über nukleare Sicherheit CNS, Nuklearenergieagentur der OECD, Western European Nuclear Regulators Association WENRA u.a.). Der Direktor des ENSI ist amtierender Vorsitzender der WENRA.

B. Bericht der Revisionsstelle

Gemäss Beurteilung der Revisionsstelle (KPMG AG) vermittelt die Jahresrechnung 2013 des ENSI ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und steht in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards for Small and Medium-sized Entities (IFRS for SMEs) sowie mit dem Bundesgesetz über das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSIG). Die Revisionsstelle hat dem Bundesrat die Genehmigung der Jahresrechnung empfohlen.

C. Stellungnahme der Kommission für Nukleare Sicherheit KNS

Im Auftrag des UVEK hat die Eidgenössische Kommission für Nukleare Sicherheit (KNS) aus dem Blickwinkel der Sicherheit zum Tätigkeits- und Geschäftsbericht des ENSI-Rates 2013 sowie zu den Ergebnissen der exter-

nen Audits des ENSI im Jahr 2013 Stellung genommen. Nach Auffassung des KNS hat der ENSI-Rat seine gesetzliche Aufsichtspflicht gegenüber dem ENSI wahrgenommen. Die KNS hat dem Bundesrat die Genehmigung des Tätigkeits- und Geschäftsberichts und die Entlastung des ENSI-Rates für das Jahr 2013 empfohlen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Gestützt auf den Tätigkeits- und Geschäftsbericht des ENSI-Rates, den Bericht der Revisionsstelle sowie die Stellungnahme der Kommission für Nukleare Sicherheit ist der Bundesrat zum Schluss gekommen, dass das ENSI im Jahr 2013 seine Aufgaben gemäss den gesetzlichen Vorgaben erfüllt hat.

Der Bundesrat hat am 2. Juli 2014 den Tätigkeits- und Geschäftsbericht 2013 des ENSI-Rates genehmigt und dem ENSI-Rat für das Geschäftsjahr 2013 Entlastung erteilt.